

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die hochgehaltene Kolonien-
zeile über deren Raum 40 Pfg., für
Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 27. März 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Warum Herr v. Kardorff keine Diäten braucht.

Im Namen der Scharfmacher-Fraktion Stumm hat gestern im Reichstage Herr v. Kardorff eine Erklärung gegen Einführung der Diäten abgegeben.

Herr v. Kardorff wußte auf die Singer'sche Reminiscenz mit keiner Silbe zu erwidern, er war von der unerwarteten Erinnerung an seine früheren Sünden so verblüfft und niedergeschmettert, daß er mit puterrottem Gesicht wortlos und verlegen vor sich hinstarre und nicht einmal seine mitverlegenen Fraktionsgenossen um Hilfe anzusehen wagte.

Gegenwärtig, wo in der französischen Deputiertenkammer das Panamagenephist Minister und Abgeordnete schreien, ist es vielleicht ganz interessant, aus der Vergangenheit eines der zahlreichen parlamentarischen „Gründer“ und Gründergenossen gerade diese Episode unseren Lesern in Erinnerung zu rufen.

Wir wollen diese Erinnerung dokumentarisch belegen. Zu seinem Buche: Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin, gesammelte und stark vermehrte Artikel der „Gartenlaube“ (Leipzig 1876) schreibt Otto Glagau in der Vorrede S. XVIII:

Von den zahlreichen Agitationen, die gegen meine Artikel verfaßt wurden, ist die folgende besonders interessant. Ein Reichstags-Mitglied, das ich als mehrfachen Gründer bezeichnet hatte, und das ich hier N. nennen will, wandte sich an einen seiner Kollegen, der B. heißen mag und der mit Herrn Reil befreundet ist, und suchte dessen Vermittlung nach, um fernere Angriffe vorzubeugen. Herr N. schrieb an Herrn B.:

„Es dürfte ziemlich bekannt sein, daß ich mich an industriellen Unternehmungen nicht beteilige, um Schätze zu sammeln, sondern lediglich um mir zu ermöglichen, ohne Vermögensverluste meine parlamentarische Thätigkeit wahrzunehmen.“

Herr B. schickte diese Reklamation an Herrn Reil. Ein Jahr später, im Jahre 1877, veröffentlicht Glagau unter dem Titel: „Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland“ den zweiten Theil seiner Gründer-Enttüllungen und da heißt es im Vorwort Seite VII:

Als am 29. März 1876 der seit dreihalb Jahren vergrabene Bericht der Spezial-Untersuchungskommission über das Eisenbahn-Konzessionswesen im preussischen Abgeordnetenhaus zur Verathung kam, war es der mehrfache Gründer, Herr v. Kardorff, der sich meines Buches bediente, um für die Kränkung, die er von Lafter erlitten, Revanche zu nehmen. Noch kurz vorher hatte er sich gerühmt, daß er nicht den „courage du ruisseau“ (Muth der Gasse) besitze, und nun hieß er mich öffentlich den „Hauptmatador unserer Parquillanten“. Daß aber halte ich am wenigsten um Herrn v. Kardorff verdient. In der Vorrede zu meinem Buche habe ich den famosen Brief abgedruckt, woselbst ein Parlamentarier sich entschuldigt: er sei unter die Gründer gegangen, um „ohne Vermögensverluste“ als Gesetzgeber wirken zu können; aber voll großmüthiger Schonung halte ich verschwiegen, daß dieser praktische Volksvertreter Herr v. Kardorff ist. Zum Dank dafür schmählt er mich nun im offenen Parlament!

An anderer Stelle dieses Buches — S. 545 — schildert Glagau, wie Herr v. Kardorff „ohne Vermögensverluste“ seine parlamentarische Thätigkeit wahrnehmen konnte:

Herr v. Kardorff lebte mit Familie jährlich etwa neun Monate in Berlin und führte hier einen großen Haushalt mit Dienerschaft, Equipage etc.

Welche Gründungen Herr v. Kardorff vor diesen „Vermögensverlusten“ bewahrte, darüber spricht sich Glagau ausführlich auf Seite 527 aus. Es sind dies hauptsächlich die Vereinigte Königs- und Laurahütte mit 9 Millionen Thalern Gründungskapital, die Deutsche Reichs- und Kontinental-Eisenbahn-Gesellschaft mit 10 Millionen Thalern, die Posen-Kreuzburger Bahn mit 12 Millionen Thalern, die Weimar-Geraer Bahn mit 6 1/2 Millionen Thalern und das Bergwerk Hibernia und Shamrock mit 500 000 Thalern Aktienkapital. Alle diese Gesellschaften wurden von Bleichröder gegründet.

Bleichröders Gehilfen bei diesen Gründungen waren u. a. der Abgeordnete v. Kardorff und der Berliner Stadtverordnete Weber, früher Oberbürgermeister von Gera, beides hervorragende Redner auf den Generalversammlungen der betreffenden Gesellschaften. An Trinkgeldern entfielen bei der Königs- und Laurahütte für die Aufsichtsräthe 1871/72 53 000 Thaler, in den beiden folgenden Jahren aber etwa je 200 000 Thaler; bei Hibernia u. Shamrock empfangen der Aufsichtsrath 1873 24 700 Thaler und 1874 15 000 Thaler; und selbst bei der trostlosen Reichseisenbahn-Gesellschaft, wo die Einnahmen zum großen Theil in „Zinsen“ der eigenen Effekten und in „Kursgewinnen“ bestanden, scheute man sich nicht, pro 1873 circa 50 000 Thaler als Lantime auszuwerfen.

Wenn solche Summen als „Trinkgelder“ für die Aufsichtsräthe abfielen, wie hochmögden da erst die Gewinne der

„Bleichröderschen Gehilfen“ und „hervorragenden Redner auf den Generalversammlungen der betreffenden Gesellschaften“ gewesen sein.

Otto Glagau schließt seine Bemerkungen über Herrn v. Kardorff mit den Worten: „In der That, ein sehr praktischer Volksvertreter!“

Politische Uebersicht.

Berlin, 26. März 1897.

Aus dem Reichstage. Die dritte Lesung des Etats ließ sich heute recht friedfertig an, und wer mit den Verhältnissen nicht näher vertraut ist, der hätte es dem Hause nicht angemerkt, daß es vorige Woche noch unter dem Zeichen einer allgemeinen Krise und der Androhung eines „Kladderbatsch“ stand, wie ein solcher noch nicht da war. Es werden eben auch bei unseren Gewaltigen die Suppen nicht so heiß gegessen wie sie eingetrodrt werden. Und der eine oder andere Heißsporn hat vielleicht in den letzten Tagen gelernt, daß der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Reichstag, bei allen Schwächen die ihm anhaften, doch kein Dreiklassen-Parlament wie der preussische Landtag ist, wo jene das große Wort führen, die die Wähler bei dem allgemeinen Wahlrecht ausgemustert haben.

So rasch haben sich die Wogen geglättet, daß die bürgerlichen Parteien sogar auf die sonst übliche Generaldebatte bei Beginn der dritten Lesung verzichteten.

Von unserer Seite ergriff aber Genosse Diebknacht das Wort, um noch einmal auf das Unglück mit der „Itis“ zurückzukommen. Unserem Redner standen nun Materialien zur Verfügung, aus denen sich zweifellos ergibt, daß das Schiff schon vor Jahren von dem eigenen Führer als scuntlich erklärt wurde und er sprach deshalb seinen schärfsten Tadel aus, daß einem solchen Wad das Leben von braven Mannschaften anvertraut würde. Diebknacht protestirte auch energisch gegen die Versuche, Arbeiter auf grund ihrer politischen Gesinnung von den Staatswerkstätten auszuschließen.

Auf die Vorwürfe wegen des „Itis“ wußte der Vertreter der Reichsmarine nichts weiter zu erwidern, als daß das Schiff seetüchtig gewesen sei. Beweis, das Schiff ging mit Mann und Maus zu Grunde, als es dem ersten ersten Sturm ausgefegt war.

Zu einer kurzen aber interessanten Debatte führte der freisinnige Antrag auf Gewährung von Diäten für die Abgeordneten. Von Richter kurz begründet, beschränkten sich die übrigen Parteien auf ebenso kurze Erklärungen. Darunter war auch Herr v. Kardorff, der sich natürlich gegen die Diäten aussprach, da die Diätenlosigkeit eine Korrelat zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht sei. Wollte man einmal die Verfassung ändern, dann natürlich in erster Linie das Wahlrecht. Treffend und unter stürmischer Heiterkeit führte Singer den Junker damit ab, daß er seinen bekannten Brief zitirte, in dem der damalige Landrath von Kardorff seine Beihiligung an Gründungen — es waren sehr blutige darunter — damit entschuldigte, daß er den Gründergewinn zur Entschädigung für seine gesetzgeberische Thätigkeit gebrauchte. Der Junker nahm diese kalte Douche hin, ohne auch nur mit einer Silbe zu erwidern.

Mit 159 gegen 49 Stimmen wurde hierauf in namentlicher Abstimmung der Antrag wieder einmal angenommen.

Beim Auswärtigen Amt brachte Bebel die Greuel in Barcelona zur Sprache und später sprach er sein Bedauern über die Haltung Deutschlands den Vorgängen im Orient (Areta) gegenüber aus. Der Redner verlangte, daß auch den Aretensern gegenüber das Recht der Selbstbestimmung Anerkennung finde und protestirte er gegen das Bestreben, die deutsche Politik in russische Dienste zu stellen. Auf die Erklärung des Staatssekretärs v. Marschall, daß die Regierung später über ihre Politik Auskunft ertheilen werde, erwiderte Bebel, daß er erwarte, daß dann auch die zwischen den Mächten ausgewechselten Noten vorgelegt werden. Diebknacht wies als nachahmenswerthes Beispiel beim Schutze der Deutschen im Auslande auf das Verhalten der englischen Regierung hin. Beim Reichsamt des Innern verlangte Abg. Schmidt (Frankfurt), daß die Fabrikinspektoren mehr Fühlung mit den Arbeiterorganisationen nehmen, und Wurmt theilte mit, daß der Lübecker Fabrikinspektor Agent einer Reihe von Bourgeoisunternehmungen sei, woraus sich wohl seine schroff ablehnende Haltung gegen die Arbeiter erkläre. In einer kurzen Erklärung wies der Genosse Kunert frühere Angriffe des General-Auditeurs v. Jitenbach zurück.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte heute in dritter Verathung den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten, sowie in zweiter Verathung die Gesetzentwürfe betr. die Vereinigung der Stadtgemeinde Burscheid mit der Stadtgemeinde Aachen und betr. die Erweiterung des Stadtkreises Breslau. Gegen die letztgenannte Vorlage sprachen sich die Konservativen aus.

Morgen: Kleine Vorlagen und Fortsetzung der Etatsverathung.

Die orientalische Krise hat, abgesehen von der Komödie des „europäischen Konzerts“, doch auch bereits zwei bedeutungsvolle Wirkungen hervorgebracht, die auf die Entwicklung der internationalen Politik von grundstürzendem und

ausschlaggebendem Einfluß zu werden versprechen. Wir meinen die Ernüchterung der Franzosen in betreff der Allianz mit Rußland, und die in Frankreich wie in England mehr und mehr sich verbreitende Erkenntnis, daß die beiden Westmächte, trotz der mancherlei sie trennenden Sonderinteressen, doch die höchsten weltpolitischen Kulturinteressen gemeinsam haben.

Wir wiesen schon vor dem Regierungsantritt des Ministeriums Meline darauf hin, daß das Ministerium Bourgeois, also ein das Programm des radikalen Bürgerthums vertretendes und auf die Unterstützung der Sozialisten angewiesenes Kabinet sich von Rußland loszumachen und England anzuschließen bestrebt sei. Thatsache ist, daß der Sturz des Ministeriums Bourgeois eifrig von der russischen Gesandtschaft in Paris betrieben wurde.

Seitdem hat der Gang der orientalischen Wirren wesentlich dazu beigetragen, die antirussische Strömung in Frankreich zu stärken. Entfernung von Rußland heißt eben unter den heutigen Verhältnissen Annäherung an England.

Auch das Kabinet Meline hat sich dem Druck der öffentlichen Meinung nicht entziehen können. In den Orientwirren hat es die engste Fühlung mit der englischen Regierung gesucht und gefunden. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß die plötzliche Reise des englischen Premiers nach Frankreich, die auch unter normalen Verhältnissen schon auffallend wäre, ein großes Aufsehen erregt. Vor vier Tagen kam bekanntlich die Nachricht, daß Lord Salisbury schwer erkrankt sei, gleich darauf die Nachricht, daß er seiner Gesundheit wegen nach Frankreich gehen wolle; dann die Nachricht, daß der schwererkrankte Lord einen Kabinetstath abgehalten hat, und endlich heute die Nachricht, daß Lord Salisbury über Paris fährt und in Paris eine Konferenz mit Gontaur, dem französischen Minister des Aeußeren haben wird. Jedenfalls ist die Krankheit des englischen Premiers sehr eigenthümlicher Natur. In Rußland wird sie sicherlich den politischen Krankheiten gezählt werden, und zwar denen höchst politischer und gefährlichster Art.

Die Lage auf Areta ist unverändert. Der Ausbruch des offiziellen Krieges zwischen Griechenland und der Türkei wird ernstlich erwartet, ebenso die Blockade der griechischen Häfen durch die Flotten der Großmächte.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Gradenburg der Wesser-Johann, ein 60jähriger Mann, aus Dt. Westfalen zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Als mildernder Grund wurde die bisherige Unbescholtenheit des Mannes und daß derselbe die Beleidigung im Trunke angezogen hat, in betracht gezogen.

Deutsches Reich.

Zur Russifizierung des preussischen Vereins- und Versammlungsrechts schreibt die „N. Verl. Korv.“, die für ihre Mittheilungen die Verantwortung zu tragen hat:

Es läßt sich keineswegs behaupten, daß innerhalb des preussischen Staatsministeriums sich alles so ruhig entwickelt, wie es den Anschein hat. Vielmehr bestehen wie wir hören, sehr ernste Differenzen und Meinungsverschiedenheiten im Staatsministerium, und zwar darf man als den Hauptpunkt die Ansichten über die Reform des Vereins- und Versammlungsrechts ansehen. Wie wir hören, hat bereits dreimal ein Entwurf vorgelegen, ohne indessen Annahme zu finden. Nach einer uns zugehenden Meldung hat sogar bereits der mit der Ausarbeitung betraute Beamte seinen Abschied verlangt, weil immer wieder neue einander widersprechende Wünsche an ihn herantraten. Wie weit das den Thatsachen entspricht, vernüßgen wir nicht festzustellen; bei der Rathlosigkeit, die man in dieser Frage aber überall zur Schau trägt, ist sie wohl möglich.

Vom preussischen Gefängniswesen. Verschiedene Blätter bringen die folgende Mittheilung: Es besteht die Absicht, eine Neuordnung des Arbeitsverdienstes der Gefangenen in den preussischen Gefängnisanstalten herbeizuführen. Worin diese Reform besteht, wird nicht gesagt.

Marxenpatrioten nannte die „Weser-Zeitung“ vor etwa Jahresfrist die Leute, die mit einer Flottenforderung von 200 bis 300 Millionen hervortreten wollten. Heute pfeift der politische Wind thatsächlich aus solchen Millionenloch und zwar tritt die Regierung selber den Blasebalg. Schleunigst geht also die „Weser-Zeitung“ eine devote Miene auf, denkt nicht mehr an so sandhafte Ausdrücke wie „Marxenpatrioten“ und sagt nunmehr: „Vertreter des besseren Zustandes“. Immer hübsch artig.

Im übrigen redet die „Weser-Zeitung“ in bezug auf die Motivierung der Marineforderungen durch diese „Vertreter des besseren Zustandes“ nicht besonders günstig. Sie meint, sie hätten ihre Zuflucht zu hochtönenden, nichts beweisenden Redensarten, zu allerlei läugl überwindenen Irrlehren von dem Zusammenhange der Marinefrage mit dem Interesse des Handels und der Industrie genommen.

Einen ähnlichen Ausspruch fand man schon vor Jahresfrist in dem Blatte. Es hat also dießbezüglich seinen Mantel noch nicht gewechselt. Aber mit den großen Forderungen scheint es sich ja, oben zitiirtem Ausdruck nach zu urtheilen, ausgesöhnt zu haben.

Die Schulkinder für die Marinepläne zu gewinnen, ist ein sublimen Gedanke. Einzelne preussische Provinzialregierungen haben, heißt es, den Schulbehörden in einem Rundschreiben mitgetheilt, der Kaiser habe sich dahin geäußert, daß das Werk Deutschlands Seemacht sonst und jetzt von Kapitänlieutenant a. D. Bilslicens sehr geeignet sei, in die Bibliotheken aller Schulen sogar behufs Benutzung beim Unterricht aufgenommen zu werden, da an der Hand dieses allgemein

verständlichen Wertes mehr als bisher der Werth einer Seemacht für die Geschichte der Völker gelehrt werden könne.

Wie die Schulkinder aktives und passives Wahlrecht haben, dürfte die Marinefrage entschieden sein.

Bei der Reichstags-Gründung in Torgau erhielten nach einem unzugänglichen Privattelegramm: Bussenius (Rp.) 6164, Rindke (fr. Sp.) 6052, Müller (Soz.) 1926 Stimmen. Zwischen Bussenius und Rindke muß also eine Stichwahl stattfinden.

Zu viel bewiesen! Zur Unterstützung der Marineforderungen glaubte auch der Verein Hamburger Rheder, Vorsitzender Adolph Wörmann, sein Scherstein beitragen zu müssen, natürlich nicht etwa in barem Gelde aus eigener Tasche — so weit reicht der Patriotismus nicht, sondern dadurch, daß er die Bemühungen derjenigen unterstützt, welche das Geld aus der Tasche des Volkes nehmen wollen. In einer an den Reichstag gerichteten Eingabe will nämlich der Verein Hamburger Rheder beweisen, wie notwendig die Vermehrung unserer Kriegsflotte sei, und zwar deshalb, weil unser deutscher Handel ganz außerordentlich gewachsen sei, weit mehr als der Handel Frankreichs. Diese Tatsache ist allerdings richtig und die Eingabe führt die entsprechenden Ziffern an: Die Handelsflotte des Deutschen Reichs hatte 1878: 1 1/4 Millionen Tons, 1895 dagegen 3 1/2 Millionen Tons; die Handelsflotte Frankreichs hatte 1878: 1 1/2 Millionen Tons, also etwas mehr als die deutsche, und 1895 nur 1,0 Millionen Tons, also weit weniger als die deutsche.

Das beweist doch aber nicht, wie die Hamburger Rheder glauben machen wollen, daß wir im Interesse unserer Handelsflotte eine Vergrößerung der Kriegsflotte haben müssen, sondern das beweist gerade das Gegenteil, denn die Handelsflotte Frankreichs ist ja, trotzdem die französische Kriegsflotte fast viermal so groß ist, als die deutsche, nicht so sehr gewachsen, als es die deutsche ist, obwohl wir eine weit kleinere Kriegsflotte, als die Frankreichs ist, besitzen. Die Hamburger Rheder haben also zu viel beweisen wollen und dadurch das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Unser Beileid!

Sozialdemokratische Arbeiter in Staatsbetrieben. Mit diesem Thema beschäftigt sich heute in Ergänzung des Stimmenschen Standpunktes die „Post“. Die Auffassung des Herrn Köhler, der dem Unternehmer nur eine Aufsicht über seine Arbeiter innerhalb des Betriebes gefahren will, erfährt eine strenge Abfage. Desgleichen wird der Standpunkt Staatssekretärs Hollmann den Arbeitern gegenüber verurteilt. Es heißt dann:

Der Arbeiter, welcher ein regelmäßiger Besucher sozialdemokratischer Versammlungen ist, sich wohl gar gelegentlich reberisch an den Verhandlungen beteiligt oder bei der Agitation oder Unterstützung bei Wahlen oder bei sonstigen Aktionen der Sozialdemokratie thätig mitwirkt, eignet sich zweifellos nicht zur Beschäftigung in den Staatsbetrieben. Er bringt sozialdemokratischen Anstößstoff auf die Arbeitstätte mit, verleiht diejenigen Elemente, von denen man die Ausnutzung gefährlicher Zwangslagen zu Betriebsstörungen zu befürchten hat, und es muß auf die weiten, weniger urtheilfähigen Kreise geradezu verwirrend wirken, wenn man sieht, daß ein aktiver Teilnehmer an Agitationen, welche ihre Spitze gegen Kaiser und Reich richten, in kaiserlichem Brote steht und bleibt. Man darf sich nicht dabei beruhigen, daß man ohne eigene plamatische Mithewaltung Kenntnis der Leiter und berufsmäßigen Agitatoren der Sozialdemokratie erlangen und so zu deren Befreiung auf den Werksbetrieben in der Lage sein werde, sondern man wird die gesammte Arbeiterschaft auch außerhalb der Werksstätten sorgfältig beobachten und diejenigen, welche dabei als häufige Teilnehmer an sozialdemokratischen Versammlungen oder als thätige Helfer bei sozialdemokratischen Agitationen irgend welcher Art erkannt werden, ausnahmslos von der Arbeit in den Werken ausschließen müssen.

Die Arbeiter, das mag nur kurz bemerkt sein, stehen nicht in kaiserlichem Brote, sondern die Millionen, die für Schiffsbauten aufgewendet werden, stehen aus dem Steuersäckel der gesammten Bevölkerung. Und es wäre der schlimmste Mißbrauch der amtlichen Befugnisse der Marine-Verwaltung, wollte sie zu jenem erbärmlichen Spionagesystem greifen, das ein so engherziger, fanatischer Gegner der Arbeiterklasse, wie Herr von Stumm ihr empfiehlt. Nein, Herr v. Stumm wird trotz allem Eifer und der ausgesprochenen Absicht, die Arbeiter mit der Hungerpeitsche zu seiner politischen Gefolgschaft zu bekehren, seinen Zweck nicht erreichen; er trägt nur dazu bei, den Haß der Arbeiter gegen ihre Feinde zu stärken.

Tangerhausen. Große Trübsal ist den hiesigen Nationalsozialen widerfahren. Das Festkomitee der Jentenerfeier hatte einen der Ihrigen seines Parteistandpunktes wegen ausgeschlossen. Nun wurde aus dem „Hurrah“-rufen diesmal leider nichts.

Erzgeb. Der in Aachen erscheinende ultimontane „Volkfreund“ berichtet ausführlich über einen am Montag Abend durch Mannschaften des dort garnisonirenden 40. Infanterie-Regiments verübten Erzeß. Danach kam es im Restaurant Hinz an Kaiserplatz zuerst zwischen den Mannschaften und Zivilisten zu einem Streit, weil die Zivilisten es schließlich müde waren, in all die von den Soldaten ausgehenden Schreie auf König, Vaterland und so fort einzustimmen. Der Wirth wollte vermitteln, ließ aber auf Widerstand, weshalb er Feierabend bot. Darauf demüthigten die Soldaten, etwa 25 an der Zahl, die Fenster des Restaurants, und als der Wirth die Ständemacher erblickt draußen hatte, die Hausthür schließen wollte, suchten ihn die Soldaten daran zu hindern. Der Wirth floh nun in die oberen Stockwerke, flüchtete über die Dächer in eines der Nachbarhäuser und holte polizeiliche Hilfe. Wie Oberst Keim dem Restaurateur Hinz mitgeteilt hat, sehen die Soldaten einer sehr strengen Bestrafung entgegen.

Gotha. Landtag. (Eigener Bericht.) Die in der ersten Sitzung des Spezial-Landtages in Gotha beanstandete Wahl wurde gestern definitiv für ungültig erklärt, trotz des auch freisinnigen Landrichters Kach, der die Kommission, bestehend aus einem Landrat, einem Rechtsanwält und Genosse Bod, der Rigorosität beschuldigte.

Der Herr mußte sich bittere Wahrheiten sagen lassen, weil er bei der vorjährigen Ungültigkeitserklärung unseres Genossen Wolf die entgegengesetzte Haltung einnahm.

Nach dieser Sitzung wurde der gemeinschaftliche Landtag eröffnet, welcher sich aus den Abgeordneten beider Landtage zusammensetzt und alljährlich einmal vor, nach, oder neben dem Spezial-Landtag, und zwar abwechselnd einmal in Gotha und Koburg tagt. Das Bureau war kaum konstituiert, als die Koburger Freisinnigen mit wahrer Witzeschnelle, einer einen Antrag auf allgemeines Wahlrecht, der andere einen Antrag auf verbesserte Einführung der Stimmzettel unter Beibehaltung der indirekten Wahl stellte, damit ihnen die Priorität demokratischer Vertretung nicht entginge. Der Staatsminister v. Strenge als früherer Angehöriger dieser Partei kennt seine Pappenhäuter und weiß, daß diese sich im Stillen freuen, wenn er ihre Anträge dieser Art in seinen ansehnlichen Papierkorb wirft. Bis vor zwei Jahren Genosse Bod den Antrag auf allgemeines Wahlrecht stellte, fanden sich nur zwei Freisinnige, ein Koburger und ein Gothaer, bereit, den Antrag zu unterstützen. Der Antrag wurde abgelehnt, dagegen der des Abgeordneten Schuman, verbesserte Stimmzettel, angenommen, ohne daß das Ministerium daran denkt, denselben Gesetz werden zu lassen.

An Vorlagen gingen dem Landtag zu: Errichtung resp. Anschließ an eine thüringische Klassenlotterie und einige kleinere Vorlagen. Gewählt in Kommissionen wurden von uns in die Finanzkommission Genosse Bod, in die Verwaltungskommission Genosse Soos.

Zwischen dem Ministerium Strenge und dem Landtag droht ein Konflikt aufzubrechen. Bekanntlich gebete der Minister Strenge, bevor er das Portefeuille erlangte, der frei-

sinnigen Partei an, reglet aber nach acht konservativen Grundfragen und übertrifft viele der kleinen Despoten in den Bundesstaaten. Der Landtag kann ruhig Beschlässe fassen, so viel er Lust hat, die ihm, dem jetzt geduldeten Minister nicht passen, bleiben ohne die geringste Berücksichtigung und man hört über deren Schicksal nichts mehr. Nun hat der Herr v. Strenge für beide Ländchen eine Ministerial-Instruktion angewandt, die ihm, dem Minister, während des Thronwechsels und während der Herzog außer Landes ist, besondere Vollmachten erteilt. Dieses und noch manches andere brachte die Koburger, die neben einem starken Jung Partikularismus auch einen solchen für ihre freirechtlichen Institutionen besitzen, in Harnisch. Die elf dem gemeinschaftlichen Landtag angehörigen Abgeordneten haben beschossen, jede von dem Ministerium Strenge eingebrachte Vorlage — ja selbst den Etat zu verweigern, so lange dasselbe nicht ihren Wünschen gerecht wird. Da auch die sieben Sozialdemokraten den gemeinschaftlichen Etat ablehnen, so bilden diese mit den Koburgern die Majorität. Nach der Verfassung könnte der Minister ohne Etat nur noch ein Jahr wirtschaften. Dann giebt es nur Auflösung oder Verfassungsbruch oder Nachgiebigkeit. Wir werden ja sehen, wie es endet.

Greiz, 24. März. (Neusiche D. Z.) Flaggenzensur. Ein hiesiger Einwohner glaubte seine spezifische Landesangehörigkeit äußerlich dadurch dokumentieren zu sollen, daß er anlässlich der Jentenerfeier in preussischen Farben flaggte. Daß dies einigen reussisch-partikularistischen Herren, auch der hiesigen Landesbehörde nicht paßte, mußte gar bald der Flaggenheld erfahren.

Im Auftrage des sächsischen Landrathes erschien der II. Bürgermeister in der Wohnung des abwesenden Herrn, um zu vermitteln. Seine Mission war insofern von Erfolg gekrönt, als die Flagge bald verschwand. Auf sofort erhobene Beschwerde wurde dem Beschwerdeführer durch Herrn v. Mar-Gleichen mitgeteilt, daß wenn diese Flagge nicht entfernt worden wäre, nachdem die sächsische Behörde vorstellig geworden war, die Entfernung sicher durch die Landespolizei-Behörde hätte erfolgen müssen. Ueber diese Entscheidung ist natürlich die ganze Reichspartei und verschiedene andere noch aus dem Händchen gerathen. Thatsächlich ist es ein starkes Stück der reussischen Regierung, verhindern zu wollen, daß jemand in anderen als Reichs- und reussischen Landesfarben flaggt; würde Herr v. Mar-Gleichen die grün-weiße Flagge eines Angehörigen der sächsischen „Vaterländer“ beanstanden haben? In anderen Städten hängen Flaggen aller Nationen aus, so z. B. in Zwettau unter den kleinen Rathhausfahnen auch die Flagge der Genfer Konvention mit dem Kreuz, in Dresden hängt regelmäßig bei allen Festlichkeiten das Band des Robert Thode u. Co. das amerikanische Sternbanner heraus. Weshalb doch in Deutschland nicht die preussischen Fahnen flattern dürfen? So wir ereisern uns wegen der Flaggen sicherlich nicht, wir sind sicher, daß eine rote Fahne auch entfernt worden wäre. Unserwegen hätte man alle Fahnen, einschließlich der zulässigen, am Hohenpostentage konfiszieren können, die Welt hätte nicht das geringste dadurch verloren. Sehr reich ist der Fall nur wegen der hochgepreisten „deutschen Einigkeit“, die bekanntermaßen Fürsten und Völker zusammenhalten soll.

Württembergischer Landtag. (Eig. Ber.) Anlässlich der Weiterberatung des Etats des Departements des Innern entspann sich in der Mittwochssitzung eine sehr lebhafte Debatte über die Handwerkerfrage, doch wies die Debatte wenige leuchtendacht Momente auf. Bei dem Kapitel „Zentralstelle für Gewerbe und Handel“ trägt der volksparteiliche Abgeordnete Schuman an, ob dem Minister die Entschließung des platten Landes bekannt sei und was dagegen geschehen sei. Redner verlangt wirksamere Unterstützung der industriellen Unternehmungen auf dem Lande, eventuell Einführung neuer Industrien. Minister v. Bischof erwiderte dem Redner, die Entschließung auf dem Lande belege auch er, sie sei aber eine Folge der ganzen Entwicklung. Wie man dem Zuge nach der Stadt entgegenwirken könne, wisse er nicht, das Freiheitsgesetz könne man nicht einschänken. Der volksparteiliche Abg. Schunau wünscht Errichtung von Handwerkerkammern und ersucht um Antwort, wie sich die württembergische Regierung zu der dem Reichstag vorgelegten Handwerkerfrage verhalte. Die Konservativen und das Zentrum, so führten die Redner dieser Parteien an, fordern die Einführung des Befähigungsnachweises und der Zwangsinnung. Minister v. Bischof meint, man müsse die Annahme des Reichsgesetzes abwarten, er persönlich erklärt sich für besondere Handwerkerkammern und gegen die von den Konservativen und dem Zentrum ausgesprochenen Wünsche. Schlagend widerlegte er, daß diese Wünsche von der Masse der Handwerkermeister wirklich gebirt werden. Er schloß sich hierbei auf das Ergebnis der württembergischen Innungsstatistik, nach der bloß 1,3 pCt. der Handwerker Innungen angehören, 98,7 pCt. aber von denselben nichts wissen wollen. Schrempf (Konf.) tritt für die Handwerker-Zwangszustellungen ein und ruft alle, die patriotischen Sinn, Gottesfurcht, Ordnung und Sitte, die bei den Handwerkern zu finden sind, unterstützen wollen, auf, für seine Anträge einzustehen; auch der Zentrumsmann, Landgerichtsrath Kiese, tritt für Zwangsorganisation und Befähigungsnachweis ein. Minister v. Bischof und Präsident v. Gaupp leuchten dem Abg. Schrempf tüchtig beim; auch unser Genosse Klose trägt seinen Theil dazu bei, Herrn Schrempf nochmals tüchtig abzufragen.

Strasburg i. El., 28. März. Der kaiserliche Statthalter hat das fernere Erscheinen der „Kolmarer Zeitung“ und des „Mühlhäuser Volksblatt“ verboten, „weil beide Blätter zur Hundertjahrfeier unter der Ueberschrift: „Wir machen nicht mit!“ einen Artikel brachten, welcher das Andenken Kaiser Wilhelms des Großen in grober Weise beschimpfte und lediglich zum Zwecke diente, die Bevölkerung von Elsch-Bohringen mit Haß gegen das deutsche Kaiserthum zu erfüllen.“

Kolmar i. E., 26. März. (Frankf. Ztg.) Hermann Walter, Redakteur der „Elz-Loth. Volkspartei“, wurde wegen Beleidigung von Beamten in vier Fällen zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurtheilt. Walter wurde sofort verhaftet, dürfte jedoch voraussichtlich gegen Kautionleistung auf freien Fuß gesetzt werden.

Wien, 26. März. (Voss. Ztg.) Die Sozialdemokraten beschloffen, im Abgeordnetenhaus eine Anfrage auf Einführung des allgemeinen Stimmrechts und Befreiung Wadens in Anklagezustand, ferner einen Dringlichkeitsantrag wegen Einführung einer parlamentarischen Untersuchungskommission anlässlich der Auflösung der Eisenbahnarbeiter-Organisation einzubringen. Erhält der Antrag auf Befreiung Wadens in Anklagezustand nicht die nötige Unterstützung, wird die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Wahlvorgänge beantragt werden. Eine weitere Anfrage der Sozialdemokraten betrifft die Erweiterung des Arbeiterschutzes, insbesondere die Einführung der Achtstundenschicht für Arbeiter.

Schweiz. Bern, 26. März. Die heute vom Bundesrath veröffentlichte Botschaft über den Rückkauf der Schweizerischen Eisenbahnen giebt die grundsätzliche Begründung der Nothwendigkeit der Verstaatlichung. Die Botschaft enthält sodann eine Berechnung der zu bezahlenden Entschädigungen, giebt eine Erörterung der Organisation der Staatsbahnverwaltung und stellt den Antrag auf Anknüpfung des konfessionellgemeinen Rückkaufs gegenüber den fünf Hauptbahnen. Die konfessionellgemeinen Rückkaufentschädigungen werden auf den 1. Mai 1903 bezw. 1909 im einzelnen, wie bereits gemeldet, im ganzen auf 964 884 769 Fr. berechnet. Die wirklichen Liquidationswerthe für die Aktien auf den 1. Mai 1903, bezw. 1909 für die Gotthardbahn, werden berechnet auf im ganzen 288 951 150 Fr. Die Vorlage hält die Verfassungsrevision nicht für nothwendig, wohl aber hält sie es für geboten, die Frage des Rückkaufs gleichzeitig mit der Organisation der Staatsbahn-Verwaltung durch Gesetz zu regeln. Es wird vorgesehn, daß mit Zustimmung der Bundesversammlung der Bundesrath unter Befreiung der angegebenen Grund-

lagen für den Rückkaufspreis die Erwerbung auch durch freihändigen Kauf vornehmen kann und die Vorlage hält es für denkbar, daß nach erfolgter Rückkaufung von den Gesellschaften selbst Verhandlungen für den freihändigen Kauf eingeleitet werden. Bei Ausdehnung der Verstaatlichung auf andere Bahnen oder für den Bau neuer Linien sind die bezüglichen Vorlagen jeweils dem Referendum zu unterstellen. In der Botschaft wird die Frage der Beschaffung der Geldmittel durch gewöhnliche Anleihen oder durch Ausgabe von Rentenobligationen offen gelassen, jedoch der Grundsatz der völligen Amortisation der Eisenbahnschuld bis längstens 1900 festgesetzt. Das Rechnungswesen der Bundesbahnen soll von der übrigen Staatsverwaltung abgetrennt und der Reinertrag soll ausschließlich verwandt werden für die Vergütung und Amortisation der Bahnschuld, zur Ausgleichung der Schwankungen in den Jahreserträgen sowie zur Hebung und Erleichterung des Verkehrs.

### Frankreich.

Paris, 26. März. Der „Figaro“ meldet, der Marineminister Besnard habe durch den Ober-Marinerath eine Vorlage ausarbeiten lassen, nach welcher die Seemacht Frankreichs um 45 große Kriegsschiffe und um 175 Torpedoboote und Torpedojäger vermehrt werden soll. Die Arbeiten sollen auf acht Jahre vertheilt werden, doch soll in den ersten fünf Jahren der größere Theil des Projekts, namentlich in betreff der Panzerkreuzer und Torpedojäger, durchgeführt werden. Die Vertheilung des Arbeitsprogramms erfolgt lediglich im Hinblick auf die begrenzte Leistungsfähigkeit der Staatsarsenale und der Privatetablissemens. Die Kosten für die neuen, als unerlässlich erachteten 220 Geschützeinheiten werden auf 600 Millionen veranschlagt. Die bereits bestehenden Ergänzungskredite hinzugerechnet, wird das Programm des Marineministers das jährliche Marinebudget auf 200 Millionen erhöhen. Die Vorlage wird dem Parlament demnächst unterbreitet werden.

Wie werden sich unsere heimischen Marine-Enthusiasten über diese Nachricht aus dem Lager des Erbfeindes freuen! —

Die Panama-Affaire wird der Regierung nun recht un bequem, doch scheint es zum Verhängen zu spät. Freilich, am guten Willen wird es das Kabinet Meline nicht fehlen lassen, wie die folgende Meldung aus Paris beweist. Die Verzögerung des Auslieferungs-Begehrens der von Arton demünzten Parlamentarier wird von verschiedenen Seiten damit erklärt, daß der Ober-Staatsanwalt eine Kontre-Enquete vornehme, um die Stichhaltigkeit der vom Untersuchungsrichter Poitevin gesammelten Beweismasse zu prüfen.

Aus Avignon liegt folgende Depesche vor: Ein Polizeikommissar nahm heute in der Wohnung des ehemaligen Deputirten Saint Martin zu Carpentras eine Hausdurchsuchung vor. Saint Martin ist wahrscheinlich von Raquet rechtzeitig gewarnt worden und muß Frankreich bereits verlassen haben. Raquet selbst hielt sich seit acht Tagen in Nizza auf und dürfte zur Zeit schon die italienische Grenze überschritten haben.

### Belgien.

Die Provinz Flandern war bis vor kurzem eine unbeschnittene Domäne der liberalen Partei. Jetzt gewinnen die christlichen Demokraten von Tag zu Tag mehr Boden. Ihr Ansturm richtet sich besonders gegen die Führer der äußersten Rechten, die Duelle und Konferten; als Bundesgenossen sieht ihnen fast die gesammte niedere Geistlichkeit zur Seite.

### England.

London, 25. März. Das Unterhaus hat in dritter Lesung mit 381 gegen 181 Stimmen die Schulvorlage angenommen. Das neue Gesetz bezweckt die Unterstützung der sogenannten „freiwilligen“, von religiösen Körperschaften, hauptsächlich von der englischen Hochkirche unterhaltenen Schulen mit Staatsmitteln. Die wichtigsten Bestimmungen sind: Der Staat gewährt diesen Schulen einen Jahreszuschuß von 5 Schillingen für jedes Kind, im Durchschnitt zusammen im ganzen 618 000 Pfund Sterling. Die Bill bestimmt ferner, daß die Besitzer der „freiwilligen“ Schulen unter sich Vereinigungen bilden, denen die Aufgabe gestellt wird, dem Unterrichtsministerium über die Art der Vertheilung des Zuschusses Rath zu erteilen. Der Zuschuß von 5 Schillingen für jedes Kind ist nämlich nur im allgemeinen Durchschnitt angenommen, im einzelnen kann jeder Schule je nach Bedarf ein höherer oder niedrigerer Betrag zugewiesen werden, und die religiösen Körperschaften, denen die Schulen gehören, haben sich in erster Linie über die Vertheilung dieses Staatszuschusses, so gut sie können, zu einigen. Durch die Elementarunterrichts-Akte vom Jahre 1876 war festgesetzt worden, daß der Staatszuschuß im ganzen 17 Schillinge 6 Pence für jedes Kind nur dann übersteigen darf, wenn auch die freiwilligen Beiträge, von denen die Schule unterhalten wird, entsprechend höher sind als 17 Schillinge 6 Pence. Dies wird jetzt aufgehoben und infolge dessen wird es nicht nur den „freiwilligen“ Schulen freistehen, ihre Schülerzahl ohne Rücksicht auf die ihnen zugehenden Mittel zu vermehren, sondern es ist auch überhaupt der Verstaatlichung der kirchlichen Schulen der Weg gebahnt, da eine religiöse Korporation oder eine Vereinigung von solchen ihre Schulen eventuell ganz aus Staatsmitteln unterhalten lassen kann.

### Italien.

Rom, 26. März. Jetzt nach den Wahlen wird bekannt, daß der Untersuchungsrichter im Prozeß Ravilla zu Bologna noch vor dem Wahltage einen Vorladungsbefehl an Crispi erlassen hat, da sich Verdachtsmomente gegen Crispi als Mitschuldiger an den bekannten Vortverantwureungen ergeben haben. Crispi wurde gestern vom Untersuchungsrichter in Neapel vernommen.

### Spanien.

Madrid, 26. März. (Verl. Tagebl.) Eine Versammlung der republikanischen Gruppen der hiesigen lokalen republikanischen Vereinigung artete in eine förmliche Schandtat aus. Es wurden Revolverkugeln abgefeuert, die Teilnehmer schlugen mit Todtschlägern und Stöcken aufeinander los. Sechs Personen sind schwer, 20 leichter verwundet. 22 Verhaftungen haben stattgefunden. Unter den Schwerverletzten befinden sich ein Sohn des Expräsidenten der ehemaligen spanischen Republik Salmeron und der Chefredakteur der „Justitia“ Melis, welchem ein Auge ausgeschlagen ist.

Aus Rom wird gemeldet: Don Carlos hat dem Papst das feierliche Versprechen gegeben, keinen Handreich in Spanien zu versuchen, so lange die Königin auf dem Thron sitzt. Die Carlisten sollen sich jedoch bereit halten, einzugreifen, sobald die Republikaner das Haupt erheben.

### Serbien.

Belgrad, 26. März. Im ganzen Lande siegten bei den Gemeinde-Wahlen die radikalen (demokratisch angehauchte Russophile) Kandidaten.

### Afrika.

Kapstadt, 25. März. Unter den Befehlsmannschaften der vor Simonstown versammelten britischen Flotte herrscht stark Malaria, welche sich die Truppen während der Benin-Expedition zugezogen haben. Es wurden bereits 700 Fälle festgesetzt. Täglich werden noch Leute von dem Fieber befallen.

## Reichstag.

198. Sitzung vom 26. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst zu Hohenlohe, v. Marschall, v. Bötticher, Graf Posadowsky, v. Gopler, Hollmann.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1897/98.

In der Generaldiskussion erhalt zunächst das Wort Abg. Liebknecht (Soz.): Wir hatten am 3. Dezember in der Generaldebatte auf den Fall des „Jtis“ Bezug genommen. Ich hatte damals es gethan, um meinen Freund und Parteigenossen Schwarz gegen die Angriffe, die von hier aus gegen ihn gefallen waren, in Schutz zu nehmen. Ich hatte in Laufe

der Debatte erklärt, das Schiff gehöre zu denjenigen, welche der Engländer Blimpoff als „schwimmende Särge“ bezeichnet hat; es sei nicht festlich, und nach dem Zeugnisse sehr vieler habe der ganze patriotische Värm, der um das Flaggenlied erhoben worden sei, zum Zweck gehabt, die Sache in einen Nebel von Patriotismus zu verhüllen und die Schuld derjenigen, die für diese Katastrophe verantwortlich seien, zu verdecken. Da wurde mir vom Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts geantwortet, daß von der zuständigen Behörde der Reichs-Verordnung gefolgt wäre, das Schiff könne noch vorläufig für 2 weitere Jahre in Dienst gehalten werden. Ich war aber damals, weil meine Erwähnung der Sache improvisiert war, nicht mit dem nötigen Material ausgerüstet und erklärte, ich überlasse es meinen Vertrauensleuten, weiter auf die Sache einzugehen. Das ist nun in einer Weise, an die man damals nicht gedacht hat, geschehen. Ich hatte mich ja hier darauf bezogen, daß in verschiedenen Zeitungen, das was ich zur Sprache gebracht hatte, besprochen wurde, und ich hatte meine Verwunderung ausgesprochen, daß die Marinebehörde, die gleich allen Behörden sehr rasch sei, Nachrichten, die ihr nicht passen, zu widerlegen, garnicht gethan habe. Etwas allerdings, das wußte ich aber nicht: sie hatte nicht, wie die anderen Regierungen in anderen Ländern es thun, einfach eine Richtigstellung der Thatfachen gegeben, sondern hatte eines derjenigen Blätter, welche die Sache erwähnt hatten, wohlweislich ein Blatt einer Partei, von der man weiß, daß sie vogelfrei ist, in Unklagezustand versetzt. Der Prozeß fand statt am 21. Januar d. J. und endigte mit der Freisprechung des sozialdemokratischen Redakteurs. Dieser Prozeß bewies, daß alles, was ich seinerzeit hier vortrug, vollaus begründet war. Es ist im Laufe dieser Schwurgerichts-Verhandlung ein Brief eines Matrosen, der auf dem „Itis“ gedient hat und mit zu grunde gegangen ist, verlesen worden, datirt vom 29. März, also mehrere Monate vor der Katastrophe. In diesem Briefe wird ausdrücklich ausgesprochen, daß man seines Lebens auf diesem Schiffe nicht sicher sei. Das Schiff, der „Itis“, wird zusammengehalten nur durch den Mast, und ich will bloß hoffen, daß wir gutes Wetter haben, wenn wir nach Hause fahren.“ Einige Monate später kam ja die Katastrophe. Das war ein Urtheil, das einige Monate vor der Katastrophe von einem einfachen Matrosen am Bord des Schiffes gefällt wurde. Man hat sich aber herausgestellt, daß mehrere Jahre vorher die Behörde in bezug auf den Zustand des „Itis“ amtlich gewarnt worden war. Der frühere Kapitän des „Itis“ hatte schon 10 Jahre vor der Katastrophe, nachdem er einen Sturm im Meerbusen von Viscaya und im Kanal überstanden hatte, einen Bericht an die Admiralität erlassen, in dem er folgendes sagte: „Bei schlechtem Wetter hält sich der „Itis“ so ziemlich gut. Er schiffert und stößt hart; ob er sich aber in einem Taifun wird halten können, ist zweifelhaft.“ In einem Taifun ist nun aber das Schiff 10 Jahre nachher zu grunde gegangen. Wir haben von Matrosen, welche die Katastrophe überlebt haben, erfahren, daß das Schiff sehr schlecht dem Steuer gehorchte, daß sein Gang ein unsicherer war und daß es nicht im Stande gewesen, rückwärts zu fahren. Es hat ferner vorgelegen das Zeugniß des Generalmajors von Korff, welcher in seinem Werk über die Weltreise über dieses Schiff, das er im August 1893 im Hafen von Hongkong gefunden hatte, u. a. sagt: „Wenn ich Großadmiral wäre, schickte ich dieses Kriegsschiff nach Stralau oder Dreptom, um Sonntags durch Salute die Kahnfahrer auf der Spree in Schreden zu versetzen, ich hätte aber nicht den Muth, damit über den Ocean zu fahrgen.“ Der „Itis“ sah wie geleckt aus. Man hätte ihn in Chicago auf einen Tisch stellen können als Muster und Modell von Sauberkeit und Ordnung, aber über Wasser wäre ich nicht gern mit ihm gefahren.“ Und gegenüber diesen Zeugnissen hat der Vertreter der Marine vor den Geschworenen erklärt, alle Befürchtungen, welche gehegt worden seien, seien einfach lächerlich gewesen. Ich möchte nun doch einmal fragen, ob angesichts all dieser Thatfachen der Herr Staatssekretär der Admiralität noch sagen will, daß ich zu Unrecht jenen Angriff gegen die Admiralität gerichtet habe. Ich glaube, den Weisall aller Menschen in Deutschland, welche den ganzen Sachverhalt kennen, soweit er im Prozeße zu Tage getreten ist, zu finden, wenn ich sage, daß ein solches Schiff unter gar keinen Umständen in jenes Meer hätte entsendet werden dürfen, und daß man mit dem ganzen Värm, den man über die Flaggenlied-Episode gemacht hat, wahrhaftig nicht das Leben der 70 deutschen Matrosen aufwiegen kann, welche dort geopfert worden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was dieses Flaggenlied betrifft, so will ich nebenbei bemerken, daß einer von denen, die der Sache nahe stehen, die ganze Episode in Zweifel zieht, daß man glaubt, ist eine jener freien Legenden, die man seit Jahrzehnten in zu tausenden in Umlauf gesetzt hat, welche dem Publikum Sand in die Augen streuen und über die Häßlichkeit der Zustände hinwegtäuschen sollen. Was aber die Sache selbst betrifft, so kann ich nur wiederholen, daß es mir nicht eingefallen ist, eine Kritik an Handlungen vorzunehmen, welche angesichts des Todes vorgenommen sind. Ob man ausruft: „Es lebe die Republik!“ wie man es auf einem französischen Schiffe gethan, oder das Flaggenlied singt, das ist einelei. Gegenüber der Majestät des Todes verflummt jede Kritik. Diese Verurteilung hat jeder von uns! Das habe ich gesagt, und da ich nun gerade diesen Fall hier darzustellen hatte, wollte ich nur mit wenigen Worten mich über einige Punkte im allgemeinen aussprechen.

Heute handelt es sich ja nicht mehr um den wichtigsten Punkt, den wir in diesem Etat zu berathen hatten, die Frage der ulerlosen Flottenpläne zu debattiren, heute handelt es sich einfach um die Abstimmung oder Bestätigung desselben, und es fällt mir nicht ein, die Gründe, die vorgebracht sind, zu kritisiren, namentlich da meine Partei voll zu Wort gekommen ist; aber ein will ich doch hinzufügen, was meiner Ansicht nach nicht genügend hervorgehoben ist, nämlich die Wirkung, welche der Traum jener Pläne im Ausland gehabt hat. Das ist die Wirkung und das Ziel, daß wir der französischen und russischen Flotte, womöglich auch noch der englischen gewachsen sein wollen. Das hat man doch in Frankreich, Rußland und England gehört und die Folge ist, daß in noch weit rascherem Tempo, als man selbst nach den ulerlosen Flottenplänen die deutsche Flotte vermehren wollte, jetzt die Flotten in den anderen Ländern vermehrt werden. Es würde das reine Weiltrennen des Wahnsinn sein, wenn wir die Franzosen, Russen und Engländer erreichen wollten.

Admiral Hollmann sagte dem Abg. v. Stumm gegenüber, daß man die Sozialdemokraten doch nicht vollständig von den Werken ausschließen könnte, weil sie so zahlreich seien, daß man wahrscheinlich ohne sie keine Werftarbeiter bekäme. Das ist eine tiefe Weisheit, die sogar in die „Kreuzzeitung“ gedrungen ist, die sagt, daß der Staat die Sozialdemokratie nicht ausrotten könne, weil ein großer Theil der Arbeiter Sozialdemokraten seien und unsere Werften dann brach liegen würden. Ich hoffe, daß diese Weisheit in die Praxis umgesetzt wird und daß man begreift, daß das Deutsche Reich ohne die Arbeiter nicht bestehen könnte. Statt unsere Armees und Flotte im wahnwitzigen Tempo zu vermehren, sollte man das Land im Innern festigen. Glauben Sie, daß Sie durch einen Krieg eine Partei, welche ein Viertel des Volkes, Moß nach der Wählerzahl, umfaßt, mit Stumpf und Stiel ausrotten können? Glauben Sie, daß das Ausland vor einem solchen Reich Respekt hat? Durch die Erfüllung der ulerlosen Pläne würde der deutschen Macht nicht fowiel hinzugefügt, als ihr durch den Krieg gegen die Sozialdemokratie abgenommen würde. (Sehr gut! bei den Sozialdem.) Wenn Sie dafür sorgen, daß er von oben geschürte Klassenkampf ausbricht und daß den Scharmachern das Handwerk gelegt wird, die das Reich einer Katastrophe entgegenführen, dann haben Sie für die Macht, die Ehre und das Ansehen Deutschlands weit mehr gethan als durch die Annahme ulerloser Flottenpläne. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kontr-Admiral Büchel: Der Staatssekretär des Reichs-Marineamts hat bereits bei der ersten Besung erklärt, daß das Kanonenboot „Itis“ in jeder Beziehung festlich geachtet gewesen ist; dem Hause ist der Bericht des Kommandanten vorgelesen, auf welchem diese Behauptung ruht. Wenn ein früherer Kommandant

angeführt wird, so kann dessen Urtheil nicht maßgebend sein, da inzwischen große Veränderungen an dem Schiffe stattgefunden hatten. Abg. Lieber (Z): Bestreitet, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zur Strafe für ihre politische Gesinnung entlassen wurden, sehr viele aber auf eigenen Antrag und wegen mangelnder Arbeit. Damit schließt die Generaldiskussion. Beim Spezial-Etat des Reichstages liegt der Antrag der freisinnigen und deutschen Volkspartei (Minder u. Gen.) vor: „Den Bundesrath zu ersuchen, eine Abänderung der Reichs-Verfassung — Art. 32 — in dem Sinne herbeizuführen, daß die Mitglieder des Reichstages aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten.“ Abg. Richter (rs. Sp.): Bereits neunmal ist unser Antrag angenommen worden, ohne daß der Bundesrath demselben Folge gegeben hätte. Zuletzt 1895. Die Wahlperiode nähert sich ihrem Ende. Die Frage der Diäten ist keine politische Frage, sondern sie ist fast eine Geschäftsordnungsfrage geworden, eine Frage der ordnungsmäßigen Durchführung der parlamentarischen Geschäfte. Die Präsenz des Reichstages ist wochenlang eine so geringe gewesen, daß es schwierig war, die Kommissionen zu besetzen. Man meint, daß es in früheren Zeiten ohne Diäten gegangen sei. Aber früher waren die Reichstags-Sitzungen sehr viel kürzer, zwei bis drei Monate dauerten sie höchstens. Im Juli schloß die vorige Sitzungsperiode und im November begann diese bereits wieder. Die lange sie dauern wird, kann man gar nicht absehen, wenn die Novelle zur Invaliditäts- und Unfallversicherung und die Handwerkerfrage noch erledigt werden sollen. Die mangelhafte Präsenz führt zur Verlängerung der Debatte, nicht zur Abklärung. Die freie Eisenbahnfahrt hat die Abreise der Mitglieder erleichtert. Durch die Diätenlosigkeit glaubte man die radikalen Elemente auszuschließen, das Gegenteil ist aber eingetreten. Ebensovwenig hat man die Berufspolitiker ferngehalten. Aber der Mittelstand ist fern geblieben. Gerade die Konservativen spielen sich ja immer als Vertreter dieses Mittelstandes auf. Die fünfjährige Wahlperiode hat die Sache noch verschlimmert, weil dadurch die Opfer des Mandats größer werden. Für die Einführung der Diäten wären die Konservativen, wenn nur derjenige gewählt werden könnte, der im Wahlkreise wohnt. Dann würden aber viele Fierden der Konservativen, wie Herr v. Hög, Graf Roon, Graf Stolberg u. s. w. dem Reichstage fern bleiben. Weitere Gründe habe ich nicht anzuführen. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. (Beifall links.) Abg. Wassermann (natl.): Namens der Mehrheit meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß wir dem Antrage zustimmen werden. Die Diätenlosigkeit hat die Sozialdemokraten noch niemals in die Lage gebracht, daß sie um Kandidaten zum Reichstag verlegen waren. Den Schaden der Diätenlosigkeit hat der Mittelstand, der die thätigen Elemente aus seiner Mitte nicht in den Reichstag bringen kann.

Abg. von Kardorff (Rp.): Wir bleiben aus dem Standpunkte stehen, den wir immer eingenommen haben. Mir ist die Eliminirung eines Theils der Verfassung ja insofern angenehm, als dadurch die Herren von der Linken nicht mehr als die unbedingten Anhänger und Schützer der heiligen Verfassung erscheinen. Sie können sich also schließlich anderen Aenderungen der Verfassung nicht mehr entgegenstellen. Ich würde es als einen großen Fehler erachten, wenn die Regierung dieser Aenderung zustimmen würde.

Abg. Gröber (Z): Wenn die Herren (rechts) so fest an der Verfassung halten, dann hätten Sie die Verlängerung der Legislaturperiode nicht annehmen sollen. (Sehr richtig! links.) Dadurch ist die Last des Mandats vergrößert worden. Wir werden für den Antrag stimmen. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. v. Ledebow (L): Die Diätenlosigkeit ist ein Korrelat des allgemeinen Wahlrechts, und da ich das letztere nicht ändern will, will ich auch die Diätenlosigkeit nicht beseitigen. Die Diäten werden die Präsenz nicht heben. Dagegen spricht die Besetzung der Parlamente mit Diäten. (Widerspruch links.) Das Pflichtgefühl muß das Haus füllen! (Zustimmung rechts.) Wir werden gegen den Antrag stimmen.

Abg. Singer (Soz.): Wir haben es nicht nötig, unsere Stellung zur Diätenfrage noch einmal zu markiren. Wir werden für den Antrag stimmen. Es ist richtig, daß unser Erscheinen in diesem Hause durch die Diätenlosigkeit nicht beeinträchtigt wird. Für uns besteht aber diese Frage nicht nur darin, ob die einzelnen Parteien im Stande sind, Gelder aufzubringen für die Diäten ihrer Abgeordneten, sondern darin, daß man vernünftiger- und anständigere Weise nicht verlangen kann, daß die Abgeordneten monatelang hier in Berlin sitzen, ohne eine Entschädigung für ihre Auslagen zu bekommen, abgesehen von ihren Verlusten im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt. Am meisten hat mich die Stellung des Abg. v. Kardorff gewundert. Mit Verfassungsbewandten sollen uns doch die Herren von der Rechten verhandeln; wenn sie einen materiellen Vortheil für sich erreichen können, dann sind sie bereit, an einem Tage zehnmal die Verfassung zu ändern. (Zustimmung links.) Uebrigens sind nicht alle in der Lage, einen solchen Erfolg für den Diätenmangel zu finden, wie es Herr v. Kardorff vor Jahren vermochte. Er hat sich einmal indirekt auch über die Diäten ausgesprochen, als er Herrn Reil, dem Herausgeber der „Gartenlaube“, auf die Frage, weshalb er Gröber geschäftig gemacht habe, schrieb:

„er sei unter die Gröber gegangen, um ohne Vermögensverluste als Geseggeber wirken zu können.“ (Hört! Hört! Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und links.) Es war doch etwas unvorsichtig von Herrn v. Kardorff, diese Ausführungen zu machen. Der Spiegel, den ich ihm aus seiner Vergangenheit vorgehalten habe in bezug auf die Beurteilung dieser Frage, sollte ihn verhindern, alle übrigen mit dem Maß zu messen, mit dem er sich selbst hier gemessen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und links.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 179 gegen 49 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die freisinnige und die deutsche Volkspartei, die freisinnige Vereinigung, das Centrum, die Welfen, die Polen und die deutsch-sozialistische Reformpartei geschlossen, ferner die große Mehrheit der Nationalliberalen, und von der Rechten die Abgg. Hahn und v. Herber. Gegen den Antrag stimmten die Reichspartei geschlossen, die Deutschkonservativen mit der genannten Ausnahme; von den Nationalliberalen die Abgg. v. Bennigsen, v. Cunn, Dresler, Hofmann-Dillenburg, Jorns, Kruse, v. Marquardsen, Mers, Panke und Weber-Heidelberg. Abg. Jacob Ködter (L) enthält sich der Abstimmung.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes bespricht Abg. Debel: Wie Sie wissen, hat am 7. Juni vor. Jd. in Barcelona ein Bombenattentat stattgefunden, durch welches eine größere Anzahl Menschen, Männer, Frauen und Kinder, getödtet worden sind. Es war selbstverständlich, daß gegenüber einer solchen barbarischen That die spanischen Behörden alles aufboten, um die Thäter und Urheber zu verhaften und eine Untersuchung gegen sie einzuleiten. Aber wie in ähnlichen Fällen, so ist auch hier die Polizei weiter gegangen, als sie es bei ruhiger Ueberlegung hätte thun sollen. Es wurden in kurzem 800 Personen verhaftet, in erster Linie eine große Anzahl Ausländer, darunter 3 Deutsche. Ein größerer Theil von ihnen ist auf das Fort Montjuich bei Barcelona transportirt worden. Während der langen militärischen Untersuchung sind gegen einen Theil der Gefangenen die grausamsten Gewaltthaten und Torturen verübt worden, wie sie allenfalls im Mittelalter gebräuchlich waren. So wurde z. B. die Kopf- presse angewendet. Infolge der surchtbaren Torturen hat eine Anzahl von Gefangenen Geständnisse gemacht, die sie nachher vor dem Militärgericht wieder zurückgenommen haben, und sind daraus Verurtheilungen erfolgt. In dem Fort Montjuich befinden sich noch 163 Gefangene, darunter 3 Deutsche. Diese Deutschen hatten nicht die leiseste Ahnung vom Anarchismus. Aber selbst wenn jemand theoretisch ein Anarchist wäre, so wäre das kein Grund, sich seiner nicht anzunehmen, vorausgesetzt, daß er unschuldig ist. Die Unschuld dieser Leute steht für mich nach direkten Briefen, die aus dem Schlechwege aus dem Gefängnisse herausgekommen sind, fest. Unter den Gefangenen sind Leute,

die wegen ihrer sehr freien religiösen Anschauung bekannt sind: Freimaurer, Republikaner. Es wäre eine Sache der deutschen Verbände gewesen, alles Mögliche aufzubieten, um die unschuldigen drei Deutschen aus der Haft zu befreien. Wir brauchen zu dem Zweck auf keinen neuen Kreuzerbau zu warten, noch Kriegsschiffe nach dem Mittelmeer zu schicken. Es brauchte nur unser Generalkonsul oder unser Gesandter in Madrid den nötigen Einspruch bei den spanischen Behörden zu erheben, um die entsprechende Genehmigung zu finden und die Freilassung deutscher Reichsangehöriger zu erwirken. Ich habe vor ungefähr 10 Tagen dem Staatssekretär des Auswärtigen in einem Schreiben Mittheilung von diesen Vorgängen gemacht. Damals wußte ich nur, daß ein Deutscher, ein Schloffer Häfner aus Köln, sich unter den Gefangenen befindet. Außerdem ist noch ein Handwerker dabei und ein Gelehrter, der sich seit langen Jahren in Barcelona aufhält und Republikaner und Freimaurer ist, aber kein Anarchist. Ich frage den Staatssekretär, ob und welche Schritte er in dieser Sache gethan hat und ob Aussicht vorhanden ist, daß diese drei Deutsche bald aus der Haft entlassen werden.

Staatssekretär v. Marschall: Der Vordredner hat mich durch ein Schreiben von der Sache in Kenntniß gesetzt, aber schon vorher hat die Sache die Aufmerksamkeit unserer Vertreter erregt, des Gesandten in Madrid und des Generalkonsuls in Barcelona. In Barcelona sind zwei Attentate verübt worden, in einem Theater und am 6. Juni vorigen Jahres bei der Frohleichnamens-Procession. Unmittelbar nach diesem letzteren Attentate sind viele Personen, darunter auch Ausländer, verhaftet worden; darunter befindet sich nur eine Person, deren deutsche Nationalität zweifellos ist; über einige andere Personen bestehen noch Zweifel, ob sie nicht durch jeßjährige Abwesenheit ihre deutsche Nationalität verloren haben. Der noch im Gefängnisse befindliche, aus Köln stammende Deutsche hat ein bewegtes Leben hinter sich. Er war in Deutschland wegen Bettelns, Handfriedensbruchs u. s. w. bestraft und ist desertirt. Er hat sich seit 1891 in Spanien herumgetrieben und ist dabei fünfmal verhaftet worden wegen Kirchenraubes u. s. w. (Zweiter Teil.) Er ist durch Vermittelung des Generalkonsuls aus dem Gefängnisse entlassen worden mit der Angabe, nicht mehr in Barcelona sich sehen zu lassen. Trotzdem wurde er kurz nach dem Attentat wieder dort betroffen, und wenn er sich jetzt über schlechte Behandlung beklagt, so hat er sich das selber zuzuschreiben. Er war von der französischen Behörde als Anarchist signalisirt. Nach der spanischen Gesetzgebung hat die Behörde bei Verhängung des Belagerungszustandes unbeschränkte Befugnisse, die verdächtigen Leute zu verhaften. Daß der betreffende Häfner mißhandelt worden ist, ist nicht richtig. Er liegt nur über die schlechte Beschaffenheit des Ziviergefängnisses, welches schlechter sei als das Militärgefängniß. Er soll, wenn nicht weitere Verdachtsgründe vorliegen, aus dem Gefängnisse entlassen werden. Mehr konnte nicht geschehen seitens der deutschen Vertreter, wie ja auch die anderen Vertretungen sich der gefangenen Ausländer nicht angenommen haben. Die Hauptsache ist, daß der Mann desertirt ist, und wer sich dem Dienste des eigenen Landes entzieht, kann nicht auf den Schutz des Landes Anspruch erheben wie jeder andere. (Sehr richtig! rechts.) Für solche Personen muß sich das Eintreten der deutschen Vertreter auf das geringste Maß beschränken.

Abg. Debel (Soz.): Das Häfner mißhandelt worden ist, habe ich nicht behauptet; sein Vorhaben war mir nicht bekannt, namentlich wußte ich nicht, daß er Deserteur ist. Es wäre politisch und staatsmännlich klüger gewesen, seinen Kerger und seine Mißbilligung über diese Handlungen zu unterdrücken und ohne Rücksicht auf das, was er vielleicht in einem unüberlegten Jugenddreh sich gethan hat, ihn als einen Mann zu behandeln, der voll den Schutz des Deutschen Reiches in Anspruch nehmen kann. Jedenfalls wäre es die beste Gelegenheit gewesen, wenn überhaupt noch, einen solchen Mann für das Deutsche Reich wieder zu gewinnen, und viele mit ihm. (Zweiter Teil rechts.) Gegenüber Anarchisten, die den Staat nach allen Richtungen belämpfen, kann nicht geschickter verfahren werden, als wenn ihnen bewiesen wird, daß sie den Schutz eines Staates, den sie für das größte Uebel der Welt ansehen, bei gewissen Gelegenheiten in Anspruch nehmen können. Der Kriegszustand in Barcelona ist ein Ausnahmezustand; es mag für Spanien richtig und gut sein, daß das Kriegsgericht bezog, die Behörden das Recht haben, einen Verdächtigen beständig lange in Haft halten zu können, wenn aber gegen jene Leute nicht das geringste vorgebracht werden kann, dann hat die auswärtige Regierung das Recht zu verlangen, daß diesem Zustande in bezug auf ihre eigenen Staatsangehörigen ein Ende gemacht wird. Die auswärtige Regierung hat ja das Recht, die Ausländer auszuweisen; es sollte aber schon vom menschlichen Standpunkte aus nicht geduldet werden, daß das Ausland unsere Angehörigen unendlich lange in Haft hält und ihr Leben und ihre Gesundheit gefährdet.

Mehr als diese Frage interessiert der augenblickliche Stand der Dinge auf Kreta. Am 22. Februar, als uns die Sache zum ersten Male beschäftigte, hat der Staatssekretär im Namen des Reichstages erklärt, daß er, sobald die gekommen sei, gern bereit sein werde, über das, was Deutschland in dieser Frage gethan habe, dem Reichstage näheren Aufschluß zu gewähren. Die reservierte Haltung des Reichstages in jener Sitzung war, wie jemand in der Budgetkommission behauptete, keine Zustimmung zur Haltung der Regierung in der Kreta-Frage. Herr v. Kardorff hat dem auch ausdrücklich im Namen seiner Freunde erklärt, daß auf ihrer Seite keineswegs die Politik der Reichsregierung in der Kreta-Sache vollständig getheilt werde. Nach den neuesten Depeschen sollen nun die Admirale und Kommandanten der fremden Geschwader an die gelandeten Truppen der europäischen Großmächte einen Tagesbefehl geäußert haben, in den sie die Truppen bewillkommen und ermahnen, ein gutes Beispiel zu geben. „Es handelt sich“, so heißt es wörtlich, „um eine schwierige, oft peinliche Aufgabe; aber wir zählen auf Euch im Interesse der Menschlichkeit und der Ehre unserer Flaggen.“ Danach nehme ich an, daß auch Deutsche auf Kreta gelandet sind. Dann liegt aber die Gefahr nahe, daß diese Truppen mit den aufständischen Kreten in einen gewaltsamen Zusammenstoß kommen und sich daraus ein unabsehbarer Konflikt entwickeln kann. Die gesammte Presse ist mit dem Tempo, in dem die deutsche auswärtige Politik im Orient geführt wird, durchaus nicht einverstanden; sie hat Einspruch dagegen erhoben, daß auch nur einer deutschen Mutter Kind bei einem solchen Zusammenstoß das Leben verliert oder verwundet wird. Wir unsererseits legen die allerenergiseste Verwahrung ein gegen jede aktive Betheiligung Deutschlands an den orientalischen Kriegen. Wir haben von Anfang an die Vorgänge mit großem Mißtrauen und Unbehagen beobachtet. Ich erinnere mir an die Vorgänge in Transvaal. Man hat sich so benommen, als wern von allen Großmächten Deutschland am allermeisten an den Vorgängen interessiert wäre, während doch das Gegenteil der Fall ist. Wir haben keinen Grund, die Kreten in ihren Wünschen und Reigungen in bezug auf ihre Zugehörigkeit zu Griechenland, vorausgesetzt, daß die große Mehrheit es wünscht, irgendwie zu hindern. Derselbe Gesichtspunkt, der in den 60er Jahren für den größten Theil der deutschen Nation maßgebend war, zu wünschen, daß Schleswig-Holstein zu Deutschland käme, daß die Lombardei und Venetien Italien sich angliederten, muß auch den Kreten gegenüber maßgebend sein, und eine Regierung, die selbst derartigsten nationalen Aspirationen ihre Existenz verdankt, hat am allerwenigsten Ursache, bei einem fremden Volke Einspruch zu erheben. Die Kreten stehen in ihrer großen Mehrheit zu Griechenland; sie weisen die Autonomie, die ihnen die Großmächte gütigst gewähren wollen, zurück, sie mögen selbst sehen, wie sie zurecht kommen. Die ganze deutsche auswärtige Politik entspricht seit 2 Jahren nicht deutschen, sondern russischen Interessen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns glücklich die Sympathien eines großen Theils von Europa verschert. Nicht nur mit Frankreich, auch mit England haben wir uns überworfen, mit der italienischen Bevölkerung und jetzt mit der griechischen. Sympathien haben wir nirgends gewonnen. Den Vortheil streicht schamlos England ein, ohne Dank dafür zu haben. Denn es wird die Rechnung präsentieren, wenn die Zeit gekommen ist. Im

Namen der großen Mehrheit meiner Freunde erhebe ich also Einspruch gegen die Art, wie unsere deutsche Politik in Kreta, im Orient geführt wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Liebknecht (Soz.)** hält es für notwendig, daß die deutsche Regierung in Barcelona energisch für die deutschen Reichsangehörigen eintritt. Ein englischer Staatsmann hätte nicht erst lange bei der Polizei nach dem Vorleben des Mannes sich erkundigt. In Kreta sollte Deutschland sich auch nicht in das Schlepptau Rußlands nehmen lassen, sondern auf Seiten der zivilisierten Welt stehen.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt **Abg. v. Karlowitz (Sp.)**, daß er in der Budgetkommission die Behauptung des Abg. Hannmayer, daß aus dem Schweigen des Reichstags die begeisterte Zustimmung zur Haltung der Regierung in der kretischen Frage gefolgert werden müsse, als zu weit gehend bezeichnet habe. Er habe auch festgestellt, daß in der schwierigen Lage die Regierung nicht gestört werden solle.

**Abg. Hannmayer** befreit, daß er von der begeisterten Zustimmung des Reichstages gesprochen habe.

**Staatssekretär v. Marshall:** Damit das Schweigen der Regierung nicht mißverstanden wird, muß ich erklären, daß bei dem Stande der Verhandlung ich nicht in der Lage bin, Auskunft zu geben. Wenn der Moment dazu gekommen sein wird, wird auch Kritik an der Politik geübt werden können.

**Abg. Richter (fr. Sp.):** Ich habe in der damaligen Debatte direkt ausgeführt, daß ich es nicht für richtig halte, daß die deutsche Regierung, die doch das geringste Interesse an der Sache hat, in der Aktion die Spitze nehme, und daß von Deutschland die Blockierung des Piräus vorgeschlagen ist.

**Abg. Veber:** Es entspricht nicht der Würde des Parlamentes, daß zu den Verhandlungen keine Auskunft gegeben worden ist.

**Staatssekretär v. Marshall:** Es ist immer parlamentarischer Brauch gewesen, daß von einer Anfrage über schwebende Verhandlungen der Regierung Mitteilung gemacht wird, damit sie erklären kann, ob ihr die Auskunftserteilung möglich ist.

**Abg. Veber (Soz.):** Der Staatssekretär konnte erwarten, daß beim Etat des auswärtigen Amtes namentlich diese Frage zur Sprache kommen würde.

Nach einer Bemerkung des Abg. Liebknecht wird die Debatte geschlossen.

Bei den Ausgaben für die Kolonien erklärt auf eine Anfrage des Abg. Lieber (Z.), der

**Direktor der Kolonialabteilung v. Nischhofen,** daß über die Witu-Angelegenheit die Verhandlungen noch schweben; man hat sich noch nicht über die Einsetzung eines Schiedsgerichts verständigen können.

**Abg. Veber (Soz.)** verweist auf die Schrift von Giesebrecht über Peters, daß danach trotz der Kenntnis der Thaten Peters der frühere Kolonialdirektor Peters unter die Kandidaten für Reichsämtler angenommen hat.

**Direktor v. Nischhofen:** Die Untersuchung gegen Herrn Peters ist abgeschlossen; die Akten sind dem Reichskanzler mitgeteilt, der Termin zur mündlichen Verhandlung ist auf den 24. April angesetzt. Die Schrift von Giesebrecht habe ich noch nicht gelesen. Ich kann also darüber keine Erklärung abgeben.

**Abg. Werner** bedauert, daß die Witu-Angelegenheit noch nicht zum Abschluß gekommen sei. Wann soll denn diese seit sieben Jahren schwebende Frage endlich erledigt werden? Die Deutschen sind in dieser Frage nicht zu ihrem Rechte gekommen. Man scheint mit England jeden diplomatischen Streit vermeiden zu wollen, auch wenn die Rechte der Deutschen mit Füßen getreten werden. Mit derartigen Versprechungen und leeren Redensarten sollte man die Leute doch nicht mehr hinführen. Die Capriwische Kolonialpolitik hat das Ansehen der deutschen Regierung im Auslande herabgesetzt.

**Direktor v. Nischhofen:** Die Schwierigkeit liegt jetzt bei den Gehörten selbst, welche dasjenige, was das Schiedsgericht gewähren wird, gern hinnehmen wollen, aber nicht daran denken, auf ihre Rechte zu verzichten.

**Abg. Werner:** Die Gebr. Denhart haben keine Ursache, ihre von dem früheren Kolonialdirektor Kanfer als berechtigt anerkannten Forderungen aufzugeben.

**Direktor v. Nischhofen:** Sie sollen nicht auf alle Rechte verzichten, sondern nur auf die Ansprüche, zu deren Entscheidung das Schiedsgericht eingesetzt wird.

Die Etats des auswärtigen Amtes und der Kolonien werden unverändert bewilligt.

Bei dem Etat des Reichsamtes des Innern liegt folgender Antrag des Abg. Schütz-Lupitz (Sp.) vor:

Die verbündeten Regierungen zu eruchen, eine landwirtschaftlich-technische Reichsanstalt für Bakteriologie und Phytopathologie in das Leben zu rufen und die hierzu erforderlichen Mittel in den Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1898/99 einzustellen.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß es hauptsächlich notwendig sei, die Landwirtschaft leistungsfähig zu machen. Wenn wir unsere Getreideproduktion nur um 5 pCt. heben können, dann sind wir ein exportierendes Land. Die Vermehrung der Flotte ist begründet mit der Gefahr, daß uns die Einfuhr abgeschnitten werden könnte. Ich habe die Mehrforderungen bewilligt, aber nicht aus diesem Grunde; denn wir können unsere Flottenmehrung auf eigenem Boden erzielen.

**Staatssekretär v. Bötticher:** Die Absicht des Antrages ist eine anerkanntermaßen und nützliche. Wenn wir Einrichtungen treffen könnten zur Einschränkung der landwirtschaftlichen Schädlinge, so wollen wir die Maßregeln ergreifen, um diese Einrichtungen möglichst wirksam zu machen. Die Landwirtschaft ist bisher selbst auf diesem Gebiete vorgegangen und preußische, sowie andere Regierungen sind mit der Einrichtung solcher Institute ihrer Thätigkeit gefolgt. Der Antragsteller will eine besondere Reichsanstalt eingerichtet wissen. So sehr ich mit der Tendenz einverstanden bin und so wenig ich weiß, welche Aufnahme der Antrag im Bundesrat finden wird, so glaube ich doch, daß es nicht der zweckmäßigste Weg ist, eine Reichsanstalt einzurichten. Es sind bereits Behörden vorhanden, welche durch entsprechende Erweiterung ihrer Thätigkeit die Arbeiten erledigen können, zum Beispiel wenn man dem Reichs-Gesundheitsamte die nötigen Mittel zuwendet. Ich mache mich anheilig, den Grundgedanken des Antrages mit anzugehen und eine Untersuchung anzustellen, welche Mittel und Wege eröffnet werden müssen, um seinen Zweck zu erreichen. Ich würde mich freuen, wenn sich ein praktischer Weg finden ließe, um im nächsten Jahre mit Forderungen hervorzutreten.

**Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.):** Von allen Gegenständen, die hier zur Verhandlung gebracht sind, ist keiner so wichtig gewesen, wie dieser. Der Antrag geht aber nicht weit genug, indem er sich nur auf die Phytopathologie (Krankheitslehre der Pflanzen) beschränkt, während auch die Zoopathologie (Krankheitslehre der Tiere) dabei in Betracht kommt. Redner dankt für die entgegenkommende Erklärung des Staatssekretärs, bittet aber, die Sache nicht zu einer Nebenarbeit des Reichs-Gesundheitsamtes zu machen, sondern eine besondere Abtheilung desselben oder eine besondere Zentralanstalt dafür einzurichten.

**Abg. Schütz-Lupitz (Sp.)** spricht sein Vertrauen zur Regierung aus und zieht seinen Antrag zurück. Die Regierung müsse vorgehen, damit nicht die Entwicklung der Krankheitsverhältnisse der Tiere und Pflanzen sie schließlich überwältige.

**Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.)** verlangt die Umgestaltung der Fabrikinspektion aus einer Landeseinrichtung zu einer Reichseinrichtung. Er führt aus, daß der Verkehr der Gewerkschaftskommissionen in einzelnen Städten mit den Fabrikinspektoren sich nicht genügend ausbreite, was wohl an der Einwirkung der Landesinstanzen liege. Redner verweist besonders auf Frankfurt a. M.

**Staatssekretär v. Bötticher:** Wenn der Zustand, den der Vordredner wünscht, eingeführt werden soll, müsse eine Aenderung der Gewerbe-Ordnung erfolgen, denn diese schreibt vor, daß die Fabrikinspektoren Landesbeamte sind. Eine Einwirkung auf die preussischen Beamten steht dem Reichskanzler nicht zu. Wenn der Vordredner etwas erreichen will, müsse er dafür sorgen, daß einige Sozialdemokraten in den preussischen Landtag kommen. (Heiterkeit.)

**Abg. Wurm (Soz.):** Daran sind wir nicht schuld; wenn der Staatssekretär seinen Einfluß geltend machen wollte, daß Preußen des Dreifachen-Bahisismus abhelfe, dann würden wir schon für die Wahl von Sozialdemokraten sorgen. (Heiterkeit.) Der Fabrikinspektor in Lübeck ist ein Unikum; er ist im Nebenamt angestellt, er ist Vertreter von Siemens u. Halske und des Germanischen Lloyd's, außerdem Vertrauensmann einer Berufsgenossenschaft. (Hört, hört! links.)

Ein solcher Mann ist nicht unbefangene genug, um die Interessen der Arbeiter zu wahren; jedenfalls ist es nach dieser Stellung kein Wunder, daß er gemeint hat, den Hamburger Hafenarbeitern müsse der Daumen auf das Auge gedrückt werden, daß die Lübecker Arbeiter bloß von Agitatoren aufgehetzt würden. Ein solcher Mann kann die Ausführung der Arbeiterschutzgesetze nicht überwachen.

Auf eine Anregung des Abg. Sahn erklärt **Staatssekretär v. Bötticher,** daß er das Auswärtige Amt gebeten habe, in Sachen des Wegerechtes der Fischdampfer in London neue internationale Vereinbarungen herbeizuführen. Man habe es allerdings als sehr schwierig erklärt, eine Vereinbarung noch vor dem 1. Juli zu Stande zu bringen. Man legt aber der Inkrustierung der Washingtoner Akte zum 1. Juli großen Werth bei, weil sie einheitliches Recht schafft.

Bei den Ausgaben für das Reichs-Versicherungsamts führt **Abg. Schmidt-Frankfurt (Soziald.)** Beschwerden darüber, daß man ihn, da er mehrfach die Interessen der Arbeiter in Unfall-Versicherungssachen unentgeltlich vertreten habe, als gewerkschaftlichen Vertreter zurückgewiesen habe.

Bei den Ausgaben für das Kanalamt führt **Abgeordneter Sahn** Beschwerde über die Vereinfachung des Verkehrs der Anleger des Kaiser-Wilhelm-Kanals durch Einstellung des Fährbetriebes. Ferner führt die kleinen Schiffer Beschwerde über die Verzögerung des Durchschleusens und über die Langsamkeit, mit der eine Anzahl kleinerer Schiffe zu Schleppzügen vereinigt werden.

**Staatssekretär v. Bötticher:** Das nach Anlegung einer tiefen Wasserstraße quer durch das Land der Verkehr nicht mehr so bequem sein kann von der einen Seite zur andern, ist selbstverständlich. Wir haben allen landespolizeilichen Anforderungen genüge geleistet und eine feste Brücke und mehrere Fähren mehr gebaut, als verlangt waren. Aber alles Wohlwollen hat seine Grenze; so lange der Kanal noch nicht seine Betriebskosten deckt, wird der Reichstag schwerlich die Ausgabe für eine neue Brücke bewilligen. Die Gemeinden und die Schulgemeinden werden sich dieser zwingenden Grenze anbequemen müssen. Auf die Einzelbeschwerden kann ich nicht eingehen, da mir die einzelnen Fälle nicht bekannt sind.

**Abg. Graf Holstein (L.)** hält es für dringend notwendig, daß die Wünsche der Interessenten berücksichtigt werden. Besonders nachtheilig sei die häufige Störung des Projektverkehrs.

**Staatssekretär v. Bötticher** sagt eine wohlwollende Prüfung der Beschwerden der Anleger zu.

**Abg. Lorenzen (fr. Sp.)** bezweifelt, daß bei der jetzigen Einrichtung der Fährten während des Winters eine Besserung herbeigeführt werden kann. Jedenfalls soll man die Verbesserung, die versucht werden soll, nicht auf die lange Bank schieben. Der Reichstag würde dafür das Geld schon bewilligen.

Nachdem der Abg. Thomsen (fr. Sp.) sich ebenfalls den Klagen der Vordredner angeschlossen hat, wird die Ausgabe für das Kanalamt bewilligt.

Beim Etat der Verwaltung des Reichsheeres kommt **Abg. Veber (Soz.)** auf seine Ausführungen bei der zweiten Lesung zurück, wonach ein Offizier die Kneipen Dessau's, in denen Sozialdemokraten verkehrten, mit einem beschimpfenden Namen belegt habe. Er habe damals von einer Offizierskneipe gesprochen und der Kriegsminister habe das als Klatsch bezeichnet. Er verweise jetzt darauf, daß in der von ihm bezeichneten Kneipe eine Offiziersprügelerei stattgefunden habe, in welcher die Offiziere sich mit Säbeln und Stiefeln die Köpfe zerhackten haben. Das Gericht hat den einen der Beteiligten zu 1500 Mark Geldstrafe verurtheilt.

**Kriegsminister v. Soller:** Ein Oberstleutnant, ehemaliger Offizier, und ein Fabrikant, Reserve-Offizier des Trains, haben sich 1894 gezankt über die Güte der Zigaretten, welche der Fabrikant herstellte. (Heiterkeit.) Dabei war es zu Thätlichkeiten gekommen. Der Fabrikant ist verurtheilt und nachher aus dem Offiziersstande ausgeschlossen. Gegen den andern konnte ein Verfahren nicht eingeleitet werden, da er inzwischen verstorben war.

**Abg. Amert (Soz.):** Die zu einem Theile durchaus unsachlichen und ganz unhaltbaren Ausführungen des Herrn Generalauditeurs v. Jitenbach in der 176. Sitzung nach meiner Rede gegen die Militärjustiz-Verwaltung haben mich veranlaßt, zu einer kurzen Erklärung das Wort zu nehmen. Des Herrn Jitenbach Redewendungen haben mich allerdings in keiner Weise von der Vortrefflichkeit der preussischen bzw. deutschen Militärgerichtsbarkeit überzeugt. Allein für materielle Erörterungen wären meinerseits längere Ausführungen nötig. — Da nun jetzt offenbar für umfangreiche Reden keine Stimmung im Hause vorhanden ist, verzichte ich auf weitergehende Darlegungen nach der momentan in allen Parteien herrschenden Parole: Nicht diskutieren, sondern stimmen! Natürlich behalte ich es mir ausdrücklich vor, zu geeigneter Zeit auf den Gegenstand zurückzukommen.

Bei den Ausgaben für die Garnisonverwaltung kommt **Abg. Jorns (natl.)** auf die Wünsche der Städte Northeim und Einbeck zurück, die gerne ihre Garnisonen behalten möchten.

**Generalmajor v. Gemmingen:** Die Gründe für die Aufgabe der Garnison Einbeck liegen darin, daß Göttingen eine Verstärkung der Garnison haben muß zur Unterbringung der Einjährig-Freiwilligen.

Nach Erledigung der ordentlichen Ausgaben des Militäretats wird um 6 Uhr die weitere Berathung bis Sonnabend 1 Uhr verlag.

## Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat, wie wir zu dem Berichte in unserer letzten Nummer ergänzend mittheilen, in seiner vorgestrigen Sitzung den Gesetzentwurf betreffend die Rechtsverhältnisse der Gerichtsvollzieher und die Einrichtung einer Pensionskasse für Gerichtsvollzieher und deren Hinterbliebene, sowie dem Ausschussantrage, betreffend Aenderung der Bestimmungen für die Exportbränerien in Bremen, die Zustimmung erteilt. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen: die Rechnungen über den Haushalt der Schutzgebiete von Kamerun und Togo sowie des südwestafrikanischen Schutzgebietes für die Etatsjahre 1892/93 und 1893/94. Endlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

**Die Unfallnovellen-Kommission** setzte in ihrer gestrigen Berathung die Berathungen zu §§ 90 bis 95 fort. Durch § 90 will die Vorlage statt mit 7 mit 5 Richtern das Reichs-Versicherungsamts fortan besetzen und die Macht eingeräumt haben, statt mit richterlichen Beamten mit als Richter noch nicht fungirenden jungen Assessoren oder mit ausgebildeten Richtern a. D. das Reichs-Versicherungsamts zu besetzen. Unsere Genossen verlangten Verbeibehaltung des jetzigen Zustandes. Tsch lebhafter Belämpfung durch Regierungsvertreter gelangte ihr Antrag zur Annahme. §§ 91—94 gelangten fast unverändert zur Annahme; die Besuche unserer Genossen, die Landesversicherungsämter zur Streichung zu bringen, mißlang. § 95 setzt das Ausnahme-Unrecht gegen verunglückte Arbeiter fest, daß diese selbst dann gegen Unternehmer nicht auf Schadenersatz klagen können, wenn der Unternehmer wegen fahrlässiger Tödtung oder Körperverletzung bestraft ist. Die Abtinnung über § 95, dessen Streichung unsere Genossen begehren, erfolgt in der auf heute vormittags 10 Uhr anberaumten Sitzung.

## Partei-Nachrichten.

**Maifeier.** Die drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs beschloßen in kombinierter Versammlung auf Vorschlag ihrer Vorstände, am Vormittag des 1. Mai einen Zug nach einem Vorort zu veranstalten und abends in verschiedenen Lokalen Versammlungen

abzuhalten. Erklärt wurde namens der Vorstandschäft der drei Vereine, daß seitens der Partei eine materielle Unterstützung der wegen der Maifeier etwa Gemüthseligten nicht erfolgen könne.

In Brandenburg hat die Buchdruckerei und Verlagsanstalt der „Brandenburger Zeitung“ ihre Firma Ferd. Ewald u. Co. in die Firma D. Sidow u. Co. umgeändert.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse A. Stenzel, Redakteur am „Hamburger Echo“, der 2 Monate und 3 Wochen Gefängnis wegen zweier Preßdelikten verurtheilt hat, ist am Donnerstag aus der Hamburger Kneipenwache, die schon mancher Sozialdemokrat kennen gelernt hat, entlassen worden.

Die „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart hat Blät mit ihren Prozeßen. Von der Strafkammer in Heilbronn wurde dem Redakteur Geiger mitgetheilt, daß ein wegen Verleumdung des Ortsvorstehers Thumm in Kirchendorf gestellter Strafantrag zurückgezogen ist.

## Gewerkschaftliches.

Aus Levallois bei Paris wird uns mitgetheilt, daß der Streik in der Buchdruckerei von Paul Dupont nach dreitägiger Dauer mit dem Siege der Arbeiter geendet hat. Es ist eine einheitliche Arbeitszeit erreicht worden.

## Soziales.

**Postalisches aus England.** Mit dem ersten April dieses Jahres tritt in der englischen Postverwaltung ein neues Reglement in Kraft, wonach verschiedene der unteren Dienstklassen Gehaltsaufbesserungen erlangen, die insgesammt den Postetat um jährlich 5/2 Millionen Mark (275 000 Pfd.) erhöhen. Bis zu einem gewissen Grade ist dies noch eine Hinterlassenschaft des vorigen (liberalen) Ministeriums. Der Minister, der in diesem die Postverwaltung unter sich hatte, setzte 1894 eine Kommission ein, welche die Beschwerden und Wünsche der unteren Postbeamten prüfen und entsprechende Vorschläge zur Abhilfe machen sollte. Vorsitzender der Kommission war der liberale Lord Tweedmouth, die übrigen Mitglieder werden aus dem Beamtenstand genommen. Natürlich konnte die konservative Regierung die Anträge, welche die Kommission aufgestellt, und die auch bei weitem nicht allen Wünschen der Postangestellten entsprechen, nicht gut ablehnen, und so wählte sie das bessere Theil und nahm sie in Vausch und Bogen an.

Hier einige der Hauptbestimmungen.

**Löhne.** Für Briefträger: Minimallohn für Anfänger unter 19 Jahren 18 Schillinge die Woche in London, 16 Schillinge für die unterste Klasse in der Provinz. Von da ab regelmäßige Steigerung von Jahr zu Jahr um 1 Schilling 6 Pence die Woche, bis auf 22 Schilling wöchentlich für die unterste Klasse in der Provinz, während London mit 34 Schilling die Woche die höchste Grenze bildet. Daneben Pensionsberechtigung, ärztliche Behandlung und 1 Schilling wöchentlich extra für tabellosen Dienst. Für Sortierer, Telegraphisten u. für Anfänger unter 19 Jahren 18 Schillinge die Woche (ganz junge Telegraphisten das erste Jahr 16 Schillinge), von dann ab 52 Pfund Sterl. jährlich und Steigerung von Jahr zu Jahr um 6 Pfund, bis ein Jahresgehalt von 112 Pfund erreicht ist. Bei guter Führung und Qualifikation für die schwierigeren Arbeiten dieser Kategorie weitere Steigerung bis auf 160 Pfund und für besonders qualifizierte Telegraphisten bis auf 190 Pfund jährlich.

**Arbeitszeit.** Jeder Angestellte soll täglich mindestens neun Stunden ununterbrochen in seinem Heim sein können, neben geübender Zeit für zwei oder mehr Wege zwischen Wohnung und Bureau. Kein Angestellter soll mehr als 10 Stunden hintereinander den einen, und als 6 Stunden den nächsten Tag in Dienst sein; übersteigt der Dienst an zwei aufeinanderfolgenden Tagen zusammen 16 Stunden, so wird jede weitere Stunde mit einem Aufschlag von einem Viertel (das heißt als 1/4 Stunde) als Ueberzeit-Arbeit bezahlt. Nacharbeit wird im Verhältnis von 7 Stunden gleich 8 Stunden Tagarbeit, Sonntagsarbeit als Extra-Arbeit mit 50 pCt. Aufschlag bezahlt. Alle Briefträger, Postträger, Boten erhalten jährlich 14 Tage, die anderen Kategorien von 14 Tagen bis 3 Wochen Urlaub bei voller Bezahlung. Man muß bei alledem natürlich den allgemeinen Lebenslauf der Bevölkerung in Anschlag bringen. Auch soll nicht verschwiegen werden, daß mit dem Angeführten bei weitem noch nicht alle Forderungen der Organisation der Postleute erfüllt sind. Dennoch dürfen die englischen Postangestellten ihren Kollegen auf dem Festland um ein recht gutes Stück voraus sein.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Wien, 26. März. (W. Z. B.)** Die „Kölnische Zeitung“ aus Kana von heute meldet, ist das österreichische Kanonenboot „Ester“ heute bei Kiffano von den Aufständischen betrossen worden; die „Ester“ erwiderte das Feuer aus Schnellfeuer-Geschützen.

**Wien, 26. März. (W. Z. B.)** Von der Felspitze des schwarzen Thores bei Mödling ist ein junger Tourist abgestürzt und hat sich schwere Verletzungen zugezogen. Die Persönlichkeit des Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden.

**Paris, 26. März. (W. Z. B.)** Aderweitigen Meldungen zufolge ist der Deputirte Raquet bereits vor mehreren Tagen nach London geflüchtet.

**London, 26. März. (W. Z. B.)** Die „Daily Mail“ erfährt aus Bombay unter dem gestrigen Tage: Verschiedene Fälle von schwarzer Pest sind leider in der europäischen Kolonie vorgekommen; in zwei Fällen war der Ausgang ein tödlicher. In beiden Fällen trat der Tod nur wenige Stunden nach der Erkrankung ein. Den übrigen erkrankten Europäern soll es gut gehen. Trotzdem ist die Stimmung in den Kolonien natürlich eine sehr aufgeregte.

**London, 26. März. (W. Z. B.)** „Daily News“ zufolge hat Hanssen einer Gruppe Engländer seinen Dampfer zur Verfügung gestellt. Die Gruppe will diesen Sommer eine Nordpol-Expedition unternehmen.

**Brüssel, 26. März. (W. Z. B.)** Das Schwurgericht hat heute nach 10 Sitzungen den Prozeß gegen den früheren Polizei-Offizier Courtois in Brüssel, den Gasarbeiter Restiau und den Rohlehändler Devos, die der Ermordung der Baronin Herr, des Diebstahls und der Hehlerei beschuldigt waren, beendet. Courtois und Restiau wurden zum Tode verurtheilt, Devos freigesprochen.

**Athen, 26. März. (Meldung der „Agence Havas“.)** Heute Nachmittag 4 Uhr wurde den Befanden der Mächte die Note überreicht, mit welcher Griechenland gegen die Blockade Kreta's Widerspruch erhebt. Die Note ist vom 21. d. M. datirt und hat folgenden Wortlaut: „Ich habe die Ehre gehabt, Ihre Note vom 18. d. M. zu empfangen, mit welcher Sie die Güte hatten, zu meiner Kenntnis zu bringen, daß die Insel Kreta von heute ab in Blockadezustand versetzt wird. Die Schifffahrt ist hiernon benachrichtigt worden. Da es in dessen durch die Blockade in Zukunft unmöglich sein wird, Getreide auf Kreta einzuführen, und da andererseits die Bevölkerung der Insel sich stets von auswärts verproviantiren läßt, ist es in Betracht der Bande, welche uns mit der freien fischen Bevölkerung verknüpfen, meine Pflicht, Ihnen von diesen Erwägungen angeichts der Folgen, die daraus entstehen würden und die wohl den Gefühlen der Menschlichkeit nicht entsprechen könnten, von denen die Regierung (folgt der Name der betreffenden Macht) erfüllt ist, Mittheilung zu machen. Genehmigen Sie u. s. w. ge. Skuz.“

**Kanea, 26. März. (W. Z. B.)** Der Kontre-Admiral Sani Pascha landete heute Nachmittag auf einem türkischen Transportschiff; zugleich wurde eine große Menge Munition und Pulver ausgeschifft. Der Kampf begann heute wieder und dauerte den ganzen Tag an die Küster Lialalaria, Keorolaf und Daxau fort. Die Griechen in dem Fort Malaga schossen auf das türkische Geschwader in der Sudabucht.

Kommunales.

Die Berliner Elektrizitätswerke haben beim Magistrat neuerdings einen weiteren Antrag dahin gestellt, ihr die Genehmigung zur Errichtung einer Unterstation und zur Erweiterung bzw. Verstärkung des Leitungsnetzes nach dem Südkanal von Berlin zu gestatten. Die Erweiterung des Netzes soll sich an das von uns gestern mitgetheilte Netz vom Konigsbühlischen Kanal anschließen und hauptsächlich auf die Gegend vom Moritzplatz bis zur Görlitzer Bahn erstrecken. Das Magistratskollegium hat beschlossen, den Antrag unter der Bedingung zu genehmigen, daß, was bisher hauptsächlich in die Zentralstationen investirt worden ist, dem Lokalmäßigen Zuschlage, für den Fall der Uebernahme der Werke seitens der Stadt, unterliegen, dagegen fernere Aufwendungen nur zum Buchwerthe bezahlt werden sollen.

Gegen die vom Konistorium der Mark Brandenburg ausgesprochene Nichtbestätigung der Wahl des Predigers Scipio als Geistlichen in die Dorotheenstädtischen Kirche wird der Magistrat, nach dem heutigen Beschlusse des Kollegiums, sich beschwerdeführend an den Oberkirchenrath wenden.

Die von der Armenverwaltung vorgeschlagene Wahl des Magistratssekretärs Pieper zum Ober-Inspektor des Arbeitshauses zu Nimmelsburg hat das Magistratskollegium bestätigt. Derselbe wird nunmehr der Stadtverordneten-Versammlung präsentiert werden. Dagegen geht die Kontrolleurstelle am Arbeitshause ein.

Die Terracingesellschaft „Neues Dausaviertel“ beabsichtigt zur besseren Erschließung des zwischen der Lechowstraße und der Spree gelegenen Terrains eine Fußgängerbrücke über die Spree im Zuge der Straße Eisenmündhof zu erbauen. Die Gesellschaft hat jetzt dem Magistrat das Brückenbau-Projekt nebst Erläuterungsbericht mit der Bitte überreicht, dem Entwurfe zuzustimmen und demnach das fertige Bauwerk nach erfolgter Abnahme in dauernden Besitz und Unterhaltung zu nehmen. Dem Königl. Polizeipräsidium, sowie der Königl. Ministerial-Baukommission ist ein gleiches Projekt zur Genehmigung unterbreitet worden.

Lokales.

Achtung VI. Wahlkreis. Am Sonntag, den 28. März, mittags 12 Uhr, findet im Köllner Hof, Köllnerstr. 8, eine große Matinee zum Besten des seit langer Zeit erkrankten Parteigenossen Max Sikorski statt. Näheres siehe Inserat der heutigen Nummer.

Schule und Tauffchein. Berechtigtes Aussehen hat es erregt, daß bei der Anmeldung schulpflichtig geborener Kinder zur Einschulung der Vorkörper der Schulkommission Nr. 114 den zur Anmeldung Verpflichteten den kirchlichen Tauffchein der Kinder abverlangte. Fast durchweg mußten vor Eintragung der Kinder in die Schullisten die kirchlichen Tauffcheine zur Stelle geschafft werden, und so einmal eine Ausnahme gemacht wurde, da wurde den Betreffenden zur Pflicht gemacht, den kirchlichen Tauffchein noch nachzubefolgen, da derselbe in der Schule von dem Rektor abverlangt werden würde. Auch wurde in solchen Fällen auf dem Schul-Zuweisungsscheine hinter der für den Rektor bestimmten Personalsbemerkung „Getauft“ ein Fragezeichen gesetzt. Das Verlangen eines kirchlichen Tauffcheines steht im Widerspruch mit der seinerzeit veröffentlichten Bekanntmachung der Schuldeputation, nach welcher die Schulkommissions-Vorkörper berechtigt waren, den Tauffchein und die Geburtsurkunde des einzuschulenden Kindes sich vorlegen zu lassen. Außerdem besteht doch auch kein gesetzlicher Zwang zur kirchlichen Taufe. Die Einschulung eines Kindes kann doch daher nicht von der vorhergegangenen kirchlichen Taufe abhängig gemacht werden. Da die kirchliche Taufe Privatsache ist, dürfte eine diesbezügliche Erklärung der Eltern der Schule genügen.

Die Anwendung des Diphtherie-Heilserums im Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus (Niemendörferstr. 32) hat, wie aus dem bereits erwähnten Jahresbericht des genannten Krankenhauses hervorgeht, in dem Berichtsjahre abermals ein höchst günstiges Resultat ergeben. Wie die in jenseitigen Krankheiten überhaupt, veranlaßt auch die Diphtherie weniger Einlieferungen von Patienten als im Jahre vorher erfolgt waren. Während 1895 538 Diphtherie-kranker Kinder in der Station Aufnahme fanden, wurden 1896 nur 301 der Anstalt übergeben. Unter den Erkrankungen befanden sich sehr schwere Fälle. Der Poliklinik wurden im ganzen 327 diphtheritische, bzw. der Diphtherie verdächtige Kinder zugeführt; von diesen wurden 276, die unter den obengenannten 301 einbezogen sind, dem Pavillon überwiesen. Der Jahresbericht zieht aus der Abnahme der Einlieferungen leblich die Folgerung, daß mehr diphtheritisch erkrankte Kinder im Berichtsjahre von praktischen Ärzten im Hause behandelt wurden als früher, konstatirt also nicht etwa eine Abnahme der Gesamtyahl der Erkrankungen. — Die Behandlung erfolgte in allen Fällen durch Zujührung von Heilserum. Durch seine Anwendung war es möglich, die Sterblichkeit, die 1894 16,63 pCt. und 1895 11,2 pCt. betrug, für 1896 auf neun Prozent herabzudrücken. — Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit, daß die Anwendung mit Antistreptococcen-Serum, die gegen Scharlach versucht wurde, den erhofften Erfolg nicht gebracht hat.

Welche patriotischen Unternehmer zahlen den Arbeitern nicht den schuldigen Lohn für die ihnen aufgezwungenen Feiertage? Die Firma Held u. Franke, deren Verhalten am Dombau wir vor einigen Tagen schon festgenagelt haben, hat auch die Maurerarbeiten am Sändigbau in der Prinz Albrechtstraße zu errichten. Sie beschlößte hier u. a. etwa 70 Maurer und 30 Arbeiter, welche gleichfalls am verfloffenen Montag wider Willen feiern mußten. Anfangs sollten die Beschäftigten keinerlei Entschädigung erhalten; gestern theilte der Vorkörper mit, daß ihnen zwei Arbeitstagen vergütet werden sollten. Der Fall tritt noch in ein besonders schlechtes Licht dadurch, daß den Arbeitern am Sonnabend mitgeteilt wurde, daß sie arbeiten könnten wenn sie wollten; als sie aber am Montag Morgen den Bau betreten, wurden sie zurückgewiesen. Sie waren somit, soweit sie entfernt von der Arbeitsstätte wohnten, auch noch umhin um ihr Jahrgeld gebracht worden; außerdem war ihnen die Möglichkeit genommen, am Vormittage zu Hause nützliche Arbeiten zu verrichten.

Was der „Lokal-Anzeiger“ sich telegraphiren läßt und was er nicht berichtet. In der gefrigen Abendausgabe meldet das in der letzten Stadtverordnetenversammlung so unangenehm beim Schopf genommene Blatt: Die Ehescheidungs-Angelegenheit des ungetreuen Rigó macht diesem und der Prinzessin doch einige Kopfschmerzen. Nachdem der Pariser Staatsanwalt einen Haftbefehl gegen Rigó erlassen und das Paar deshalb Paris Anstalt und Hall verlassen hat, um sich zunächst, wie gemeldet, nach Köln zu begeben, hat die Frau Rigó's durch ihren Anwalt nun Schritte gethan, die Prinzessin und Rigó auch in Deutschland zu verfolgen. Der Anwalt der Frau Rigó glaubt, wie uns ein Telegramm unseres Pariser F. Korrespondenten meldet, einen Verhaftsbefehl wegen Fluchtverdachts erwirken zu können. Die Prinzessin sagte Knapp vor ihrer Abreise aus Paris: „Mir würde die Verhaftung eine interessante neue Sensation bereiten, aber dieser Zimmermann Rigó zittert vor Kälte.“ Als die Prinzessin befragt wurde, ob sie in Paris Unterricht für plastische Vesen genommen habe, sagte sie: „Nun! ich bin für's Trisol geboren, das ist mein Geburtsadel!“ Dies Telegramm ist ein würdiges Seitenstück zu der berühmten Hammerstein'schen Schlipsnadel-Depesche. Das in dieser wiederlichen

Sensationsangelegenheit so außerordentlich mittheilungsfähige Blatt ist in einer anderen Sache wiederum außerordentlich wortfarg. Es bringt nämlich kein einziges Wort der Vertbeidigung gegen die in der vorgestrigen Stadtverordneten-Sitzung gefaßten Angriffe; ja es unterläßt seinen Lesern selbst die auf sein Geschäftsbetrieb bezügliche Stelle aus dem Verhandlungsbericht!

Die Drohung der Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, von einem Vertrage mit der Stadt Berlin abzusehen und eine Konzeptions-erweiterung auf Grund des Kleinbahngesetzes zu erzwingen, beschloß gestern eine öffentliche Versammlung in der Böhmisches Brauhaus, die vom Verkehrsverein des Ostens und Nordostens einberufen worden war, und in der die Stadtverordneten Rosenow, Düse, Mag Schulz und andere sprachen. Die Drohung bezeichnete man als einen offenen Vertragsbruch und ein Mittel, das nicht geeignet sei, die Verkehrsdeputationen zu zerschlagen, wohl aber um den letzten Rest der Sympathie in das Gegentheil umzulehren. Stadtverordneter Rosenow theilte mit, daß die Verkehrsdeputation sowohl bei Annahme als auch bei Ablehnung des Vertragentwurfs für die Schaffung von Konkurrenz sorgen werde. Die Versammlung sprach den Stadtverordneten ihr Vertrauen aus und nahm einstimmig eine Resolution an, in der die Stadtverordneten-Versammlung ersucht wird, den Vertrag in der Fassung, wie in der ersten Lesung des Ausschusses zur Beratung dieses Vertrages beschlossen worden ist, anzunehmen.

Vom „unparteiischen“ Zeitungs-Konkurrenzkampf zwischen Herrn Scherl und dem Konfession Hachfeld, Schmitz u. Co. berichtet eine Prinzipals-Fachblatt, die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“: „Der Scherl, der Verleger des „Berliner Lokal-Anzeiger“ und dessen bishiger Ausgabe „Berliner Abend-Zeitung“, scheint sich anzuschließen, der Gesellschaft Hachfeld, Schmitz u. Co. das Konzept zu verwerben und deren Ablegen des „Berliner Herald“ sowie den Platten-Zeitungen in der Provinz den Weg zu verlegen. Er macht nämlich den Provinz-Zeitungen drei Vorschläge. Sie sollen entweder die „Berliner Abend-Zeitung“ bei der Post bestellen und die bestellten Exemplare der Auflage ihrer Blätter als Beilage belegen, oder das Blatt für diejenigen Abonnenten bei der Post bestellen, die dafür ein Maibls haben, oder auch die „Berliner Abend-Zeitung“ selber drucken, zu welchem Zwecke sie die vier Matrizen für 4 M. und Porto täglich mittels Schnellzuges erhalten sollen. Naiver Weise bemerkt der Verlag, daß es ihm nur auf eine größere Verbreitung der Ausgabe der „Berliner Abend-Zeitung“ ankomme, und das genügt eigentlich, um einen unsichigen Provinz-Zeitungsman davon abziehen zu lassen, seinem Blatte ein fremdes Anzeigen-Blatt als Beilage beizugeben. Wahrscheinlich rührend aber ist die Fürsorglichkeit, mit welcher die Berliner Zeitungsunternehmen dem Provinz-Zeitungsman — das Fell scheeren wollen.“

Die Streitigkeiten zwischen dem Arbeits-Ausschuß und den Architekten der Werberbe-Ausstellung sind jetzt beigelegt. Nach der „Berl. Anst.-Ztg.“ erhalten die Architekten das vertragsmäßige Resthonorar von 25 000 M., verzichten aber endgültig auf Nachforderungen.

In der Angelegenheit Schuster wird uns mitgeteilt: Der Direktor der Norddeutschen Handelsgesellschaft Oscar Schuster ist heute aus der Untersuchungshaft und zwar ohne Stellung irgend einer Sicherheitsleistung entlassen worden, nachdem die stattgefundene eingehende Voruntersuchung ergeben hat, daß für die gegen Genannten auf Grund Art. 249 des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzes erhobene Beschuldigung der „Untreue“ jeder dringende Verdacht mangelt. Eine umfangreiche Prüfung der Bücher und Akten hat wohl bestätigt, daß Genannter ein größeres Terrain in Rixdorf mit einem Nutzen von 300 000 M. an die Berliner Immobilien-Aktiengesellschaft veräußert, jedoch hierbei gerade mit Rücksicht auf seine Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied genannter Bank sich jeder Mitentscheidung über fraglichen Ankauf vorsichtigerweise enthielt. Ferner ist durch drei gerichtliche Sachverständige bestätigt worden, daß der von der Berliner Immobilien-Aktiengesellschaft für fragliches Terrain bewilligte Preis ein angemessener war und noch bedeutende Gewinnchancen ließ. Der Bank bot diese Transaktion die Möglichkeit, die für andere Verpflichtungen benötigten beträchtlichen Baarmittel in Höhe vieler Hunderttausende aus dem fraglichen Terrainveräußerer anzuschaffen. Wie man mittheilt, beruhte die fragliche Veräußerung auf einem Nachkauf eines früheren entlassenen Direktionsmitgliedes.

Eine sehr arge Enttäuschung wurde gestern einer beträchtlichen Anzahl Personen bereitet, die hinter folgender, in einem hiesigen Lokalblatt gebrachten Anzeige litten: „Bienenwirth mit Hausreinigung gesucht, freie Wohnung und 30 Mark monatlich. Dienerverein Mauerstr. 38, 10-12.“ Als die Stellungsuchenden im „Dienerverein“ anlangen, wurde ihnen bedeutet, daß sie beim Reklamenten auf die Stelle zunächst Mitglied des Vereins werden müßten, und das koste 4 M. Auf die Frage, ob ihnen dann aber auch die Stelle zugesichert würde, erhielten die Leute zur Antwort, daß ihnen nach Erlegung der 4 M. nur die Adresse genannt würde, an welche sie sich zu wenden hätten. Selbstverständlich zog die große Mehrzahl der Stellungsuchenden enttäuscht von dannen.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden April-Umzug sei hiermit auf die Bestimmung der bekannten Polizeiverordnung über die Sonntagstruhe hingewiesen, daß an Sonntagen Umzüge bis 10 Uhr vormittags beendet sein müssen. Diesmal fallen zwar die eigentlichen Umzugstage in die Woche; aber erfahrungsgemäß werden sehr viele Leute, namentlich Inhaber kleiner Wohnungen, den Umzug schon am nächsten Sonntag bewerkstelligen.

An der Weidenammer Brücke ist man endlich wieder einen bedeutsamen Schritt weiter gekommen. Der Pferdebahnverkehr geht jetzt über die neue Brücke und mit dem Abbruch der Rothbrücke, die der Vollendung des östlichen Bürgersteiges im Wege steht, kann nun begonnen werden. Einen Theil des Baujahres hat man schon beseitigt.

Im Polizeikampf gegen die Anarchisten. In Untersuchungshaft genommen ist der Schlosser Richard Robrian, ein bekannter Anarchist. Er war der Verfasser eines in der Märznummer des „Sozialist“ abgedruckten Gedichtes. Der „Sozialist“ ist bekanntlich wegen dieses Gedichtes am 18. März konfisziert worden. Robrian, der erst vor kurzem aus dem Gefängnis Ploßensee entlassen war, wo er eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, wurde in dem Augenblicke verhaftet, als er sich in eine Versammlung seiner Gesinnungsgenossen begeben wollte. — Polizeilich aufgelöst wurde die Anarchisten-Versammlung, welche am Donnerstag nach dem Lokal Raunigstraße 27 einberufen war, um das Thema: „Der 18. und 22. März“ zu behandeln. Der Referent, Schriftsteller Dempwolf, besprach in seiner Rede ausführlich die Thätigkeit der Kommune von 1871. Als er ausfuhrte, daß bei dem Kampfe der Kommunnards auch den deutschen Proletariaten ein Hoffnungsschrahl angefangen sei, daß sie dabei gelernt hätten... erlönte plötzlich die Stimme des überwachenden Beamten: „Ich schließe die Versammlung auf Grund des § 5 des Gesetzes vom 11. März 1850. Sie wissen, daß Sie das Lokal sofort zu räumen haben.“ Die Räumung vollzog sich ohne Zwischenfälle. In und vor dem Lokale war eine ziemlich starke Polizeimacht in Uniform und Zivil anwesend.

Vom Schlachtfelde der Arbeit. Todlich verunglückt ist am Donnerstag Nachmittag auf dem Neubau Charlottenstraße 14 der 47 Jahre alte Monteur Gustav Meiber aus der Gustav-Freytagstr. 9 zu Schöneberg. Meiber stand im dritten Stock eines Seitenflügels, an dem man schwere Eisenteile aufwand. Als er dabei nach einer Seite griff, verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in den Hof hinab. Unglücklicherweise schlug er mit dem Kopfe gerade auf einen eisernen Träger auf, sodaß er sich den Schädel zerhackte. Der Verunglückte gab auf der Unfallstation I in der Wilhelmstraße alsbald seinen Geist auf.

— Von der Leiter gestürzt ist gleichfalls am Donnerstag Nachmittag um 2 Uhr der 47 Jahre alte Maler Robert Rötter aus der Rheinsbergerstr. 6, der auf dem Grundstück Fiskobethufer 56 zu thun hatte. Er zog sich einen Bruch des rechten Fußknöchels zu und mußte von seinem Meister in ein Krankenhaus gebracht werden.

In der Person des 16 Jahre alten Tänzers Bobo Mangeldorf hat die Kriminalpolizei den Schwindler ermittelt und zur Haft gebracht, der in letzter Zeit Mitglieder der königlichen Theater betrogen und bestohlen hat.

Nahrungsvorgern und Verzweiflung haben den 40 Jahre alten Kaufmann Karl Ramm aus der Zwillingstraße 14a in den Tod getrieben. Ramm war seit 8 Jahren mit der Wittve eines Briefträgers verheirathet und bewohnte mit Frau und Kindern, einem Mädchen von 10 Jahren aus der ersten Ehe der Frau, und drei Mädchen, von denen das jüngste erst 1 1/2 Jahre alt ist, aus der zweiten Ehe, zwei Stuben und Küche. Seitdem er im Oktober v. J. auf einem Petroleumgeschäft in der Kaiserin-Augusta-Allee entlassen worden war, gerieth er in Noth, weil er keine Beschäftigung mehr bekommen konnte. Die Sorge um tägliche Brot trieb ihn zum letzten verzweifelten Schritt; er erhängte sich gestern. Seine Familie lebt in großem Elend.

Von einem herabfallenden Dachziegel verletzt wurde gestern Nachmittag in der Kurzstr. 9 der Kaufmann Sigismund Roskamm, so daß er sofort bewußlos zu Boden stürzte. Wie sich nachher herausstellte, hatte Roskamm nur eine leichte Verletzung am Kopf davongetragen.

Achtung, Genossinnen und Genossen! In der Versammlung, welche am Sonntag, den 28. März abends 6 1/2 Uhr beim Genossen Rubel, Lindenstraße 106 stattfindet, wird Genosse Dr. med. E. Ratkowsky, über: „Geschlechtskrankheiten und deren Folgen“ referiren.

Aus den Nachbarorten.

An die Parteigenossen von Rixdorf! Am Sonntag, den 28. März, wird in Rixdorf in den Morgenstunden ein Flugblatt verbreitet. Die Parteigenossen werden ersucht, sich morgens 7 Uhr im Lokale von Thomas, Bergstr. 162, einzufinden. Ferner findet am Montag, den 29. März, abends 8 Uhr, eine öffentliche Volksversammlung in den Viktoria-Sälen, Hermannstr. 49, statt. Tagesordnung: Bericht der Gemeindevorsteher und Stellungnahme zum 1. Mat. Auch hier werden die Parteigenossen ersucht, zahlreich zu erscheinen. Näheres siehe Inserat am Sonntag. Der Vertrauensmann.

In Weisensee sollte am 22. März zu einem Wilhelmendenkmal der Grundstein gelegt werden. Die Feierlichkeit war zu nachmittags 3 1/2 Uhr angefangen worden. Aber o Graus! Die Zeit, in welcher der feierliche Akt vor sich gehen sollte, rückte näher und näher; aber leider war weder die Genehmigung, noch der Vertreter, den man von der Regierung erbitten hatte, zur Stelle gekommen. Die Zeit drängte, es gab herbe Auseinandersetzungen mit dem Landrath; da endlich kam eine Depesche, die wenigstens die Genehmigung zur Erbauung des Denkmals enthielt. Das Jubiläum in Weisensee beruhigte sich ein wenig und schwärmte in patriotischen Gefühlen. Abends war Illumination angefangen. Leider war nur die Hauptstraße ordnungsgemäß beleuchtet — das übrige Weisensee verhielt sich — die Fenster einiger braven Hausbesitzer ausgenommen — in nächtliches Dunkel.

In Ober-Schönevide, wie in Karlshorst werden am 1. April Postagenturen eröffnet; die Agentur in Ober-Schönevide ist an Wochentagen von 8 bis 12 Uhr und von 4 bis 8 Uhr geöffnet, die Agentur in Karlshorst von 7 1/2 Uhr bis 12 Uhr mittags und von 3 bis 7 Uhr. Hier ist gleichfalls der Unfall-Medizendienst eingerichtet.

Geriichts-Beitrag.

Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Mißhandlung eines Schuhmannes habe sich der Schuhmacher Schwarz am Freitag in der Berufungsinstanz vor der 5. Strafkammer am Landgericht I zu verantworten. Der Angeklagte ging in Begleitung einiger Freunde eines Nachts nach Hause und gerieth bei dieser Gelegenheit mit einem Angetrunkenen und einem anderen Strohpflanzen im Streit. Nach der Ansicht eines hinzugelommenen Schuhmannes hat Schwarz auf seinen Gegner eingeschlagen, weshalb der Schuhmann den Schwarz nach der Wache sühren wollte. Schwarz soll nun nach Aussage dieses Schuhmannes sich der Siftirung widersetzt und den Beamten ins Gesicht geschlagen haben, so daß dieser den Säbel zog und dem Schwarz einige Schläge über die Schulter verfehte. Erst mit Hilfe eines zweiten Schuhmannes habe der Angeklagte zur Wache transportirt werden können. Der Angeklagte, welcher angiebt, daß er weder den Beamten geschlagen noch der Siftirung den geringsten Widerstand entgegengefeht habe, ist seinerzeit vom Schöffengericht freigesprochen worden. Dasselbe kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß die Beamten durch ihr unbegründetes Vorgehen gegen Schwarz den ganzen Vorfall erst provoziert hätten. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urtheil des Schöffengerichts Berufung eingelegt, weil sie die Aussage der beiden Schulteute für glaubwürdiger hält, als diejenige der Entlastungszeugen. Vor der Strafkammer wurde der Thatbestand durch dieselben Zeugen festgestellt, die in der ersten Instanz vernommen wurden. Der Gerichtshof hielt aber die Angaben der Schulteute für glaubwürdig, hob das erste Urtheil auf und erkannte auf eine Strafe von 35 M., da der Angeklagte des Widerstandes und der Mißhandlung schuldig sei.

Wegen Verleumdung des Gendarmen Quenzell in Altenwälder bei Harburg a. O. hatte sich gestern der Genosse Reinhold Stenzel vom „Hamb. Echo“ vor der Strafkammer IV des Hamburger Landgerichts zu verantworten. Es handelte sich um die bekannte Affäre, bei der der Fußgendarm Quenzell in Altenwälder den 24-jährigen Gärtnergehilfen Lankeuau erschoss und wegen seiner Haltung im Austrage des deutschen Kaisers beloligt wurde. In den Nummern 110 und 112 des „Echo“ vom Mai 1896 waren Berichte über die Affäre enthalten, in denen es hieß, daß der Gärtnergehilfe Lankeuau von Quenzell verhaftet werden sollte, daß er sich geweigert habe, mitzugehen, und nun zog, so hieß es weiter, „der Gendarm plötzlich seine Schusswaffe hervor und knallte den Gärtnergehilfen nieder.“ Weiter hieß es, als Lankeuau zu dem Gendarmen gesagt habe, wenn er ein Recht habe zu schießen, solle er nur ruhig schießen, da habe der Gendarm nach Angaben von Augenzeugen sofort den Revolver gezogen und Lankeuau in die linke Brust geschossen. In diesen Aeußerungen steht der Fußgendarm Quenzell den Wortwurf, daß er in unthätiger und unbedeutiger Weise den Lankeuau erschossen habe. Er stellte deshalb auf Befehl des vorgehenden Distrikts-offiziers Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Genossen Stenzel. In der jetzigen Verhandlung, in der der frühere Staatsanwalt, jetzige Landrichter Dr. Schulz den Vorsitz führte, sind von der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger Dr. W. Kerppler zusammen 31 Zeugen geladen worden. Als erster Zeuge wird der Fußgendarm Quenzell vernommen. Derselbe ist 47 Jahre alt und seit 1. April 1879 in Altenwälder im Dienst. Nach Ausweis seiner Personalakten ist er nur mit drei Tagen Quartierarrest bestraft. Er deponirt, der erschossene Lankeuau habe ihn schon mehrfach gehinzel. Am 10. Mai 1896 habe ihn Lankeuau auf einem Tanzsalon wieder gehinzel. Nachdem die Tanzmusik in der Nacht beendet war und er nach Hause ging, sei ihm Lankeuau mit einem Haußen Menschen gefolgt und auch vor ihm hergegangen. Vor seinem Hause sei die Menge stehen geblieben und einer Aufforderung, auseinander zu gehen, sei

ste nicht gefolgt. Lankenau habe mehrfach gehöhnt, deshalb habe er denselben verhaften wollen. Er habe Lankenau mit der Linken auf die rechte Schulter gefasst und vor sich hergeschoben. Lankenau habe sich darauf umgedreht und ihm zwei Faustschläge gegeben. Da habe er seinen Revolver, den er schon in der Hand hatte, abgefeuert, worauf L. zusammengebrochen sei. Der Referent des Gerichts, Landrichter Dr. B. S. P. H. A., fragt den Zeugen, ob er den Lankenau nicht hätte ins Bein schießen können. — Zeuge: Nein, ich konnte bei Nacht nicht zielen. — Landrichter Dr. B. S. P. H. A.: Sie brauchen ja nicht zu zielen, Sie konnten den vor Ihnen stehenden Körper des L. ja mit dem Revolver fällen. — Zeuge: Ja, ich bin mit dem Revolver so von unten heraufgegangen, und da ist der Schuss losgegangen. — Dr. B. S. P. H. A.: Wenn Sie die Absicht hatten, den L. ins Bein zu schießen, dann brauchen Sie doch nicht von unten heraufzugehen? — Zeuge: Ich weiß nicht mehr, ob ich L. ins Bein schießen wollte. — Dr. B. S. P. H. A.: Eben sagten Sie es doch. — Ein Zeuge Nieber, der bei der Affäre zugegen gewesen ist, erklärt auf Befragen des Vertheidigers Dr. P. P. P. L., wenn der Gendarm ihn zur Hilfe, d. h. zur Bewältigung des Lankenau aufgefordert haben würde, würde er Hilfe geleistet haben. — Mehrere Zeugen bekunden, daß eine mit vielen Unterschriften aus allen Kreisen der Bevölkerung von Altenwälder bedeckte Petition an die vorgesehene Behörde des Quenzell gegangen ist, in der um Befreiung des Quenzell gebeten wird.

**Ein Momentbild aus der göttlichen Weltordnung.** Hier sind meine drei Kinder und hier ist das Straßmandat, welches Sie mir geschickt haben, wonach ich drei Tage Haft verbüßen soll. Während dieser Zeit müssen Sie mir meine drei kleinen Kinder verpflegen! Mit diesen Worten schob die Handelsfrau Anna Urban ihre drei kleinen Kinder vor sich her und in das Bureau des 73. Polizeireviers hinein. Die Schulkinder machten ein verwundertes Gesicht. Der Wachtmeister bedauerte die Frau, sie möge sich mit ihren Kindern wieder entfernen, die Polizei habe mit solchen Sachen nichts zu thun. Schließlich folgte die Frau der wiederholten Aufforderung, zu gehen, als die Thür aber hinter ihr zugemacht war, schlug sie aus Wuth mit der Faust in die Scheibe. Sie erhielt eine neue Anklage wegen Sachbeschädigung und das Schöffengericht verurtheilte gestern die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche.

**Von grundsätzlicher Bedeutung** ist eine gestern vom hiesigen Schöffengericht gefällte Entscheidung der Frage, ob und inwiefern die Direktoren von Baugesellschaften, die eine ganze Reihe von Häusern besitzen, persönlich verantwortlich gemacht werden können, wenn der Verwalter eines dieser Häuser gegen eine polizeiliche Verordnung verstoßen hat. Der Direktor einer hiesigen Baugesellschaft, die in Berlin und in den Vororten 110 Hansgrundstücke besitzt, wurde mit einem polizeilichen Straßmandat bedroht, weil am 29. Januar d. J. der Bürgerkrieg vor einem der Gesellschaft gehörigen Hause nicht vorchriftsmäßig von Schnee und Eis befreit sein sollte. Da für das betr. Haus ein Verwalter und ein Portier vorhanden war, so trug Rechtsanwalt G. a. u. f. e. l. auf richterliche Entscheidung an und beantragte im gestrigen Termin, den Angeklagten freizusprechen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Die Verurteilung aus den §§ 112 und 118 der Verordnung vom 7. April 1867 sehe, wie jede Verurteilung, ein Verschulden voraus, wenn nicht das gesunde Rechtsbewußtsein verlehrt werden sollte. Der Angeklagte sei nun nicht Eigentümer des in Frage stehenden Hauses, sondern nur Mitdirektor einer großen Baugesellschaft, welcher dieses Grundstück nebst über hundert anderen gehöre. Eine solche Gesellschaft habe für die einzelnen Thätigkeiten naturgemäß ihre verschiedenen Angestellten, und es könne einem Mitdirektor unmöglich die Verpflichtung auferlegt werden, die Thätigkeit sämtlicher Angestellten bis ins einzelne hinein unter eigener Verantwortlichkeit zu kontrollieren. Ein solcher Direktor könne nur die Pflicht haben, für Anstellung geeigneter Personen zur Befolgung der Polizeivorschriften zu sorgen und dies sei hier geschehen. Die Erfüllung einer weitergehenden Pflicht, wenn sie bestünde, wäre unmöglich und diese Unmöglichkeit müsse gleichfalls Strafslosigkeit hervorrufen. — Das Schöffengericht erkannte unter ausdrücklicher Billigung dieses grundsätzlichen Standpunktes auf Freisprechung. Offenlich wird gegen dies, die armen Hausverwalter unter Umständen schwer belastende Erkenntnis Berufung eingelegt.

**Als Heirathsschwinder** hat es der Handelsmann Benthin besonders arg getrieben, der gestern wegen Betruges vor der II. Strafkammer des Landgerichts I stand. Obgleich er verheiratet und Vater von fünf Kindern ist, hat er auf Grund einer Heirathsannonce Annäherung an ein älteres Mädchen gefunden, welches von der Heirathslust gepackt war. Das Mädchen hatte sich in langer Dienstzeit eine Summe von 800 M. gespart und bewahrte ihr Geld bei einem Herrn, dem sie Aufwartedienste leistete. Der Angeklagte hatte sich dem Mädchen gegenüber als Bankbeamter mit einem Monatsgehalt von 120 M. vorgestellt und gab sich häufig mit ihr ein Stelldichein an vorher verabredeten Orten. Das Mädchen ließ sich behören und schenkte den Einflüsterungen des Schwinders, der ihr eine baldige Hochzeit und ein glückliches Heim in Aussicht stellte, vollen Glauben, ja sie war stolz darauf, daß der Angeklagte in den Fällen, wenn sie von dem Stelldichein fern blieb, ihr in überschwänglichen Briefen zu schreiben pflegte, daß er ohne sie nicht leben könne und sich eine Kugel durch den Kopf jagen würde, wenn sie sich von ihm abwenden sollte. Beide hatten auch schon eine Wohnung gemiethet und 3 M. darauf angezahlt, der Angeklagte hatte die Mutter des Mädchens in einem solbungsvollen Briefe um ihren mütterlichen Segen für die bevorstehende Verbindung gebeten — dann riß der Faden plötzlich entwei. Der Angeklagte ließ nichts mehr von sich hören und das Mädchen mußte einsehen, daß es aufs schändlichste betrogen war. Der Herr, der ihre kleinen Ersparnisse in Verwahrung hatte, hatte mit steigendem Bedenken bemerkt, daß das Mädchen nach und nach die gesammelten Spargroschen bei ihm abhob und ihrem Bräutigam überwieß. Als der letzte Posten herankam, hatte er dem Mädchen noch die ernstesten Warnungen mit auf den Weg gegeben — es half aber alles nicht, das behörte Mädchen ließ klud in das Verderben. Als es zu spät war, jagte man der Spur des Betrügers nach und es gelang endlich, ihn zu entdecken. Mit Rücksicht auf die bodenlose Gemeinheit, die in dem ganzen Vorgehen des Angeklagten liegt, beantragte der Staatsanwalt 2 Jahre Gefängnis, der Gerichtshof ging aber über den Antrag noch hinaus und erkannte auf drei Jahre Gefängnis.

**Der Amtsdorfsche von Treptow, Herr Hoffmann,** ist verurtheilt worden, zu unrecht erhobene Steuergebühren in Höhe von 1000 Mark zurückzuzahlen. Der Weiser der Weltmusik im Vergnügungspark der Gewerbe-Ausstellung, Herr Schippanowitsch, wurde seinerzeit von dem Amtsdorfsche Hoffmann aufgefordert, 1400 Mark Vergnügungssteuer zu zahlen, doch wurde der Betrag von dem Amtsdorfsche bei sofortiger Baarzahlung auf 1000 Mark heruntergesetzt. Nach einiger Zeit erhob Herr Hoffmann nochmals Anspruch auf Zahlung von Vergnügungssteuern in der gleichen Höhe, und zwar für die Vorstellungen, die in dem sogenannten russischen Bogen der Weltmusik gegeben wurden, und die 1000 Mark wurden exekutorisch eingetrieben. Herr Schippanowitsch strengte darauf gegen den Amtsdorfsche die Klage an, wurde jedoch vom Kreisaußschuß abgewiesen. In dem gestrigen Termine vor dem Bezirksauschuss in Potsdam wurde aber dahin erkannt, daß die Erhebung der Vergnügungssteuer zu unrecht erfolgt sei, und der Verklagte zur Rückzahlung der freitragenden Summe und Ertragung der gesamten, durch das Verfahren entstandenen Kosten verurtheilt.

**Der antisemitische Buchdrucker-Verleger Knorr** in Charlottenburg, der durch seine Kämpfe gegen die Mißstände im Jrenwesen neuerdings bekannt geworden ist, war vom Schöffengericht Charlottenburg wegen Verleumdung zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Er hatte dem Bezirksphysikus Dr. Klein vorgeworfen, den Hauptmann a. D. Paul Glouth für irrsinnig erklärt zu haben, ohne daß er ihn untersucht hätte. Sowohl der

Angeklagte als der Staatsanwalt hatten Berufung eingelegt; Knorr plädierte in der gestern vor der vierten Strafkammer stattgehabten Verhandlung auf Freisprechung, wogegen der Staatsanwalt die Strafe auf sechs Monate Gefängnis erhöht wissen wollte. Der Gerichtshof verwarf beide Berufungen.

**Von der „patriotischen“ Denunziationsfeste.** Aus Bremen wird von vorgefahre berichtet: Das Schwurgericht hatte sich mit einer Meineidsanklage gegen einen Denunzianten zu beschäftigen. In einem Tauschlokal zu Bremerhaven waren in der Nacht zum 28. Oktober v. J. mehrere Musiker an einem Tische versammelt, um den Abschied eines Kollegen zu feiern. Zwischen den durch geistige Getränke erhitzten Zechgenossen entstanden bald Zwistigkeiten, namentlich zwischen dem Musiker B., einem geborenen Hannoveraner, der das Jahr 1866 nicht hat vergessen können, und seinem preussischen Kollegen, dem heutigen Angeklagten, dem Musiker Hermann Otto Friedrich Wulsch, geboren 1860 zu Porey an der Elbe. Als B. in einem anderen Lokal, das die Gesellschaft aufsuchte, den Kaiser beleidigte, gingen Wulsch und ein Musiker L. um 2 1/2 Uhr nachts zur Hafenpolizei-Wache und denunzierten B. wegen Majestätsbeleidigung. Den Wulsch reute augenscheinlich später diese Anzeige gegen seinen verheirateten Freund B., mit dem er längere Zeit auf einem Lloyd-Dampfer der ostafrikanischen Linie gefahren hatte und in dessen Hause er seit einiger Zeit zur Miete wohnte, ohne seinen Mietverpflichtungen nachzukommen zu sein, weshalb letzterer Umstand auch wohl die Verurteilung des B. gegen ihn hervorgerufen hatte. Als daher Wulsch am 7. November v. J. vor dem Amtsgericht Bremerhaven in der Untersuchungsfrage gegen B. vernommen wurde, sagte er auf seinen Eid u. a. aus, daß er absolut nichts davon wisse, den B. denunziert zu haben, auch sich der event. Majestätsbeleidigungen des B. nicht erinnern, da er in jener Nacht stark betrunken gewesen sei; er habe nur noch die dunkle Erinnerung, daß er Streit mit B. gehabt und dieser ihn selbst beleidigt habe. Wegen dieser eidlichen Aussage ist gegen Wulsch die Anklage wegen Meineids erhoben. In der Verhandlung, die sich bis zum späten Abend hinzog, wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit 12 Zeugen vernommen, u. a. der Musiker B., der inzwischen im Februar d. J. wegen Majestätsbeleidigung zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist. Die Geschworenen verneinten schließlich nach längerer Beratung die Hauptfrage wegen Meineids und sprachen Wulsch nur des fahrlässigen Falschheidens schuldig. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete auf acht Monate Gefängnis; auf die Strafe wurden zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

**Deutsche Militärjustiz.** Zwei sehr verschiedene Urtheile fielen am 23. März das Würzburger Militärbezirksgericht. In dem einen Falle wurde (der „Frankfurter Zeitung“ zufolge) ein Gemeiner des 9. Infanterie-Regiments in Würzburg, Kaspar Heinrich aus Kirmach, weil er einem Unteroffizier, mit dem er in einer Wirthschaft in Streit gerathen war, aufgelauert und mit einem Todtschläger mehrere Hiebe über den Kopf versetzt hatte, die eine 24tägige Krankheit zur Folge hatten, zu 4 Jahren Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 12 Jahre beantragt. — Im anderen Falle erhielt der Unteroffizier Max Froberg aus Strehlau in Sachsen, zur Zeit im 17. Infanterie-Regiment in Germerheim, der mehrere Soldaten durch Faustschläge und Stockhiebe mißhandelt hatte, vierzehn Tage Mittelarrest. Hierbei hat das Würzburger Militärbezirksgericht glänzend ein Seitenstück zur „schmerzlosen Ohrfeige“ gefunden. Es behalte nämlich die Schuldfragen mit dem Zufuge: „jedoch ohne das Bewußtsein gehabt zu haben, daß hierdurch (die Schläge nämlich) das Wohlbefinden der Betroffenen gefährdet werde.“ Das Sonderbarste aber ist, daß Froberg vorher angefaßten hatte, dieses Bewußtsein gehabt zu haben!

**Ein neuer Habererprozeß.** Aus München wird uns vom 25. März berichtet: Vor dem hiesigen Landgericht II hatten sich gestern wieder einmal 10 Haberer wegen „Vandfriedensbruchs“ zu verantworten. Den Gegenstand der Anklage bildete das Treiben, was in der Nacht vom 19. auf den 20. November 1892 von dem Dorfe Harthausen bei Jornding, also in nächster Nähe Münchens, stattfand. Unter den 10 Angeklagten befanden sich auch einige alte Bekannte, die bereits wegen Theilnahme an den Treiben von Sauerlach und Aying abgeurtheilt worden sind. Die übrigen an diesem Treiben theilgenommenen (ca. 50) Personen konnten nicht ermittelt werden, der Staatsanwalt beantragte Strafen von 2 bis 9 Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte jedoch die Angeklagten nicht auf 125 (Vandfriedensbruch), sondern nur auf 127 (unbefugte Bildung eines bewaffneten Haufens) schuldig, da keinerlei Gewaltthätigkeiten nachgewiesen werden konnten, und verurtheilte sie demzufolge nur zu 1 bis 3 Monat Gefängnis.

### Die Tage in Hamburg.

Unser Korrespondent berichtet unterm 26. März: Am Donnerstag Abend wurde auch in der Versammlung der Waggener, die sehr gut besucht war, die schon mitgetheilte Resolution angenommen, worin erklärt wird, daß man, falls die Auslieferung der Kohlen-Schauerteute nicht zurückgenommen wird, mit denselben gemeinsame Sache machen wolle. Weitere Beschlüsse sollen gefaßt werden, wenn die allgemeine Versammlung am Sonntag sich gefaßt hat. Die zur Prüfung der Arbeitsverhältnisse in Hagen niedergesetzte Senatskommission hat zu heute Morgen eine gemeinschaftliche Sitzung der Verwaltung des Staatsquais und von Vertretern der Staatsquaiarbeiter anberaumt. Bemerkenswerth dabei ist, daß man sich nicht, wie das bisher stets geschehen ist, an die Organisation der Staatsquaiarbeiter gewandt hat, sondern den nach dem Streik erwählten, gefügigen Arbeiterausschuß beauftragt hat, vier Vertreter zu wählen und zur gemeinschaftlichen Sitzung zu entsenden. Diese Maßnahme wird zur Folge haben, daß man über die Mißstände am Staatsquai nicht erfahren wird, und weiter zeigt sie, daß die Deputation für Handel und Schifffahrt, deren Präsident auch zugleich Präsident der Senatskommission ist, nicht die geringste Absicht hat, die Maßregelung derjenigen Staatsquaiarbeiter zurückzunehmen, die am Streik theilgenommen haben. Wie ganz anders sieht dagegen das Verhalten der privaten „Export- und Lagerhaus-Gesellschaft“ aus, die jetzt alle „Arbeitswilligen“ entlassen und ihre früheren Leute wieder eingestellt hat!

Die Ergebnisse am Schaarmarkt vom 6. und 8. Februar d. J. haben das nicht gehalten, was sich mancher von ihnen versprochen hat. Es waren ursprünglich 170 Mann festgenommen. Gegen 68 davon wurden jedoch nur Haftbefehle erlassen, und diese Personen, die des qualifizierten Vandfriedensbruchs, Auftritts u. f. w. beschuldigt waren, wurden von dem Untersuchungsrichter Schwarz nach und nach entlassen, bis auf vier Mann, die am schwersten belastet waren. Einer von diesen vieren wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt heute Morgen zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Angeklagt sind im ganzen 31 Mann wegen Widerstandes, Verleumdung, Unfugs u. f. w. Und darum mußten ungezählte Männer und Frauen, Kinder und Greise aufs schwerste verwundet und zu Krüppeln geschlagen werden!

Das Wolffsche Bureau meldet aus Hamburg: Die Senatskommission für die Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im Hagen erklärt heute offiziell eine Bekanntmachung, in der an der Hand der Aktenstücke dargelegt wird, daß keineswegs die Kohlenimporteure wortbrüchig geworden sind, sondern daß die Arbeitnehmer von ihren Delegirten geschlossene Vereinbarungen mit den Importeuren nicht anerkannt haben. Die Arbeitgeber waren in der Kommission von der Forderung, daß die Arbeiter einen Fonds bis zu 100 oder 150 Mark vom Arbeitslohn hinterlassen müßten, um eine Sicherheit für die Innehaltung der Verpflichtungen zu schaffen, völlig zurückgetreten und hatten den von den Arbeitnehmern verlangten Lohnzins ohne Einschränkung zugestanden. Die Arbeiter beschloßen jedoch, der von ihren Delegirten getroffenen Vereinbarung nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Arbeitgeber folgenden Revers unterzeichnen: „Die Unterzeichneten erklären hiermit, nichts

unternehmen zu wollen, was die jetzigen Kohlenafford-Schauerteute in irgend einer Weise schädigen könnte.“ Diesen jeder beliebigen Auslegung fähigen Revers zu unterzeichnen, erklärten sich die Arbeitgeber außer Stande. Aus diesen Ausführungen ergab sich, daß das Abkommen durch das Vorgehen der Arbeitnehmer hinfallig geworden, und die Arbeitgeber engagirten sofort die nöthigen Arbeiterkräfte, die sich aus anderen Branchen der Hafenarbeiter zu der sehr einträglichen Arbeit drängten, so daß die Kohlen-Affordarbeiter nach wie vor ohne Beschäftigung blieben. —

### Gewerkschaftliches.

**Berlin und Umgebung.**  
Der achtkündige Arbeitstag ist seit dem 1. März in der Blechwaaren-Fabrik Troß u. Runinger, Sandbergerstr. 11, eingeführt. Gegen 70 Arbeiter und Arbeiterinnen, die meist in Afford arbeiten, sind von dieser Maßnahme betroffen. Die Arbeiter, die bis dahin 7 1/2 Stunden arbeiteten, haben bis zur Zeit einen Rückgang der Löhne noch nicht bemerken können.

**In Kallberge Rüdersdorf** stehen 80 Maurer und Zimmerer in Ausstand. Die Arbeiter fordern: 1. Zehnkündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde. 2. Sonnabends um 5 Uhr Feierabend mit Fortfall der Vesperpause. 3. Ueberstunden dürfen nur gemacht werden, wenn Menschenleben in Gefahr sind; die Ueberstunden müssen jedoch mit 5 Pf. Zuschlag bezahlt werden. Für Sonntagsarbeit sind 10 Pf. pro Stunde mehr zu zahlen. 4. Auf jedem Bau eine verschleißbare Baubude und ein vorchriftsmäßiges Kloset.

**Deutsches Reich.**  
In Doberan in Mecklenburg wollen, wie die „Meckl. Volksztg.“ mittheilt, eines Sonntags die Gewerkschaften einen sogenannten sozialen Abend veranstalten. Die hierzu wegen der Fastenzeit auf Grund des mecklenburgischen Gesetzes über die Sonntagfeier nöthige ministerielle Genehmigung wurde aber verweigert. Nach jenem Gesetz sind in der Fastenzeit öffentliche geräuschvolle Zusammenkünfte nicht zulässig. In denselben Doberan dürften aber die Leipziger Sänger während der Fasten konzertiren, ferner ist während derselben Periode dort einer Singelied-Gesellschaft das Auftreten Sonntags vom Bürgermeister gestattet worden.

**In Lemney** haben die Schleifer der Fahrradfabrik „Elite“ (in Firma Fröh Evertsbusch) bis auf 2 Mann die Arbeit niedergelegt, weil bedeutende Lohnreduktionen vorgenommen worden sind.

**Die Textilarbeiter Sachsens** halten zu Osnabrück am 18. April, im Thüringer Hof in Meerane eine Konferenz ab. Unter anderem soll Stellung genommen werden zu dem internationalen Textilarbeiter-Kongreß, der dieses Jahr in Roubaix in Frankreich abgehalten wird.

**Die Schriftgießer Leipzigs** stehen, wie uns von dort berichtet wird, seit Donnerstag mit den Prinzipalen in Verhandlung über ihren neuen Tarif. Wie bisher verlannt, sollen die Unternehmer ziemlich weitgehende Konzessionen gemacht haben, sodaß die für Sonnabend beabsichtigte allgemeine Arbeitsniederlegung gegenstandslos werden wird.

**Der Streik der Tapezierer** ist bisher zu gunsten der Gesellen ausgefallen. Jetzt sind nur noch 10 Mann ausständig. Zu den bewilligten Forderungen arbeiten rund 300 Mann, während sich gegen 100 Mann, die meist bei Kleinmeistern arbeiten, der Lohnbewegung gegenüber passiv verhalten. Die Firma Schütz hat noch nicht nachgegeben. Da sich bisher keine Streikbrecher gefunden haben, so werden jetzt zur Fertigstellung der von dieser Firma übernommenen Arbeit für das Offizierskasino Militärpersonen herangezogen. (Wir nehmen an, daß diese Verwendung von Soldaten dem Kommando der Leipziger Garnison nicht bekannt ist und erwarten alsbaldige Remedur, denn die Arbeiter Deutschlands haben ein selbst von den Regierungsobersten im Reichstag nicht gelengnetes Recht zu verlangen, daß ihre Lohnbewegungen durch Angehörige des Heres weder direkt noch indirekt durchkreuzt werden. Red. d. „V.“)

**Die Diamantarbeiterfreier in Hanau,** der nun schon 15 Wochen währt, dauert unverändert fort. Die Ausständigen bitten dringend um Unterstützung. Sendungen nimmt entgegen Otto Reinhardt in Hanau, Erbengasse 2.

**Aus München** wird uns geschrieben: Die Zimmermeister-Genossenschaft hat im vorigen Jahre den Zimmerleuten das Versprechen gegeben, dafür zu sorgen, daß der bereits 1890 bewilligte Stundenlohn von 45 Pf. auch von allen Meistern thatsächlich gezahlt wird. Nachdem dies jedoch keineswegs der Fall ist, haben die Zimmerleute beschlossen, die Zimmermeister-Genossenschaft an ihr damals gegebenes Versprechen energisch zu erinnern und dessen Einlösung zu verlangen.

### Versammlungen.

**Heber Gerhart Hauptmann's Werke** sprach am Mittwoch, den 24. März, Herr Jarecky in dem Vortragabend der Freien Vereinigung der Kaufleute (Vereinslokal Krminhallen, Kommandantenstraße 20). Dem äußerst interessanten Vortrage folgte eine lebhafteste Diskussion, an der sich unter anderen die Genossen Kurt Baale, Staller und Ludwig theilnahmen. Der Vorsitzende Biffauer gab bekannt, daß am Mittwoch, den 31. März Herr Schriftsteller Joh. Gaulte über das Thema: „Die sozialistische Bewegung in Amerika“ einen Vortrag halten wird.

**Die Bäckerei-Verordnung** bildete den Gegenstand der Verhandlung in einer von national-sozialer Seite einberufenen Versammlung, die am Donnerstag stattfand. Obgleich — wie der Referent v. Gerlach bemerkte — einige hundert Einladungen in Bäckereiwirthschaften vertheilt worden waren, hatten sich nur einige dreißig Personen eingefunden, von denen etwa die Hälfte den National-Sozialen angehörte, während die andere Hälfte aus Bäckergefellen bestand. Herr v. Gerlach beleuchtete die bekannten Verhältnisse im Bäckergewerbe, er besprach die Entstehung und bisherige Handhabung der Bäckerei-Verordnung und trat den von den Gegnern derselben gemachten Einwürfen entgegen. Er betonte, daß die Verordnung, dem Kusturm der Meister entgegen, erhalten bleiben müsse, und daß in dem Kampfe für Besserung der Lage der Bäckerei-Arbeiter diese zusammenhalten müßten mit allen sozialreformatorisch gesinnten Leuten, gleich, welcher Partei dieselben angehören. An der Diskussion nahmen die Bäckergefellen Seidel, Gutjchow und Schlüter theil. Ersterer bedeutete den Referenten, daß wenn von dessen Seite in einer für die Bäder günstiger liegenden Zeit eine Versammlung einberufen würde, dieselbe auch eines guten Besuches sicher sein könne. Im übrigen traten diese Redner für die strikte Durchföhrung der Verordnung ein, gegen die leider noch allzu häufig verlost werden. Gleich dem Referenten betonte auch Herr Weinhausen, daß man die Agitation für Erhaltung der Verordnung nicht zu einer Parteifache machen dürfe; dann werde auch der Kampf für dieselbe nicht aussichtslos sein. Während seines Schlafwortes wurde Herr v. Gerlach seitens der Bäder darauf aufmerksam gemacht, daß der 12kündige Arbeitstag unter Hinzurechnung der zulässigen, fast täglich vorkommenden Nebenarbeiten, bis zu 16 Stunden ausgebeut werde und daß die angerechneten Behörden diesen Zustand als mit der Verordnung im Einklang stehend bezeichnet hätten.

**Eine Metallarbeiter-Versammlung,** zu der die Arbeiter der Firmen Schöning, Zimmermann, Buchloh, Kapler und die Werkstattarbeiter der „Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft“ besonders eingeladen waren, tagte am Donnerstag bei Weimann, Badstraße. In einem Vortrag über: „Sozialreform und Klassenkampf“ beleuchtete D. Rätber in recht treffender Weise die bisherigen Resultate der Sozialgesetzgebung, den thatsächlichen Werth derselben für die Arbeiter, die Stellung der Regierung sowie die der bürgerlichen Parteien zu weiteren reformatorischen Bestrebungen auf diesem Gebiete, wie sie am eilatantesten gelegentlich der Achtstundentage

Debatte und des Bäckereiarbeiterchuzes im Reichstag zum Ausdruck gebracht wurde. Der Redner, der sodann die Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie kritisch erörterte, wobei er auf die niedrigen Löhne, die lange Arbeitszeit, die mangelhaften Schuvorrichtungen und die schlechten sanitären Einrichtungen hinwies, fordert einen wirkungsvollen Arbeiterschutz gegen das wirtschaftlich stärkere Unternehmen. Barmherzigkeit, Beschränkung der Arbeitszeit, Maßregeln zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter, und vor allem freies Koalitionsrecht, nicht nur für eine Klasse der Bevölkerung, sondern auch für die Arbeiter. Die gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen, obwohl sie immerhin einige kleine Vortheile, aber fast nur für die Kranken und invaliden Arbeiter bieten, entsprechen keineswegs den gegebenen Verhältnissen oder auch nur den notwendigsten Anforderungen. Nachdem der Referent noch das indifferente Verhalten eines Theils von Arbeitern der sozialen Bewegung gegenüber gerügt hätte, plädierte er für den Anschluss an die politische und gewerkschaftliche Organisation, um durch ein geschlossenes Vorgehen bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen und bessere Zustände in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu schaffen. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine längere Diskussion, in der die vom Referenten gemachten Ausführungen über die Mißstände in den einzelnen Betrieben bestätigt und noch ergänzt wurden. Außer den allgemeinen Klagen über unwürdige Behandlung, lange Arbeitszeit und niedrige Löhne, die noch fortwährend, im Gegensatz zu dem steigenden Profit der Unternehmer, reduziert werden, wurden die Zustände in der Werkstatt der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft einer abfälligen Kritik unterzogen. Nach den Ausführungen der Redner sind die Löhne durchschnittlich außerordentlich niedrig. Die beim Antritt des Arbeitsverhältnisses versprochene Wohnzulage soll nur in seltenen Fällen und zwar nach der Gunst des betreffenden Meisters gewährt werden. Die Ueberstunden, die sehr häufig gemacht werden müssen, erhält nur ein Theil der Arbeiter mit 15 Pf. mehr bezahlt. Die sanitären und hygienischen Einrichtungen, Ventilatoren u. s. w. sollen sehr mangelhaft sein und Schuvorrichtungen gänzlich fehlen. Ähnliche Zustände wurden von der Firma Schöning angeführt; die daselbst vorhandenen Wascheinrichtungen sollen vollständig ungenügend und die Aborte (Toilettensystem) in einem so schlechten Zustande sein, daß sie oft gar nicht benutzt werden können. Auch von der Firma Zimmermann u. Buchloh, wo eine überaus lange Arbeitszeit die Regel sein soll, sowie von der Fabrik von Kasper, wurden noch eine ganze Reihe von Mißständen geschildert. Bei Schwarzopff soll nach der Besprechung der Mißstände in einer früheren Versammlung wohl einiges abgeändert, aber immerhin sollen noch viele Uebelstände vorhanden sein. Nachdem Rath er noch auf das gemeinsame Vorgehen der Unternehmer hingewiesen und zum einseitigen Vorgehen der Arbeiter zur Vertretung ihrer Klasseninteressen aufgefordert hatte, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und sich zum Zusammenschluß in der Organisation verpflichtet.

Die Stockarbeiter hielten am 21. d. Mts. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Central- oder Lokalorganisation“ beleuchtete Drechsler Losi vom Holzarbeiter-Verband in klarer, sachlicher Weise die Vorsege der Zentralorganisation. Unter Vertikaltangelegenheiten berichtete die Agitationskommission über die Werkstatt von Rehlaff. Infolge der letzten Versammlung und Bekanntgabe im „Vorwärts“ über die Zustände in der Werkstatt suchte der Fabrikant nach den Urhebern dieser Angaben. Inzwischen sind alle 44 Arbeiter, die vorher der Organisation fernstanden, zum Verband übergetreten, auch wurde eine Werkstattkommission gewählt. Bald kannte der Fabrikant auch die Namen derselben; und nun ging er daran, zunächst einen derselben, welcher 7 Jahre zu seiner Zufriedenheit bei ihm gearbeitet, zu entfernen. Dagegen machten sämtliche Arbeiter Front und es kam zum Ausstand. Herr Rehlaff hatte so etwas von seinen Arbeitern nicht erwartet, suchte sie jedoch zu erschrecken durch die Aeußerung, wer morgen nicht um 7 Uhr an der Arbeit steht, ist entlassen. Die Arbeiter benutzten nun die Gelegenheit, dem Fabrikanten folgende Bedingungen zu stellen: Keine Maßregelung, humanere Behandlung, Aenderung der erforderlichen Schuvorrichtungen, sowie bessere hygienische Verhältnisse in der Werkstatt, und statt der bisherigen 60 stündigen Arbeitszeit eine solche von 54 Stunden. Der Fabrikant bewilligte am nächsten Morgen alles bis auf die Arbeitszeit, jedoch wurde eine Einigung auf 55 Stunden erzielt. Zu bemerken ist noch, daß nun auch ein Beamter plötzlich eine Revision abhielt. Bedauerlicherweise ist vor einigen Tagen doch eine Maßregelung vorgekommen. Ein Kollege, Mitglied der Werkstattkommission und allgemein bekannt als tüchtiger Arbeiter, zu dem der Arbeitgeber äußerte, er hätte bei ihm das Gnadengeld, zog es vor, lieber selbst zu gehen, da er wußte, daß seine Papiere fertig aufgestellt waren. — Ein bei der Firma Jacobi jun. geplanter Ausstand infolge Maßregelung unterließ dadurch, daß der betr. Kollege sofort anderweitig Arbeit erhielt.

Die Aufstellung eines Lohnfonds wird zur nächsten Generalversammlung verschoben.

Die Bauarbeiter waren am 28. März bei Feuerstein versammelt. Den Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht der Lohnkommission gab Deredder. Das Ergebnis der Abrechnung war eine Einnahme von 438,20 M. gegenüber einer Ausgabe von 287,89 M., so daß ein Bestand von 200,31 M. verbleibt. Nachträglich wurde der Lohnkommission, die sich aus 7 Personen zusammensetzte, von denen 1 Person gestorben, in ihrer Gesamtheit für jede stattgehabte Sitzung 3 M. Entschädigung bewilligt. Den Kongreßbericht gab Roach. Hierzu gab die Versammlung ihrer Meinung Ausdruck durch Annahme einer Resolution, laut welcher sie sich mit den Beschlüssen des 4. Kongresses der Bauarbeiter Deutschlands vollkommen einverstanden erklärte und das Versprechen gab, nach Kräften für Geltendmachung der Beschlüsse zu sorgen. Die darnach vorgenommene Wahl eines Vertrauensmannes fiel auf Roach; zu dessen Stellvertreter wurde Janowski ernannt. Die Wahl eines Delegirten zur Gewerkschaftskommission verlegte man in eine demnächst wiederum einzuberufende Versammlung, da sich gegenwärtig niemand von den jährlich vorgeschlagenen zur Wahl stellte. Der bisherige Delegirte Roach versprach diesen Posten noch bis zur nächsten Versammlung zu behalten.

Die Steinarbeiter tagten am Mittwoch im Englischen Garten. Der Vertrauensmann Blasing verlas im 1. Punkt der Tagesordnung die Abrechnung wie folgt: Streikfondsmarken wurden von dem bisherigen Vertrauensmann Buchmann in Beträge von 327,50 M., in Baar 1091,10 M., Generalfondsmarken im Betrage von 2386,75 M. übernommen, von der Geschäftsleitung des Verbandes für Streikfondsmarken 250 M., Generalfondsmarken 125 M., von Wolff leihweise für Marken 75 M.; von der alten Bestantenliste wurden einliefert 480,50 M.; ergibt eine Gesamteinnahme von 4685,85 M. Veranschlagt wurden insgesamt 2350,25 M., darunter 843 M. Reise-Unterstützung, 120 M. Kranken-Unterstützung, Streik-Unterstützung 306,50 M. Beitrag an die Geschäftsleitung 693,20 M. Der gegenwärtige Markenbestand betrage 402,75 M. Streikfondsm., 1542,50 Generalfondsm. Gesamtbestand 1945,25 M. In der Diskussion werden die Restanten aufgeführt, ihre Reste zu begleichen, da auf den Bläßen 151,30 M. ihr Marken ausstehen und in Baar 262,50 M. Kassa erhält die Versammlung dem Vertrauensmann Decharge. Nach längerer Diskussion bewilligt die Versammlung drei Unterstützungsgehülfe ausgehender Kollegen. Ein Gesuch um ein Darlehen von 50 M. wird dadurch erledigt, daß dem 18. Wochen arbeitslosen Steinmeyer 30 M. als Unterstützung bewilligt werden und 20 M. von dem mit „Humanität“ ausgestatteten Meistern des Innungsausschusses zu erheben gesucht werden sollen, bei welchen der Antragsteller lange Jahre arbeitete. In den Zentralauschuß werden nach einer ausgedehnten persönlichen Kritik der Kandidaten, Schell, Schrodt und Fischer gewählt. Hirtmann gehört dem Zentralauschuß als Statistiker an. Zur Unterstützung der Ausgesperrten in Neuendorf bei Bina 1400 Steinbrüchler, Riesa 86 und Straßburg 117 Steinarbeiter, darunter 61 Verheirathete mit 140 Kindern, beschließt die Versammlung, eine Listensammlung sofort zu unternehmen, auf welche jeder Steinarbeiter 50 Pf. pro Woche zeichnen soll. Im Punkt „Verschiedenes“ wird die gegenwärtig überaus große Arbeitslosigkeit erörtert und sollen Schritte gethan werden, Abhilfe zu schaffen. Die Arbeitslosen wurden aufgefordert, sich beim Umfragen in den Geschäften in die ausliegenden Arbeitslosen-Listen einzuschreiben.

**Vermischtes vom Tage.**

— Ein Zentnar-Kriegsspiel. In Soppan, Kreis Proßschütz, haben acht Kriegervereine am Tage der Zentnarfeier die Schlacht bei Sedan aufgeführt. Am 2 Uhr nachmittags bestieg, wie es in dem über 100 Druckzeilen langen Schlachtbericht heißt, der Kommandirende mit bangem Herzen sein Schlachtfeld! Der Schlachtfeld bestand in der Entfernung eines „Dominal-Riesloches“ und eines „Gemeinde-Fandloches“.

— Zentnarfeier der Firma Levin in E. Das Festprogramm lautete: 11 1/2 Uhr: Fabrikabschluss. (Der Lohn für die ausfallende Nachmittagsarbeit kommt am folgenden Sonnabend zur Auszahlung.) Allgemeine Speisung sämtlicher Arbeiter. 12 Uhr: Festakt. Ansprache des Herrn Ferdinand Levin. Kurzer Rückblick auf das Leben und Wirken des Kaisers Wilhelm I., sowie Hoch auf den Kaiser Wilhelm II. Deklamation von Paula Levin. Kurzer Rückblick auf die Entwicklung des Geschäftes, Bekanntgabe der neuen Wohlfahrts-Einrichtungen und Vertheilung der gedruckten Bestimmungen. Deklamation von Max Levin.

— Bei einer Aufführung der Oper „Fra Diavolo“, die unlängst in Düsseldorf stattfand, brach, als Berlin sich nach der Entleerung der Bühne setzte, der Wettkamp durch. In demselben Augenblick ertönten die Worte des Banditen: „Das arme Mädchen!“ Das Hallöchen war ungeheuer.

— In der Strafanstalt Bechta hat sich, wie die „Odenb. Volksztg.“ mittheilt, ein Gefangener zu Tode gehungert. Er war wegen Vertheiligung an einer Schlägerei zu mehreren Jahren Zuchthaus verurtheilt worden.

— In Wien wurde der Untriarer Posten, der vor 25 Jahren zu 9 Monaten Zuchthaus verurtheilt worden war, weil er den Oberlandesgerichtsrath Englisch des Mißbrauchs der Amtsgewalt beschuldigt haben sollte, im Wiedererhebungs-Verfahren freigesprochen. Der Freigesprochene befindet sich in der Irrenanstalt. Und der Oberlandesgerichtsrath? — Wird gestorben sein.

— Stolz lieblich den Margauer. Der Gemeindevorstand Fischer in Mexenschwand im Argau wurde neulich zum Großrath gewählt. Daraufhin erließ er folgende Erklärung: „Der Unterzeichnete wurde im Jahre 1867 zum ersten Mal in den Großen Rath gewählt. Darauf erfolgten Befähigungswahlen bis vor vier Jahren, bei welchem Anlasse er mit anderen werthen Kollegen im Landestheil gesprengt wurde. Die Nichtwiederwahl vor vier Jahren und die heutige Neuwahl stehen in keinem logischen Zusammenhang mit einander. Der Unterzeichnete war seit 1850 bis heute in der Politik immer Zentralist und hat als solcher die meisten eidgenössischen Vorlagen bei Verfassungs- und Gesetzabstimmungen angenommen. Er ist sich somit immer gleich geblieben. Die Inkonsequenz liegt daher anderwo. Meine verehrten Wähler, etwas Logik muß sein! Ich erkläre deshalb die Ablehnung der auf mich gefallenen Wahl in den Großen Rath. Für immer adieu, dubiose, launige Volksgunst! Gegebenst J. Fischer, Gemeindevorstand.“

— Eine Debatte über den Genet von Algier. Im französischen Senat wurde vor einigen Tagen das Budget beraten. Der algerische Senator Treille beklagte sich darüber, daß in Algier zu viele Korsten in der Administration Verwendung finden und rief aus: „Auf einmal hat man vier Korsten in der Justiz angestellt. Wer ist die Geric, welche die Regierung durch Protektion der Korsten beeinflusst?“ Der forstliche Senator Casabianca rief dazwischen: „Ich bin's nicht!“ (Gelächter.) Senator Treille erwidert: „Ich weiß nicht. Ich habe überhaupt niemanden an den Minister empfohlen, wenn es nicht ein Schilling besondere Art ist.“ Justizminister Darlan: „Ja, den Genet von Algier haben Sie empfohlen.“ (Große Heiterkeit.) Minister des Innern Darhou rief: „Das ist wenigstens eine unheimliche Protektion. Der Schilling kann für seinen Protektor nicht thun.“ (Große Heiterkeit.) Senator Treille: „Lesen Sie doch meinen Brief vor, Herr Minister.“ Justizminister Darlan: „Er ist sehr geistreich! Sie sagen, daß Ihr Protegé ein „Mann von Kopf“ ist.“ (Allgemeines Gelächter.)

— Schiffszusammenstoß. Der belgische Dampfer Noordland ist auf der Fahrt von Antwerpen nach New-York mit dem norwegischen Dampfer Garonne zusammengestoßen. Die Garonne, deren Ober-Maschinist erkrankt, ist schwer beschädigt in Dover eingelaufen.

— In Ggierz bei Lodz (russ. Polen) ist die große Herbit'sche Spinnerei und Weberei niedergebrannt.

— Von der Pest. Petersburg, 26. März. Der „Regierungsbote“ meldet, daß auf dem am 20. März in Theodosia aus Port Said angekommenen englischen Dampfer „Blodwin“ ein Matrose unter pestverdächtigen Erscheinungen erkrankt war und in der Quarantäne-Abtheilung untergebracht wurde. Ein bestimmtes Ergebnis hat die Untersuchung des Kranken bisher nicht gehabt. Der Dampfer „Blodwin“ wird einzuweilen in der Quarantäne bleiben und völlig desinfiziert werden. — Seit dem Ausbruch der Pest sind 10 045 Erkrankungen und 8475 Todesfälle vorgekommen. Die Gesamtsterblichkeit in Bombay betrug in der letzten Woche 1189 Personen gegen 1258 in der Vorwoche. Die Pestbewegungen sind unregelmäßig, aber es ist gewiß, daß die Pest in dem westlichen Indien um sich greift; nur in Bombay ist eine Abnahme bemerkbar.

**Witterungsübersicht vom 26. März 1897.**

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0 C. = 32 F.)
Stromenlands	758	WS	6	wollig	4
Hamburg	762	WS	5	bedeckt	4
Berlin	760	WS	5	bedeckt	5
Wiesbaden	766	W	2	halb bedeckt	8
München	767	WS	0	bedeckt	9
Wien	763	W	4	wolkenlos	8
Saparanda	750	N	2	wollig	—8
Petersburg	750	SSO	3	Schnee	—3
Oslo	752	WSW	5	wollig	10
Aberdeen	758	SSO	6	bedeckt	6
Paris	766	SSW	3	wollig	9

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. März 1897. Zunächst aufklärend, am Tage etwas wärmer, bei mäßigen bis frischen südwestlichen Winden; nachher neue Trübung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

**Metallarbeiter!**

Montag, den 29. März, abends 8 Uhr:

**2 große öffentliche Versammlungen**

im Kösliner Hof, Köslinerstr. 8,  
und in Keller's Festsälen, Köpenickerstr. 29.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu den Fabrikanten, welche am 22. März feiern liegen ohne Bezahlung. 118/19

Referenten: Paul Litka und Otto Näther.

Die Vertrauensleute werden ersucht, an den Unterzeichneten sofortige Mittheilung zu machen, in welcher Weise in ihrer Werkstatt die Zentnarfeier begangen, bzw. ob bezahlt worden ist oder nicht.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter,  
Otto Raether, N., Kalkauerstr. 44.

**Achtung! Schlosser. Achtung!**

Sonntag, den 28. März, mittags 12 Uhr,  
im „Konzerthaus Sanssouci“, Kottbuscherstrasse 4a:

**Große öffentliche Versammlung**  
der Schlosser, Maschinenbauer u. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Reichstädt-Abgeordneten August Bebel.  
2. Diskussion. 3. Wahl eines 2. Vertrauensmannes der Schlosser für den Norden. 4. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Firma Förster & Runge. 5. Verschiedenes. 118/18

Nicht aller Kollegen ist es, in der Versammlung zu sein. Ganz besonders sind die Arbeiter der Firma Förster & Runge eingeladen.

Paul Quast, Vertrauensmann der Schlosser Berlins,  
NO., Hühnerstr. 4.

**Oeffentl. Versammlung der Möbelpolierer**

Montag, den 29. März, abends 8 Uhr. 146/17

im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstrasse 26.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum 1. Mal. 2. Bericht des Vertrauensmannes.  
3. Verschiedenes.

Der Vertrauensmann.

**Lohgerber, Weissgerber, Färber etc.**

Sonntag, den 28. d. M., vorm. 11 Uhr. 1111b

im Lokale „Königsbank“, Franzfurterstr. Nr. 117:

**Oeffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Fritz Hansen.  
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Die Agitationskommission.

**Achtung! Mülerei-Arbeiter. Achtung!**

Sonntag, den 28. März 1897, nachmittags 3 Uhr:

**Große öffentliche Versammlung**  
im Englischen Garten, Alexanderstr. Nr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über die Bedeutung der Gewerkschafts-Kommission. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes. — Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Kollegen erscheinen. 140/1

Der Vertrauensmann.

**Verband der Sattler u. Tapezierer**  
(Filiale Berlin I.)

Am Sonnabend, den 27. März, abends 9 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. Nr. 27c:

**Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen G. Wagner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 167/5

Wäste sind willkommen. Die Orisverwaltung.

**Leder- und Galanterie-Arbeiter**  
und Arbeiterinnen.

Am Montag, den 29. März 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Roll, Adalberstr. Nr. 21:

**Brauchen-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen A. Saller. 2. Diskussion und Verschiedenes. Die Kollegen von der Firma G. Schröder sind ganz besonders hierzu eingeladen. 25/20

Die Vertrauensleute.

**Orts-Krankenkasse**  
für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.

Sonntag, den 28. März 1897, vormittags 11 Uhr, im Feen-Palast Burgstr. Nr. 22:

**Oeffentliche Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Das Krankenkassengesetz mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiterinteressen. Referent: Reichstädt-Abgeordneter R. Schmidt. 1146b

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Da die Tagesordnung in Bezug auf unsere Kasse und die letzten Vorlesungen von großem Interesse ist, erwartet ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder.

Die Kommission.

**Belle-Alliance-Theater.**

Morgen, Sonntag, den 28. März 1897, nachmittags 3 Uhr:

Lezte

**Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.**

Zum letzten Male:

**Die Jungfrau von Orleans.**

Die Inhaber von Eintrittskarten zum Besuch der Volks-Vorstellungen werden dringend gebeten, sie zur morgigen Vorstellung zu benutzen, da die Karten sonst ihre Gültigkeit verlieren. 230/13

**Ausstellung der Fachschule der Maler**  
und verwandter Berufsgenossen Berlins.

Die Ausstellung findet am Sonntag, den 28. März, in der Sala der 193/195. Gemeindegasse, Rantenerstr. 7, nachm. 1-5 Uhr, statt.

Der Eintritt ist unentgeltlich und ladet Freunde und Gönner zum Besuch derselben freundlich ein. 124/17

Die Kommission.

**Rixdorf.**

Montag, den 29. März, abends 8 Uhr, in den Vittoriasälen, Hermannstr. Nr. 49:

**Gr. öffentliche Volksversammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Gemeindevorsteher. Diskussion. 2. Stellungnahme zum 1. Mal. — Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. — Zur Deckung der Unkosten Entree 10 Pf. 1128b

Der Vertrauensmann.

**Arbeitsmarkt.**

10 geübte Rationarbeiterinnen finden dauernde, lohnende Arbeit bei Schwandt, Neue Jalousiestr. 6. 1129b

**Lehrmädchen**  
für Pausen gegen sofortiges Gehalt und dauernder Beschäftigung verlangt 1153b

Adolf Rosen, Gertraudenstr. Nr. 23.

**Barbierlehrling** sucht Stellung bei einem Nicht-Innungsgemeiner. Off. G. Reichl, Weinmeisterstr. 6.

Frau o. Mädchen tagel. v. Kind Gebt. Reichestr. 17, 1.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, den 27. März.  
Opernhaus. Ein noch Arbeit. Die Entführung aus dem Serail. Schauspielhaus. Die Athenerin. Deutsches. Nora. Berliner. Renaissance. Fessing. Die Waiskinder. Hierauf: Ägypten. Neues. Lo premier Mari de France. Welken. Reis-Reislingen. Weidens. Affaccio. Linden. Der Karneval in Rom. Thalia. Frau Ventenant. Schiller. Maria Stuart. Zentral. Ein adeliger Abend. Volks. Signor Piffarello. Friedrich. Wilhelmshäufisches. Viane. die zweite Frau. Alexanderplatz. Die Tanzfriebe. Schaub. Der deutsche Michel. American. Puppe-Gaspiel: Ritter Bruno von Sacredenheim. Passage-Panoptikum. 32 Mädchen aus Samoa. Apollo. Spezialitäten.

**Belle-Alliance-Theater**  
**Volks-Vorstellung**  
unter Regie von Julius Türk.  
Sonntag, den 28. März, nachm. 3 Uhr:  
Gaspiel der Damen **Martha Fren**  
und **Therese Freyburg**; der Herrin  
**Heinrich Schulz** und **Wilhelm**  
**Ruff**.  
Zum letzten Male:  
**Die Jungfrau von Orleans.**  
Romantische Tragödie von Fr. Schiller.  
Johanna: **Martha Fren**. Agnes  
Sorel: **Therese Freyburg**. König:  
**Richard Jürgas**. Dunois: **Heinrich**  
**Fren**. Burgund: **Wilhelm Ruff**.  
Yvone: **Heinrich Schulz**. Talbot:  
**Julius Türk**.  
Die Kostüme, Requisiten, Waffen  
sind aus den kunstgewerblichen Wer-  
stätten von P. Hildebrand.  
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in  
den bekannten Geschäften zu haben.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Maria**  
**Stuart**.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ein  
Schritt vom Wege.  
Abends 8 Uhr: Der Pfarrer von  
Kirchfeld.

**Thalia-Theater.**  
(vormals Adolph Ernst-Theater).  
Letzte Woche!  
**Frau Ventenant.**  
Soubrette in drei Akten von Paul  
Fertier und Antony Mars.  
Deutsch von Hermann Hirschel  
Ruff von G. Serpette und S. Rogier.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: **Frau**  
**Ventenant**.

**Central-Theater.**  
Alle Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.  
Zum 51. Male:  
**Ein adeliger Abend.**  
Ganzes dramatisches Repertoire in einem  
Sopra und 3 Bildern v. J. Fremd  
und S. Rammshoff.  
Ruff von Julius Einbildehofer.  
Anfang 1/2 Uhr.  
Morgen und die folgenden Tage:  
**Ein adeliger Abend.**  
Schluss der diesjährigen Posen-  
Saison Sonntag, den 18. April ca.  
**Friedrich Wilhelmst. Theater.**  
Piano, die zweite Frau.  
Charaktergemälde in 5 Akten nach  
dem gleichnamigen Karlistischen  
Gartenlauben-Roman für die Bühne  
bearbeitet von H. R. Werthe.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr, zu  
kleinen (Abonnement-) Preisen:  
**Piano, die zweite Frau.**  
Abends 8 Uhr: **Der Trompeter**  
**von Zittingen**.  
Montag zum ersten Male: **Im**  
**Wasser-Reiter**. Charakterbild in  
4 Akten von Gust. Heintz. Schneidewitz.  
Dienstag: **Im Wasser-Reiter**.  
Billets sind schon drei Tage vorher  
ohne Vorbestellgebühr an der Theater-  
kasse zu haben. Außerdem im An-  
waldbank, Unter den Linden 24, bei  
Paul Kromsch, Leipzigerstr. 6, und  
Julius Vengsenfeld, Markgrafenstr. 60.

**Alexanderplatz-Theater.**  
Wahspiel des Prof. Stader-Golz  
und des unermüdeten Bendix. Die  
**Tanzfriebe**. Berliner Fosse mit Ge-  
sang und Tanz von Heinrich Müller.  
Ruff v. W. Richter. — Anfang 8 Uhr.  
Kleine Preise.  
Sämtliche ausgegebenen Bots be-  
halten ihre Gültigkeit.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen  
Preisen: **Die sieben Raben**. Großes  
Jaubermädchen in 6 Akten.  
Montag und die folgenden Tage:  
**Die Tanzfriebe**.  
Billets sind ohne Vorbestellgebühr  
schon drei Tage vorher an der Theater-  
kasse zu haben. Vormittags 11-1 Uhr  
und abends von 1/2 Uhr an.

**Berliner Possen-Theater**  
Münzstrasse 17.  
(Eingang Königsgarten).  
Direktion: Joseph Winkler  
und Leonhardy Gaschel.  
Sonnabend, 27. März cr.:  
Benefiz für  
**Max Aschinger**  
und **Siegbert Heissner**.  
Zur Aufführung gelangt:  
**Heinrich Heine**  
und  
**Im Theaterbureau**.

**Urania, Tauben-Strasse**  
No. 48-49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

**Sternwarte**  
Invalidenstr. 57/52  
Lehrer Stadtbahn-  
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab  
50 Pf. Im Theater-Saal täglich  
8 Uhr abends Vorträge, mit Experi-  
menten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.  
Näheres die Tagesankündige.

**Passage-Panoptikum.**  
32 Mädchen aus Samoa.



**Castan's Panoptikum.**  
Die beiden Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!  
Damen-Wettschwimmen.

**Volks-Theater**  
31. Reichenberger-Strasse 31.  
Verdebnahung: Kottbuser Thor.  
**Signor Piffarello.**  
Posse mit Gesang in 6 Bildern von  
G. Witten und S. Haber. Musik von  
G. Mischke.  
Die neuen Kompletts und Gesangsstücke  
von H. Brodel, Comp. von R. Lichte.  
Anfang: Sonntags 7 Uhr.

**Circus Renz**  
Karlstrasse.  
(Jubiläum-Saison 1896/97.)  
Sonnabend, den 27. März 1897,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Parade-Gala-Vorstellung.**  
Durchschlagender Erfolg.  
**Aus der Wappe**  
eines  
**Riejengebirgs-Phantasten.**  
Außerdem die hervorragend. Nummern  
des Repertoires.  
Joujou hippique mit 12 Freiheits-  
spielen, dress. und vorgef. vom Dir.  
**Fr. Renz**. Musik des Schalltriers  
**Fr. Gaderel** mit dem Schalltrier  
Albarac, 6 traueher Fuchshengstie.  
dressirt und vorgef. von Herrn **Hugo**  
**Serzog**. Frühlingdreigen, ger. von  
5 Damen.  
Sonntag, den 28. März: 2 Vor-  
stellungen. Nachmittags 4 Uhr  
(ermäßigte Preise) und 1 Kind unter  
10 Jahren frei; **Tjo Ni En** mit  
dem beliebtesten Schellenspiel. Abends  
7 1/2 Uhr: **Aus der Wappe** eines  
Riejengebirgs-Phantasten.

**Circus Busch**  
Bahnhof Börse.  
Nur noch kurze Zeit!  
Sonnabend, den 27. März 1897,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Gala-Vorstellung.**  
**Nach Sibirien.**  
Außerdem: 4 Fuchshengstie als  
Tänzerinnen, dress. u. vorgef. vom  
Dir. **Busch**. Petronius, oipr. Hengst,  
geritten von **Anna Maria Doré**.  
Concerto II, dress. u. ger. v. Herrn  
**Footrit-Burghardt**. **Fr. Goleman**  
mit seinen dress. Hunden und Katzen.  
Spezialitäten I. Ranges. Vorgef. **Robert**  
**Klotz**.  
Morgen: 2 Vorstellungen.  
Nachmittags 4 Uhr:  
(1 Kind unter 10 Jahren frei):  
**Zachens**.  
Abends 7 1/2 Uhr: **Nach Sibirien**.

**Apollo-Theater.**  
Täglich Auftreten der  
**5 Sisters Lorrison**  
**Bibb u. Bobb** \* **The Kezias**.  
**Brothers Hugosset**.  
**Mr. Wodson** \* **Little Bobby**  
etc. etc.  
**Kinolograph (Photographien)**  
mit dem Sensationsbild:  
**Endlich allein!**  
Kasseneröffnung 9 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

**Der Krieg auf Kreta**  
Neuester Schlager  
von **Slegwart Genthies**  
in  
**Kaufmann's Variété**  
als  
**Sultan der Türkei.**

**Ostend-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weich.  
Heute: **Der deutsche Michel**.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr, zum letzten  
Male: **Zu hoch hinaus**. — Abends  
7 1/2 Uhr: **Der deutsche Michel**.

**Feu-Palast, Burg-**  
**Künstler-Perjonal**  
Jeanette Baigneur. Amia Moser.  
Jadion Holton. Gehr. Gray.  
Fred Francis. Harry Blondin.  
Däna und Balde.  
Mit Jnda's Jagd-Abenteuer.  
Duaal's Damen-Schönheits-Gallerie.  
Lebende Photographien u. s. w.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 30 Pf.  
In Vorbereitung: Ein schwarzes  
Wegentind, unter Mitwirkung des  
Direktors **Wilhelm Fröbel**.

**Alcazar**  
Variété-Theater I. Ranges.  
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)  
Kunnenstrasse 42/43.  
Täglich: **Großes Konzert**  
und  
**Extra-Vorstellung.**  
Nur  
**Künstler ersten Ranges.**  
Achtung!  
Freitag, den 26. März 1897:  
Große  
**Benefiz-Vorstellung**  
für den  
**Kapellmeister Martin Stein.**  
Billets à 30 u. 50 Pf. sind schon  
jetzt zu haben. Nach der Vorstellung:  
**Familien-Tanzkränzchen.**  
Eintrittspreise und Anfang der Vor-  
stellung wie bekannt. Die Direktion.

**Konzerthaus Sanssouci,**  
**Kottbuser Strasse 4a.**  
Sonntag, sowie jeden  
Sonntag und Donnerstag:  
**Stettiner Sänger**  
(Meyfel, Vietro,  
Britton, Steidl,  
Krone, Kohl und  
Zhrader).  
Anfang 7 Uhr. Entrée 50 Pf.  
**Großartig. Extraprogramm**  
II. A.: Ein kritischer Tag.  
Gr. komisches Ensemble v. Meyfel,  
Steidl mit seiner neuen  
Sensationsnummer  
**Lebenslauf einer Sängerin.**  
Montag:  
**Viktoria Braueri.**  
Auf. 8 Uhr. Vorverkaufsbillets gültig.  
Donnerstag, den 8. April:  
**5000. Soirée**  
der  
**Stettiner Sänger in Berlin.**

**Concordia Variété-Theater**  
Brunnenstr. 154.  
Täglich: **Grosse Theater- und**  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Das beste Programm v. Nordens.  
Neu! Troupe **Richard** (1 Herr,  
1 Dame, 1 Kind) Akrobaten.  
Neu! **Rathi Richter**, Tivolienne.  
Neu! **Long und little Adolfs**,  
Tänzerinnen.  
Neu! **Engelagier Dichter**.  
Voffe.  
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 6 Uhr.  
Umtausch-Billets haben Gültigkeit.

**Welt-Restaurant**  
Variété- und Spezialitäten-  
Theater.  
Dresdenerstr. 97.  
Berlin, wie's baut und tracht!  
Bilder aus dem Volksleben v. G. H.  
**Der letzte Fang.**  
Operette von **Runge**. **Vandioch**.  
Im vorherigen Saal täglich:  
**Tyroler-Konzert Alois Ebner.**  
Anfang: Entrée:  
Wochent. 8 Uhr. Wochentags 20 Pf.  
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

**Hüte! Ausverkauf!**  
Grosz-Geschäft  
**Gabriel**  
Grüner Weg 112, pt.  
Herrenhüte, weich und  
leicht von 1,50-2,80.  
Haarhüte von 5 Mark an.  
Knabenhüte von 80 Pf. an.  
Herrenmäntel, große Auswahl.  
Gleg. Entladung von 5-15 Mark.

**Musikinstrumente**  
Maller Art. Sortellhaltende  
Bezugsquelle. Garantie. 1 Jahr.  
Sendt-Katalog 112 Seiten portofrei.  
**G. Schubert & Co.**  
Berlin SW., Beuthstr. 17. L.  
(Rein Laden.) 9824

**Verein Freie Volksbühne.**  
Sonntag, den 4. April:  
Erste Vorstellung der I. Abtheilung.  
Zur Aufführung gelangt:  
**Der Kaufmann von Venedig**  
in 5 Akten von Shakespeare.  
Besetzung der Hauptrollen: Shylock, ein Jude, **Gustav Kober**  
als Gast (Theater des Westens); Portia: **Sophie Burska** a. G.;  
Antonio: **Wilhelm Ruff** a. G. (Reichens-Theater); Bassanio: **Heinrich**  
**Frey** a. G. (Belle-Alliance-Theater); Gratiano: **Richard Jürgas**  
(Vestling-Theater); Nerissa: **Elise Zachor** a. G. (Stadttheater in Kottbus);  
Jessica: **Marie Mosler** a. G.

Diejenigen Personen, die zur Vorstellung der I. Abtheilung noch auf-  
genommen werden wollen, müssen ihre Meldung bei einer Kassierin bis  
Sonntag Mittag bewirkt haben.  
Die erste Vorstellung findet im **Belle-Alliance-Theater** statt.  
Das Einschreibegeld beträgt 60 Pf. Monatsbeitrag 60 Pf.  
Mittagessen werden in folgenden Kassen aufgenommen:  
N. 1. **Ernst Bayer**, Bismarckstr. 13. 2. **G. Mehnert**, Bismarckstr. 13.  
3. **G. Vogel**, Demmlerstr. 32. 6. **E. Becker**, Lindenstr. 25 (Müller-  
str.) 7. **G. Dicke**, Ackerstr. 123. 8. **H. Tich**, Invalidenstr. 124 (Stettiner  
Bahnhof).  
N. 9. **Franz Niemeyer**, Weberstr. 19. 10. **J. Reul**, Bismarckstr. 42.  
O. 11. **J. Wille**, Andreasstr. 26. 12. **Wag Sothe**, Kopenstr. 90.  
13. **G. Böhl**, Frankfurter Allee 74. 14. **H. Hoffmann**, Blumenstr. 14.  
15. **Paul Nicolas**, Schallgerstr. 107. 16. **G. Böhlert**, Mariannen-  
str. 5. 17. **E. Toltsdorf**, Götterstr. 58. 18. **E. Scholz**, Wrangel-  
str. 32.  
S. 19. **J. Gähde**, Gräberstr. 93. 20. **Gotfr. Schulz**, Admiralstr. 40a.  
21. **W. Börner**, Ritterstr. 15. 22. **G. Baake**, City-Passage, Dresdener-  
str. 52/53.  
SW. 23. **G. Kohler**, Janderstr. 1. 24. **H. Ohs**, Lindenstr. 59.  
25. **H. Böttger**, Sossenerstr. 21.  
W. 26. **Werner**, Bülowstr. 59. 27. **H. Joller**, Pallasstr. 16.  
NW. (Roabit). 28. **Fr. Reddemann**, Fritzwasserstr. 3.  
C. 29. **Alb. Löwenberg**, Neue Schönhauserstr. 18. 30. **P. Gorch**,  
Olpestr. 27. 31. **B. Scheithauer**, Rosenhallerstr. 64.  
Rixdorf. 32. **Th. Thomas**, Bergstr. 192.  
Charlottenburg. 33. **H. Selin**, Wilmersdorferstr. 115/116.  
30. 34. **G. Schurig**, Dresdenerstr. 128/129. [230/14]

**Die Vorträge**  
der  
**Freireligiösen Gemeinde**  
finden vom 4. April nicht mehr Kottbuserstr. statt,  
sondern jeden Sonntag vormittags 11 Uhr in der  
**Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.**  
Jugendfeier mit Festvortrag  
des Herrn **Dr. Bruno Wille** morgen, 28. März, 11 Uhr,  
in Keller's großem Festsaal, Kopenstr. 20. 92/12

**Achtung! Parteigenossen! Achtung!**  
Sonntag, den 28. März, im Kölliner Hof, Köllinerstr. 8:  
**Gr. Matinee**  
zum Besten des seit 2 Jahren kranken Parteigenossen **M. Sikorski**  
veranstaltet vom  
**Gesangverein Maiglöckchen I.**  
Programme à 20 Pf. sind bei allen bekannten Parteigenossen zu haben.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Das Comité.

**Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner.**  
Sonntag, den 28. März 1897, bei Feuerstein (oberer Saal),  
Alle Jakobstr. 75: 1137b  
**Feier des 5. Stiftungsfestes.**  
Gesang. — Humoristische Vorträge. — Tanz.  
Eintrittskarten für Damen 30 Pf., Herren 50 Pf. (inkl. Tanz) sind bei  
den Mitgliedern sowie abends an der Kasse zu haben. Anfang 6 1/2 Uhr.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Bildungsverein „Mehr Licht“**  
Heute, Sonnabend, 27. März, findet der erste  
**Maskenball**  
in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 20, statt. Billets à 50 Pf. sind bei  
den Komitee- und Vorstandsmitgliedern zu haben, und werden die Freunde  
und Gönner des Vereins hiermit freundlichst eingeladen. 50/9

**Gesangverein der Möbelpolierer.**  
Sonnabend, den 27. März, in Keller's gr. Saal, Kopenstr. 29:  
**Maskenball.**  
Alle Kollegen und Freunde sind hiermit eingeladen. Billets, Herren  
50 Pf., Damen 30 Pf., sind noch in den Kassieren des Verbandes zu  
haben. 146/16

**Wo? machen wir unsere Herren-Partie**  
hin? Zum alten  
**Freund auf Bichelswerder.** 1077c

**Ginsegnungs-Anzüge**  
in blau, schwarz, Cheviot, Satin, Kammergarn etc. feinsten Stoffen  
v. 10-30 Mark. Streng reelle Bedienung, auch in Bezug l. eleg. Ausf.  
**A. Wormann, Dresdenerstr. 2,** am Kottb. Thor, 2. Haus  
von der Schallgerstr.  
2. Geschäft: Stallgerstr. Ecke Mantuffelstr.

**Dr. med. Rothschild**  
wohnt jetzt  
**Rixdorf, Bergstr. 47, II,**  
gegenüber d. alten Wohnung.

**Polsterwaren-Fabrik**  
Großes Lager in Kotten- u. Polster-  
Möbeln empfiehlt **H. Hägel**,  
Tobackstr. Grüner Weg 94.

**Lanolinseife!**  
macht die Haut zart u. geschmeidig.  
1 Stück Lanolinseife und ein reines  
Handtuch liefern ich 1. 10 Pf. u. 2. 20 Pf.  
Gandisch-Berlin, Jnd. 2. Ragner.  
Neue Königsstr. 17.  
Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

**Rover** zu verlauf, 40 Mark,  
Kottbuserstr. 66, 2 Tr.

**Milchgeschädes-Einrichtungen**  
Emalle-Milchgefäße, Rahmen, Satten,  
Tafelwagen, Gemüschwagen, [1306L  
**Jordan, St. Markstr. 28.**

**Reell und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuh-  
fabrik von **W. Hittschke**, ge-  
gründet 1872, Stallgerstr. 13. Ecke  
Admiralstr. am Kottbuser Thor.

**Wassersucht, Magenleiden,**  
**Asthma** ist heilbar. Sehr große  
Linderung durch **F. Nardencötter**,  
Erdmühle, Berlin (früher gel. Delfand).

**V**erkaufen Sie doch nicht d. Katalog  
hochinteressant u. überaus nützl.  
Bücher gratis zu verlangen von  
**A. Wick**, Verlagsbuchhändler,  
Konstantinbad.

**Berliner Spar- u. Bauverein.**  
(Eingetrag. Genossenschaft u. s. s.)  
Die Mitglieder der Genossenschaft  
werden hierdurch zu der am  
Sonntag, 4. April, vorm. 9 1/2 Uhr,  
im großen Saale des Handwerker-  
vereins, Sophienstr. 15, stattfindenden  
fünften ordentlichen  
**General-Versammlung**  
eingeladen. 1130b  
Tagesordnung:  
1. Berichte des Geschäftsberichts,  
sowie der Bilanz nebst Gewinn- und  
Verlustrechnung für das Jahr 1896.  
2. Bericht der Revisionskommission.  
3. Beschlußfassung über die Genehmi-  
gung der Bilanz und über die Ver-  
teilung des Gewinnes. 4. Beschluß-  
fassung über die Aufstellung von  
sämtlichen Genossen. 5. Ergänzung-  
wahlen zum Aufsichtsrath. 6. An-  
träge einzelner Genossen.  
Die Bilanz sowie die Gewinn- und  
Verlustrechnung für das Jahr 1896  
sind in der Geschäftsstelle, Sickingen-  
straße 7, einzusehen.  
Der Vorstand.  
L. Schmidt. Ernst Köster.

Allen Verwandten, Freunden und  
Bekanntem die traurige Nachricht, daß  
am 25. März, vorm. 8 Uhr, mein  
lieber Mann, der Tischler  
**Fritz Hoff**  
nach langem, schwerem Leiden sanft  
entschlafen ist. Die Beerdigung findet  
Sonntag, 28. März, nachm. 5 Uhr,  
vom Reuen Jerusalem Kirchhof,  
Hermannstraße, aus statt. Dies jezt  
tiefbetraut an **Wwe. Ottilie Hoff**.  
Allen Freunden und Bekannten die  
traurige Nachricht, daß unser lieber  
Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel, der  
Schlosser **Raymund Schlüter**  
im Alter von 33 Jahren am 22. März  
plötzlich verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den  
28. d. M., nachm. 4 Uhr, vom Trauer-  
hause, Ackerstr. 59, aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Achtung! Sozialdemokratischer**  
**Verein „Vorwärts“ Berlin.**  
Todes-Anzeige.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
unser Mitglied  
**H. Schlüter**  
am 22. d. M. plötzlich verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag,  
den 28. d. M., nachmittags 4 Uhr,  
vom Trauerhause, Ackerstr. 59, nach  
dem Kirchhofe Dallborfer Chaussee  
statt. 274/17  
Um rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Genossen zur Nachricht,  
daß der Schlosser, Genosse  
**Raymund Schlüter**  
verstorben ist. Wir erklären in  
ihm einen besonen Mitarbeiter.  
Die Beerdigung findet Son-  
tag, den 28. März, nachmittags  
4 Uhr, vom Trauerhause, Acker-  
straße 59, aus statt. 219/13  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vertrauensmann  
des VI. Berl. Wahlkreises.

**Danksagung.**  
Für die überaus rege Theilnahme  
bei der Beerdigung unserer lieben  
Großmutter, Mutter und Schwieger-  
mutter, Frau **Wwe. Anna Brnöke**,  
sagen allen Freunden und Bekannten  
unseren herzlichsten Dank, insbesondere  
der Firma **W. Rade u. Co.** nebst  
Personal. 1131b  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Bekanntmachung.**  
Der Selbstlicher-Genossenschaft  
zur Nachricht, daß unsere Herberge  
von jetzt ab **Neue Friedrichstr. 20**  
bei **Fritz Preuss** sich befindet  
und die ersten Bier-Wochen den  
10. April stattfinden. 1125b  
Berlin, 26. März 1897.  
Der Mitgetelle.

Allen Freunden und Bekannten zur  
Nachricht, daß ich **Marieburger-**  
**straße 9 in Weip.** und **Bairisch-**  
**Bier-Pokal** eröffnet habe. Für gute  
Bier- u. Getränke ist bestens gesorgt.  
1133b  
**Louis Schappach.**  
Rathhauswachen, Weichell, Matrohen,  
Schlafopha spottb. Vangeit. 10, Delfand.

**Für 8 Mark**  
beliebe Stoff zu einem Herrnanzug,  
für 10 Mark liebere Stoff zu einem  
H. Sommerpaletot, Anodenanzuggröße,  
sehr groß, 2-3 Mark, H. Baumgarten  
lasse erhe zu Anzugent frohlich  
**Krausenstrasse 14, 1 Tr.**  
(rein Laden). 1353c

Allen Freunden u. Bekannten mache  
die ergebene Mittheilung, daß ich  
in Lokal in der **Rheinberger-**  
**straße 20** eröffnet habe. Ein Vereins-  
zimmer mit Klavier ist zu vergeben.  
1154b  
**August Branner.**

**Gr. Vereinsz.** anst. schlief. Garten 3.  
berg. Schütze, Reinickendorferstr. 2a.  
**Vereinszimmer** in Piano, 60-70  
Personen fassend, für Gesangsvereine  
hauptächlich zu empfehlen. 1125b  
**Hugo Schulz**, Dandestr. 90.

**Vereinszimmer**  
neut renovirt, fassend 30-150 Personen,  
sodort zu vergeben Kopenstr. 47. 1160b

**Schulz' Festsäle, vorm. Paster**  
**Neue König-Strasse 7.**  
Jeden Samstag: 802c  
**Damen-Kränzchen.**  
Jeden Sonntag:  
**= Großer Ball. =**  
Vereinszimmer. Saal für Verheirath-  
ungen frei. **Ed. Schulz**, Galtwitz

Literarische Rundschau.

Prof. Meyer: Handbuch des Volkshochschulwesens. Stuttgart. 1896.

Ernst Schulze: Volkshochschulen und Universitätsausdehnungsbewegung. Leipzig. 1897.

Dr. James Russell: Die Volkshochschulen in England und Amerika. Uebersetzt von Meyer. Leipzig. 1896.

Dr. Waacke Triberg: Entstehung und Entwicklung der Volkshochschulen in den nordischen Ländern. 3 Bände in der Reihe der „Eubisch-sozialwissenschaftlichen Bibliothek“. 1897.

„Soweit ich die Verhältnisse überblicke, erklärt der Wiener Professor Meyer in der Vorrede zum Handbuch des Volkshochschulwesens, wird eine Generation dahingehen, bis wir den fortschrittlichen Staaten auf dem Gebiet des höheren Volkshochschulwesens nachkommen.“

Natürlich, der satte Chauvinismus, der auf einer solchen Grundlage gepöpst wird, sieht allem idealen Aufschwung gleichgültig oder feindselig gegenüber.

Als in Berlin von einer Professorengruppe neuerdings der Antrag gestellt wurde, es möchten nach ausländischen Mustern von einem Universitätsausschusse volkshochschulische Hochschulkurse in den verschiedenen Stadtteilen organisiert werden, da tauchte in einem Teil der reaktionären Presse die Entrüstung über solchen frevelhaften Einbruch in die alte Tradition keine Grenzen.

Die Volkshochschul-Bewegung ist, obwohl da, wo sie Wurzel gefaßt, ein nicht unerheblicher Bruchteil der Hörschaft auch aus Arbeiterkreisen sich rekrutiert, im wesentlichen eine Mittelschichtbewegung.

Es ist, sagt Russell, B. mit dünnen Worten, wieder und immer wieder darauf hingewiesen, daß die Popularisierung des Universitätsunterrichtes am besten gedeiht an Orten, wo Damen und wohlhabende Leute des Mittelstandes die Mehrzahl der Hörer bilden.

Die englische Volkshochschul-Bewegung, welche vor etwa einem Viertel-Jahrhundert einsetzte, wendet sich, dem industriellen Charakter des Landes entsprechend, durchaus an die städtische Bevölkerung.

Bismarck, Stumm und Konforten der allgemeinen Verachtung verfallen. Und wer kann sagen, was in der Zukunft bei steigendem Vordringen des Proletariats aus den Anfängen dieser vorläufig noch bürgerlichen Bildungsbestrebungen sich weiter zu entwickeln vermag?

Die Geschichte der Volkshochschul-Bewegung ist in hohem Maße interessant. Das agrarische Dänemark und England, der alte industrielle Maschinenstaat, waren ihre ersten Ausgangspunkte.

Wir greifen aus dem reichen Stoffe hier einige der interessantesten Angaben heraus. Die höchst eigenartigen dänischen Volkshochschulen, die im Unterschied von den englisch-amerikanischen nicht bürgerlichen, sondern ausgesprochen bäuerlichen Charakter haben, und eben darum für die westeuropäische Kultur wenig in Betracht kommen, sind ganz unabhängig von den Universitätsfreiheiten etwa um die Mitte dieses Jahrhunderts entstanden.

Im Jahre 1844 wurde aus privaten Mitteln die erste Bauernhochschule, die freilich seinem allgemeinen Programm nur annäherungsweise entsprach, in Hødding gegründet.

Die englische Volkshochschul-Bewegung, welche vor etwa einem Viertel-Jahrhundert einsetzte, wendet sich, dem industriellen Charakter des Landes entsprechend, durchaus an die städtische Bevölkerung.

Die englische Volkshochschul-Bewegung, welche vor etwa einem Viertel-Jahrhundert einsetzte, wendet sich, dem industriellen Charakter des Landes entsprechend, durchaus an die städtische Bevölkerung.

schule in Cambridge, der vor Frauen- und Arbeitervereinen bereit mit großem Erfolg populäre astronomische Vorlesungen gehalten hatte, beantragte im Jahre 1871, daß die Universität selbst die Veranstaltung volkshochschuliger Vorlesungskurse in die Hand nehmen solle.

Nach rapider als in England war die Ausbreitung der Bewegung in den Vereinigten Staaten, deren Mittellassen trotz ihres verdrängten Rammonismus nach dem Urteil eines unverdächtigen Zeugen, des deutschen Professors Rein, „weit mehr und mit mehr Intelligenz lesen als die betreffenden Berufsklassen in Deutschland.“

Der englische Typus des Volkshochschulwesens hat in der letzten Zeit eine völlig internationale Verbreitung gefunden. In Australien, Belgien, in Rußland, in Oesterreich und der Schweiz haben die Universitäten sich der neuen Bewegung, teilweise mit gutem Erfolg angeschlossen.

Das Streben, die Bildung zu demokratisieren, findet seine notwendige Ergänzung in den Versuchen, auch den Kunstgenuss immer breiteren Volksschichten zugänglich zu machen.

Das Streben, die Bildung zu demokratisieren, findet seine notwendige Ergänzung in den Versuchen, auch den Kunstgenuss immer breiteren Volksschichten zugänglich zu machen.

Versammlungen.

Die Berliner Mitgliedschaft des Zentralvereins der Bureau-Angestellten hielt am 18. März ihre zweite regelmäßige Monatsversammlung ab.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8-11 Uhr: Eubischschule, Waldemarstr. 14: Nationalökonomie (Allgemeine Lehrbuch der verschiedenen Wirtschaftssysteme).

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 28. März 1897, vormittags 11 Uhr, in Heller's Schulen, Köpenicker Str. 22: Herr Dr. Bruno Wille: Festrede zur Feier der Jugendjahre.

Arbeiter-Vereinigung. Sonntag, den 28. März 1897, vormittags 11 Uhr, in Heller's Schulen, Köpenicker Str. 22: Herr Dr. Bruno Wille: Festrede zur Feier der Jugendjahre.

Abtl. Nordstr. 21. - 2. Lehrkurs-Abtl. Montag, 28. März 1897, 8-10 Uhr.

Abtl. Nordstr. 21. - 2. Lehrkurs-Abtl. Montag, 28. März 1897, 8-10 Uhr. Abtl. Nordstr. 21. - 2. Lehrkurs-Abtl. Montag, 28. März 1897, 8-10 Uhr.

**Album- u. Lederwaaren-Fabrik**  
**Oskar Gundau, Oranien-**  
**Str. 30.**  
 Ede Adalbertstraße.  
 Großes Lager aller  
 Arten Lederwaaren  
 und Schmuckwaren  
 zu billigen Preisen  
 In Sammet  
 von  
**2,75 Mark** an  
 in größter Auswahl.

**Herren-Hüte 65 Pf.**  
 Bessere Hüte, enorm billig,  
 verkauft aus der Fabrik  
 im Komptoir  
**Garnier-Str. 4/5,**  
**Kasseler-Allee 101.**  
 Sonntag geöffnet.

Herren- und Knaben-**Hüte** billiger  
 wie überall  
 i. Fabriklager **G. Kletmann,**  
 Mariannenstr. 33 pt., kein Laden.  
 Mützen u. Cravatten enorm billig.

**Hüte**  
 für Herren, nur gute, dauerhafte Waare  
 in allen Farben, weich u. gefeilt 2,00,  
 echte Vodenhüte 2 M., Kinderhüte 1,50.  
**J. Streblow,**  
 Bräunerstr. 15 a. [1316L.]

**Herrenhüte**  
 in neuesten Formen und Farben  
**Engl. Haarhüte 4,- M.**  
 Einwegungshüte 1,- M.  
 verkauft wieder einzeln zu be-  
 sonnt billigsten Preisen 11100\*  
**Die Fabrik, Grüner Weg 2**  
 1. Etage.

**Möbel-  
 Kaufgelegenheit,**  
 Tausende Gelegenheiten für Brautleute.  
 In meinem Möbelspeicher, Neue König-  
 str. 59, und Möbel- u. Magazin,  
 Weissenaustraße 15, sollen viele  
 Wohnungseinrichtungen, verleiht ge-  
 weseue und neue Möbel zu jedem an-  
 nehmbareren Preise verkauft werden.  
 Besonders zu empfehlen ist der große  
 Vorrath verleihter gewesener Möbel,  
 welche fast neu sind und zum halben  
 Preise abgegeben werden. Durch große  
 Gelegenheitsverkäufe ist es mir mög-  
 lich, schon ganze Wirtschaften für  
 100, 300 Mark abzugeben. Ebenfalls  
 hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen  
 von 500 bis 5000 Mark, Theilzahlung  
 gestattet. Besondere ohne Anzahlung:  
 Kleiderständer 15 Mark, Kommoden,  
 Kleiderständer 12, Stühle 2 Mark, Auf-  
 hänger Kleiderständer, Verticowas 30 M.,  
 Kleiderständer 35, Verticowas mit  
 Matrassen 18, Sophas 18, Säulen-  
 stühle, hochselegant, Truemeur mit  
 Säulen und Kristallglas 60, Buffets  
 in allen Größen, Herrenschreibtische,  
 Damenschreibtische, Schreibstühle 30,  
 Garnituren 60 Mark, Pianosophas,  
 Baderstühle, Aristokratien, Chais-  
 longues, Salonarmaturen, Vorhänge,  
 Teppiche, Tischdecken, Gardinen,  
 Fenster 6 Mark. Vollständig aus-  
 gestattet, beheizter Salon, Speise-  
 zimmer und englisches Schlafzimmer  
 stets zur Ansicht. Gekaufte Möbel  
 können 3 Monate kostenfrei lagern,  
 werden durch eigene Gespanne trans-  
 portirt, auch nach außerhalb.

**Möbel**  
 unter Garantie guter Arbeit. Theil-  
 zahlung gestattet. 11549\*  
**Hrs. Müller, Alte Jakobstr. 65.**

**Betten,** Teppiche, Gardin, Vor-  
 hänge, Uhren, Stores, Sommer-  
 palast, Waide, Anzüge, Hosen, Regu-  
 later, Remontoir, Goldwaar, Sport,  
 Pfandleiche Reanderstr. 6.

**Schleuniger Räumungs-Ausverkauf.**  
 Die noch vorhandenen Waaren aus der  
**M. Pinkus & Co.'schen Konkursmasse**  
**Wiltsnackerstraße 48**  
 bestehend in fertiger Herren- und Knaben-Garderobe, Konfir-  
 manden- und schwarzen Herren-Anzügen, modernen Stoffen  
 und Stoffresten zu Anzügen, Paletots und Hosen sollen  
 schleunigst geräumt werden.  
 Sämtliche Waaren werden bis zum  
**Schluss des Ausverkaufs**  
 zu Taxpreisen abgegeben.  
 Auch Sonntag von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

**Möbel Weinbergsweg 15a Theilzahlung.**  
**Hugo Lewent's Wwe. Auch**

**Monopol-Cheviot!!**  
 Unsere bekannte Spezialität **solid u. modern**  
 bewiesen durch zahllose Empfehlungen, liefern  
 wir in schwarz, blau oder braun 3/4 Meter zum Anzuge für  
**10 Mark. — Extra prima, 140 Centimeter breit,**  
**3 Met. zum Anzuge 12 Mark, reine Wolle, echte**  
**Farbe. — Muster hiervon und allen anderen Herren-**  
**stoffen in überraschend schöner Auswahl zu bekannt niedrigen**  
**Preisen franco an Jedermann. Kein Kaufzwang.**  
**Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 78.**

**Hut-Engros-Geschäft**  
**Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part.**  
 Größte Leistungsfähigkeit der Hutbranche.  
 Herren-Hüte, weiche oder steif, von 1,75 an bis 3,50 M.  
 Kinder-, Knaben- und Konfirmandenhüte von 1 M. an.  
 Hochseleganter Zylinder Ia 7,50 M.  
 Plüschhüte Ia 7, 7,50, 8,- M. 12820\*  
**Saison-Neuheit** „weicher Herrenhut“ in allen Farben pr. St. 2,75 M.  
 Sonntag geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

**Uhren, Goldwaren Grosse Auswahl! H. Zimmermann**  
**Billige Preise.** Uhrmacher u. Juwelier  
**Oranienstrasse 206.**

**Im Triumph durch Berlin.**



**Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof**  
**Ede Neue Promenade. „Börse“.**  
 Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner  
**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
**Fertige Wäsche! Leinwandwaren!**  
 zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!**

**Schleuniger Räumungs-Ausverkauf.**  
 Die noch vorhandenen Waaren aus der  
**M. Pinkus & Co.'schen Konkursmasse**  
**Wiltsnackerstraße 48**  
 bestehend in fertiger Herren- und Knaben-Garderobe, Konfir-  
 manden- und schwarzen Herren-Anzügen, modernen Stoffen  
 und Stoffresten zu Anzügen, Paletots und Hosen sollen  
 schleunigst geräumt werden.  
 Sämtliche Waaren werden bis zum  
**Schluss des Ausverkaufs**  
 zu Taxpreisen abgegeben.  
 Auch Sonntag von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

**Möbel Weinbergsweg 15a Theilzahlung.**  
**Hugo Lewent's Wwe. Auch**

**Jede Uhr**  
 reparirt und reinigen  
 kostet bei mir unter  
 Garantie d. Gutgehens  
 nur 1 Mark 50 Pf.  
 außer Bruch, keine Reparaturen  
 billiger. Großes Lager neuer und  
 gebrauchter Taschenuhren, Regu-  
 latoren und Feder, alle Arten  
 Ketten, sowie Uhren u. Pendel-  
 \* Carl Lux, Uhrmacher,  
 35 Chaussee-Strasse 35.

**Maimarken und Maikarten (Eintrittskarten)**  
 in bekannter geschmackvoller Aus-  
 führung wie bisher liefert 13442\*  
**Conrad Müller,**  
 Schützen- u. Leipzig.  
 Rader und Preistafeln gratis.  
**August Heyne,**  
 No. 3, Kaiserstr. 38,  
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von  
 Hochbarten aller Gattungen zu den  
 billigsten Preisen. 3509\*

**Brockhaus' Meyer's**  
 Verkauft, Brehm's Thierleben, Klaffier,  
 Weltgeschichte u. andere Bücher jeder  
 Art. Reichhaltig u. taugt Antiquariat  
 Kochstr. 56.

**Künstliche Zähne.**  
 2. Steffens, Rothenburgerstr. 61, 2 Tr.  
 Theilzahlung pr. Woche 1 M.

**Höfliche Erinnerung!**  
 Die billigsten, gesündesten,  
 reinen, ungegypsten  
**Natur-Weine**  
 aus Waldraben  
 führt seit 1876  
**Oswald Hier**  
 Antiquar! Preisverkauft gratis! Kraft! Proletenhaus!  
 60 Central-Besch. u. 1000 Filialen  
 in Deutschland.  
 Hauptgesch. Berlin

**Achtung! Künstliche Zähne von 3 M. an.**  
 Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt.  
 Zahnteilung, Zahnreinigung, Knochentöden  
 bei Bestellung unison.  
**Guckel,** Postfach 2, Pfaffen-  
 str. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Die auf der  
**Berliner**  
**Gewerbe-Ausstellung**  
**1896**  
 mit der **Silbernen**  
**Staats-Medaille**  
 prämierte  
**PATZENHOFER BRAUEREI**  
 Berlin NO., Landsberger Allee 24-27  
 empfiehlt ihre  
 anerkannt reinen u. wohlschmeckenden Biere  
 in Gebinden u. Flaschen (letztere ohne Pfand)  
 Fernsprecher: Amt VII No. 2200 u. 5535.

**Hüte** nur mit  
**Parteigenossen!**  
 Schirme, Stöcke, Kravatten  
**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,**  
 Ede Hallesche-Str.

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
**Erfurt**  
 liefert  
**Schuhwaaren en gros & en detail**  
 in eleganter und solider Ausführung.  
**Arbeiter Berlins!**  
 Die Fabrikate der ausgeheirten  
 Schuhmacher in Erfurt werden jetzt  
 außer in den bekannten Verkaufsstellen, in  
 den eigenen Niederlagen  
**Bellealliancesstrasse 98/99**  
 und  
**Rosenthalerstrasse 63/64**  
 verkauft.  
 Weitere Filialen in Deutschland:  
 München, Sendlingerstr. 10. Köln a. Rh., Engelstr. 68.  
 Dahnenerstr. 83. Bremen, Finkenstr. 75.  
 Dandlbergerstr. 7. Hannover, Klagenmarkt 7a.  
 Frankfurt a. M., Liebfrauen- Hamburg, Bergstr. 8a.  
 berg 26. Leipzig, Jägerstr. 57.  
 Düsseldorf, Bismarckstr. 91. Braunschweig, Döge 4.

Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat,  
 das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zu-  
 frieden gestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Ver-  
 dienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die  
 Waare bestens empfohlen werden.  
 Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75.  
 In der Bellealliance-Strasse bitte genau  
 auf Nummer 98 zu achten.  
 Für die  
 Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

**Verehrte Damen!**  
 Sie kaufen bei mir die neuesten und elegantesten  
 Frühjahrsjacons, Blumen, Federn, Hüte, Perlfant:  
 Bänder, Schleier, Tütle, nur Alles zum  
**Engrospreise** was zur Garnitur gehört. Federn  
 waschen, fränseln 25 Pf.,  
 nur fränseln 10 Pf.  
**Paul Lentge,** Kommandantenstr. 77/79,  
 Laden 2, Industrie-Str.

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren**  
 Compl. Wohnungseinrichtungen  
 Reelle Waare, empfiehlt  
 Tischlermeister,  
**Franz Tutzauer, Berlin SW., Bücherstr. 14.**

**Confirmationen-Stoffe**  
 für Knaben und Mädchen in grosser Auswahl!  
 Unsere Frühjahrskollektion in Herren- u. Damenstoffen  
 reichhaltig versenden wir auf Wunsch sofort franco.  
 Für unsere sehr beliebten Spezialitäten „Roland Cheviot“  
 (zu Herrenanzügen), „Brunhilde“ (Hauskleiderstoffe)  
 brauchen wir, der starken Nachfrage wegen, ca. 8-10 Tage  
 Lieferzeit u. bitten daher um rechtzeitige Bestellung.  
 Alle Aufträge von 20 Mk. an und Muster stets franco.  
**Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. 11.**  
 Weberei und Versand-Geschäft.

**Achtung!**  
 O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26,  
 ersten alten Rordhäuser Uter Nr. 1, — 1/2 M. 0,50,  
 extra alte Waare 1,40,  
 Kleinverkauf von 10 Pf. an.

**Weissensee.**  
 Allen Freunden und Genossen empfehle bei Ausflügen und Besuch von  
 Rindhöfen mein Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal. 13582\*  
**Paul Spindler, Schönke. 10 (letzte Wirtschaft am Vierdenkstr.)**

**Brauerei Stralau**  
 13482\*  
**Dr. W. Frenzels.**  
 Wir empfehlen unsere vorzüglich eingebrauten Biere:  
**Lagerbier (goldfarben)**  
**Versandbier (nach Münchener Art)**  
**Saazerbräu (nach Pilsener Art)**  
 in Gebinden und Flaschen (letztere ohne Pfand).